

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Dreis pränumerando:
Vierteljahr 3,50 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsstelligen Kolonnen
jede oder deren Raum 40 Pfg., für
Bereits- und Versammlungs-Anzeigen,
sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
4 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden.

Kernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2.

Dienstag, den 28. September 1897.

Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

Der Verein für Sozialpolitik
und die Parteien.

Eine Begleiterscheinung der Ära Stumm ist es, daß der
Verein für Sozialpolitik mit einem Male wieder eine größere
Beachtung in unserem öffentlichen Leben findet. Die läppischen
Drohungen des sich blühenden Emporkömmlings von Reun-
kirchen, die liebevolleren Drohungen des geheimräthlichen
Sozialistenrichters von der „Post“, die Berufung der erbärm-
lichsten, dafür jedoch gesinnungstüchtigsten Mittelmäßigkeit auf
die Lehrstühle der Universitäten — das alles hat
nicht nur eine empfindliche Stelle unseres sonst so zurück-
haltenden künftigen Gelehrtenthums getroffen und die
Neigung zur Opposition in ihm geweckt und geschärft, es hat
zugleich in weitesten Kreisen Stimmung für den fast ver-
gessenen, in Enquêtes aller Art vergrabenen Katheder-Sozialismus
gemacht, auf den wieder einmal ein paar Strahlen vom
Heiligenschein des Märtyrertums fielen.

Die ganze Lage erinnert unwillkürlich an die Zeit der
Entstehung des Vereins. Aber wie hat sich seitdem die
Stellungnahme der Parteien zu den sozialen Problemen ver-
schoben!

Die Professoren, die den Verein gründeten und sehr bald
geistig beherrschten, waren fast alle aus den liberalen Par-
teien hervorgegangen: Schmoller, Brentano, Held, Engel,
auch Adolf Wagner, der seitdem so oft behütete und doch
ewig sich Gleiches. Schmoller hob dies in seiner Eröffnungs-
rede wohl auch mit Absicht hervor: „Die Professoren und Ge-
lehrten dieser Richtung, die von ihren Gegnern sogenannten
Katheder-Sozialisten, gehören fast alle den sich nahestehenden
Parteien der politischen Mitte an.“ Diese Verühigungs-
versuche nach der liberalen Seite hin fruchteten damals nicht,
denn gerade aus dem maßgebenden Nationalliberalismus
heraus erhoben sich immer erregtere Vorwürfe gegen die neue
Richtung, die mit allerlei Ethik und Pathetik an der deutschen
Gründerperiode herumdrängte. Der Liberalismus, eben
erst zur Herrschaft gelangt und in jeder Regung neuen Lebens
seinen Feind witternd, in der Ära des Gründungs- und
Wörtertaumels mehr als sonst von den Finanzmächten und
der Börse gepöbelt, von den sich häufenden, noch ganz
unbewohnten Arbeitseinstellungen in der Zeit der geschäftlichen
Hochfluth geschreckt und geschädigt, sah trotz aller Schmoller'schen
Diplomatie die Eisenacher Versammlung als eine Kriegs-
erklärung an. Umgekehrt, die plötzlich zurückgedrängten, ver-
zögerten Konservativen des alten, hochpreussischen
Schlages begrüßten die jüngere Nationalökonomie als werth-
volle Bundesgenossin, die ihnen im Kampfe gegen das mobile
Kapital höchstens nicht weit genug ging. Fürst Bismarck, die
Vertörperung der Regierung, liebäugelte mit dem Katheder-
Sozialismus wie mit allem, was bei einer endlichen Abwendung vom
Liberalismus später einmal als Hilfsstruppe brauchbar erschien.
Das neuerkündete Evangelium von der sozialen Mission des
Hohenzollernthums sagte zudem seinen imperialistischen, dem
parlamentarischen System feindlichen Neigungen zu, so lange
das Hausmeiertum der Dynastie Bismarck festgewurzelt
daftand.

Wie anders heute! Dem Liberalismus ist sein ehemaliger
Hochmuth gründlich angebrochen. Er hat mit der Arbeiter-
bewegung als einer unabänderlichen Begleiterscheinung der
Industrie-Entwicklung rechnen müssen. Er hat im Kampfe
gegen den alten Agrarkulturstaat und gegen das Junkerthum
sogar schon öfter den Werth einer zielbewußten Arbeiter-
partei schätzen gelernt. Herr Richter, der eigentlich
am meisten berufen wäre, die Brücken von der bürgerlichen
zur Arbeiter-Demokratie zu schlagen, ist infolge seiner ganzen
persönlichen Vergangenheit noch am meisten voreingenommen
gegen alle „Polizei“-Eingriffe in die Arbeitsverhältnisse; in
diesen Dingen ist er noch heute ein Schüler des Volkswirth-
schaftlichen Kongresses, ein Kind unserer fünfziger und sechziger
Jahre mit ihrer reaktionären Politikwirthschaft. Aber selbst
er ist schon lange kein Oppenheim und Braun-Wiesbaden mehr.
Herr Vamberger, der seine spitzen und geistreichen Pfeile früher
gern gegen die „Vertreter staatsrechtlicher (?) Wahnsinns“ richtete,
schrieb im vorigen Jahre resignirt in einer Auseinandersetzung
mit Brentano: „Ich habe gelernt, mich ins Unabänderliche zu
finden und nicht zu meinen, daß die Welt untergehen muß,
wenn es nicht nach meinem Sinn gegangen ist... In den Ge-
lehrten, welche man ehemals Katheder-Sozialisten nannte, sehen
wir Liberale längst nicht mehr unsere Feinde. Wir haben
andere Hunde zu peitschen.“ In der nationalliberalen Partei
sind die rheinisch-westfälischen Gruben- und Hüttenbesitzer
allerdings vom Geiste Stumm's durchdrungen. Es regen sich
jedoch genug Gegenströmungen, besonders auch außerhalb der
parlamentarischen Fraktion, schon im Interesse der Selbst-
erhaltung der Partei, die von den paar Fischenbesitzern nicht
leben kann, wenigstens nicht unter dem Regime König
Stumm's und bei allgemeinem und gleichem Wahlrecht. Das
Zentrum war gerade in den westlichen Industriegebieten ge-
zwungen, seinen Einfluß durch die Bekämpfung des reinen
Fabrikpajsch-Standpunktes auszuheben zu erhalten. Seine ganze
Arbeiter-Politik hat, im guten und im schlechten Sinne
des Wortes, eine katheder-Sozialistische Färbung, wenn sie auch
ursprünglich aus anderen Quellen stammt und auch heute noch
aus anderen Quellen, zum Theil sogar aus Offenbarungen des
heiligen Stuhles, gespeist wird.

Der bornirteste und gefälligste Widerstand gegen alle
Reformen des Arbeitsverhältnisses wächst heute aus Kon-

servativen Kreisen heraus, die wegen der drohenden Ab-
wanderung vom platten Lande jede Verbesserung der
städtischen Arbeiter verabscheuen, die die Uebertragung aller
Fortschritte in der Sozialreform von der Industrie auf die
Landwirthschaft wie das Feuer scheuen, nachdem sie
bei der Alters- und Invalidenversicherung sich die
Finger verbrannt haben. Soweit der Konservatismus
heute in städtischen Bezirken noch eine größere Macht
ausübt, stützt er sich wesentlich auf einen versinkenden Mittel-
stand, der durch die maßlose Ausbeutung der fremden Arbeits-
kraft noch eine zeitlang sich über Wasser zu halten hofft und
der darum nicht nur für seinen Bereich, den des handwerks-
mäßigen Kleinbetriebes, jeden Eingriff zur Verbesserung der
Arbeitszustände zurückweist, der vielmehr sogar die Rück-
wirkungen großindustrieller Reformen auf die Arbeiteranprüche
im Handwerk fürchtet. Das führende preussische Junkerthum
war für Sozialreformen, als es durch dieselben die unwill-
kommene Entfaltung der Großindustrie verlangsamte und ge-
fährdet glaubte — die gelegentlichen Hufe nach einem Normal-
arbeitstag auch für das Land waren niemals ernst zu
nehmen. Seitdem der alte gewerbliche Mittelstand und das
platt Land von dem Schutze und der Höherstellung der groß-
industriellen Arbeit gegenüber dem großindustriellen Kapital
keine Unterbindung des großgewerblichen Aufschwungs mehr
zu hoffen, wohl aber die allgemeine Hebung der Arbeiterklasse,
von deren Noth sie leben, zu fürchten hat, seitdem sind nicht
mehr Robbertus und der Geheimrath Wagener oder Herr
Adolf Wagner, sondern Herr v. Stumm und die Crelius von
der freikonservativen „Post“ die Wortführer der konservativen
Sozialpolitik. Seitdem hat der Katheder-Sozialismus — man
gestalte uns das Bamberger'sche Wort — vorwiegend „diese
Hunde zu peitschen“. Ein paar konservative Freischärler, aus
Beamten- und aus Gelehrtenkreisen, versuchen diese Strömung noch
aufzuhalten; diese wird bald über ihre Köpfe hinweggeschlagen,
oder vielmehr, diese paar Querslöpfe zählen heute schon nicht
mehr als Konservative.

Ob diese Annäherung des Liberalismus, die wachsende
Scheidung von den Konservativen auch den Katheder-Sozialismus
wesentlich beeinflussen wird? Manches Geschehnis der letzten
Zeit spricht dafür. Freilich, unsere Professoren sind zugleich
abhängig von einer Regierung, die ganz im Sinne des
Herrschers von Saarabien steht. Deutsche Professoren haben
jedem niemals ein Uebermaß von Rückgrat besessen. Sollten
die heutigen Regierungszustände auch hier eine neue Entwick-
lung anbahnen?

Doch lassen wir vorläufig alle Zukunftsspekulationen und
lassen wir morgen die Ergebnisse des letzten Kongresses des
Vereins nochmals an uns vorüberziehen.

Politische Ueberblick.

Berlin, 27. September.

Die Frage des Staatsrechts scheint in der so
königstreuen „Post“ des Freiherrn v. Stumm zur lebenden Rubrik
zu werden. Die neueste Blüthe der Staatsrechtsauslegung des
freischen Befens in der Redaktion des Berliner Schleifstein ist,
daß Sr. Majestät dem Kaiser, nach Beschluß des Bundes-
raths, das Recht der Auflösung des Reichstages zusteht, daß er
also gegebenen Falls auch gegen die Beschlüsse des Parlaments
regieren kann.

Oh! Damit ist nur der Appell an einen neuwählenden Reichstag
und nichts weiter gegeben. Stellt sich der neue Chef-Redakteur der
„Post“ so dumm oder hat er wirklich nichts gelernt? Aus wird
versichert, daß das letztere zutrifft. Gilt doch für ihn das schöne
Wort Gellert's:

Für Börgen ist mir garnicht bange,
Der kommt gewiß durch seine Dummheit fort.

Ein kaiserliches Zitat. Die geschichtlichen Hin-
weise oder Erinnerungen, mit denen der deutsche Kaiser seine Reden
zu schmücken pflegt, sind schon mehrfach dem Gedächtnis ausgeföhrt
gewesen, berichtigt zu werden. So geschah es, daß für Francis
Drake, der in einer der ersten Reden Wilhelm II. als Entdecker
des stillen Ozeans genannt war, Nuno de Bolboa geföhrt ward,
und so geschah es auch jüngst, daß aus der Schlacht bei Mühl-
dorf, deren der Kaiser gedacht hatte, die Schlacht bei Mühl-
berg gemacht wurde. Auch der im ganzen Ungarlande mit
Begeisterung aufgenommenen Trinkspruch, den der deutsche Kaiser
vor einigen Tagen in Budapest ausgebracht hat, entgeht dem
Schicksal nicht, in einem Punkte eine Nichtigkeit zu
erfahren. Diesmal ist es, was den Vorgang um so bemerkens-
werther macht, eine französische Stimme, die sich dieser Mähevaluation
unterzieht. In dem Trinkspruch war das unglückliche Male zitierte
„Moriatur pro rege nostro Maria Theresia!“ (Wir wollen sterben für unsern König (!) Maria Theresia!) erwähnt,
daß auf einem Breslauer Reichstage ausgesprochen worden sein
soll. Auch dieses „Moriatur“ gehört zu den Treppenwitzern, an
denen die Geschichte so reich ist, und kein geringerer als der nahe-
stehende österreichische Historiker Ritter von Arneth hat dargezogen,
daß dieses „Moriatur“ weder auf jenem, noch auf einem anderen
Reichstage gesprochen worden ist. Dagegen ist, als Maria
Theresia, die, nebenbei bemerkt, allein war und ihren Sohn nicht
auf dem Arme trug, die Unterstützung der Ungarn begehrte, der
Ruf erschollen: „Vitam nostram et sanguinem consecramus!“ (Wir bringen unser Leben und Blut dar.)
Auch das klingt ja sehr schön und opferwillig, aber so voll wie das
„Moriatur“ klingt es doch nicht. Zum Beweise, daß der berühmte
Ruf so gelautet hat, führt Arneth das Zeugniß des Gesandten der
Republik Venedig an, der als Augen- und Ohrenzeuge auf dem be-
treffenden Reichstage zugegen war. In dem Berichte des Gesandten
über den Verlauf des Reichstages und des „Vitam nostram“ ist
ausdrücklich und in wörtlicher italienischer Uebersetzung gedacht. Es
ist, wie schon erwähnt, ein Franzose, der auf diese Thatfachen auf-
merksam macht, und dieser Franzose ist der als Polyhistor bekannte

John Grand-Carteret. Die Stelle aber, die den Hinweis veröffentlicht,
ist der Pariser „Figaro“.

Flottenvermehrung. Nach einem Telegramm aus
Köln kommt die „Kölnische Zeitung“ anscheinend offiziell auf die
Marinevorlage zurück und versichert, die jetzige Zeitung der
Marineverwaltung würde sich nicht über die Hollmann'sche Denks-
schrift hinausgeben, auch dürften die verbündeten Re-
gierungen keine Marinevorlage an den Reichstag bringen, die
nicht eine stättliche Mehrheit im Reichstag finden würde.
Was verlangt werden müsse, sei, den vorhandenen Bestand der
deutschen Kriegesflotte zu erhalten und die durch Alter und
Invalidität jährlich auscheidenden Kriegsschiffe sofort durch brauch-
bare Schiffe derselben Güte zu ersetzen. Man werde zwar jetzt
eine Anzahl Schiffe ersetzen müssen, welche schon früher
ausgeschieden, deren Ersatz aber bisher unterblieben war. Auch werde
jeder Ersatzbau erheblich mehr kosten als das zu
ersetzende Schiff gekostet habe. Deutschland könne sich
aber den technischen Fortschritten, welche alle Marinen, bis
zur spanischen und japanischen herab, mitmachen, nicht entziehen.
Da die „Köln. Ztg.“ schon früher mehrfach Gelegenheit hatte,
Kenntniß von nicht publizierten Regierungsvorlagen zu bekommen,
so ist es nicht unmöglich, daß die Forderungen der neuen Marine-
verwaltung sich vorläufig in diesen Grenzen halten werden. Allzu
eng würden die Grenzen übrigens nicht sein. Was kann man nicht
alles darunter verstehen, daß Deutschland die „technischen Fortschritte“
anderer Marinen mitmachen müsse!

Uebrigens hat die „Kölnische Zeitung“ schon in einer früheren
Nummer sich zu den neuen Flottenplänen geäußert. Wenn diese
wirklich den Ansichten und Absichten des Admirals Tirpitz ent-
sprechen, dann würden die neuen Flottenpläne noch weit
über die Hollmann'schen Pläne hinausgehen. Da aber die
gegenwärtige Reichstags-Mehrheit sich in keiner Weise schon
auf die Hollmann'schen Pläne einlassen wollte, so können
weitere noch darüber hinausgehende Pläne nur in der bestimmten
Absicht eingebracht werden, nicht eine Verständigung mit dem
gegenwärtigen Reichstag herbeizuföhren, sondern einen heftigen
Zusammenstoß mit der Mehrheit in der Absicht, bei den Neuwahlen
die Flottenvermehrung zur Wahlpfarte zu machen.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt zu der Marine-
frage:

Die Erörterungen über die in der künftigen Session dem Reichs-
tage zugegebene Marinevorlage haben vor der Hand noch damit zu
rechnen, daß der Bundesrath das entscheidende Wort
noch nicht gesprochen hat. Annehmen läßt sich aller-
dings, daß im Bundesrath die vom Reichs-Marine-Amt
ausgearbeiteten Vorschläge im wesentlichen unverändert Annahme
finden werden. Denn, wie uns von wohlunterrichteter Seite
bestätigt wird, haben die kommenden Marineforderungen nichts
mit „ausgehenden Plänen“ gemein. Im Uebrigen, die Aus-
arbeitung der Neuforderungen ist unter strenger Rücksichtnahme auf
die Finanzkraft des Reiches erfolgt. Ueberhaupt werden jene
Politiker, die schon jetzt sich vorbereiten, mit dem Schlagwort „Welt-
machtpolitik“ und „erlöste Flottenpolitik“ eine neue Wahlpfarte
auszumähen, eine arge Enttäuschung erleben. Was die Reichs-
regierung fordert, als sachlich unabweisbar und als finanziell auch
ohne Ueberspannung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Reiches
durchführbar nachweisen wird, daß wird, sicherem Vernehmen nach, keinen
Anhalt für irgend eine ergebige Agitation gewähren. Was die Ver-
handlungen in der künftigen Reichstags-Session anlangt, so weiß
jeder obnehin, daß auf die Zustimmung der Demokratie nord- und
süddeutscher Richtung und der sozialdemokratischen Fraktion, welche
für ihre Wahloperationen nach den bisherigen Rundgebungen der
oben angeführten Stichworte bedürfen, nicht zu rechnen ist. Es
kommt im Grunde aber, wenn man nicht bewilligen will, auf
dasselbe hinaus, mit welchem Schlagwort man die Ablehnung drapirt.“

Man scheint jetzt allgemein für das Beste zu halten, die Ge-
müther zu beruhigen, die Agitation einzukühlen und nachher mit
Ueberraschungen zu kommen. Wir kennen die Kniffe und werden sie
zu würdigen wissen.

Zu dem Stapellauf des „Fürsten Bismarck“
wird uns noch aus Kiel berichtet: Diese neueste Erung Bismarck's
hat den deutschen Steuereinzahler wieder ein hübsches Stückchen Geld
gekostet. Das Sprünge, mit dem der Taufakt sich vollzog, hat
Tausende verschlungen. In selten reichem Maße sind die Tribünen,
Taufhalle, Empfangshalle u. s. f. ausgestattet gewesen. Fürst
Bismarck hat ein 4 Meter langes Modell des Schiffes erhalten, welches
zum mindesten 15—16 000 Mk. gekostet hat. Das Modell giebt ein
getreues Bild des fertigen Schiffes; jeder Theil desselben ist dar-
gestellt und selbst die Geschütze sind vorhanden.

Noch ein anderes verdient Erwähnung, das ist die Art und
Weise, in welcher der Bau des Panzerkreuzers beschleunigt wurde.
Hundert von Arbeitern haben wochenlang zahlreiche Ueberstunden
machen müssen, um den Stapellauf zu beschleunigen, von dem es
hieß, daß derselbe Anfang September stattfinden solle. Zu diesem
Zeitpunkt wäre der Stapellauf auch möglich gewesen, trotzdem ist er
bis jetzt verschoben worden. Die Arbeiter sind also zwecklos abgehegt
und abgeplagt worden.

Zu dem Untergang des Torpedoboots „S. 26“
macht die „Damburger Börsenhalle“ auf einige Punkte aufmerksam,
die es höchst befremdlich erscheinen lassen, daß das Unglück über-
haupt passiren konnte. Die Torpedobote unserer Marine bieten
nach dieser Darstellung bei großer Fahrgeschwindigkeit und hohem
Segang überhaupt keine genügende Garantie für die Sicherheit der
Mannschaften; dies sei aus der Bauart der Schiffe erklärt und
würde durch die drei schweren Unfälle, von denen die Torpedoflotte
im Laufe weniger Jahre betroffen worden ist, bewiesen. Bei
dem neuesten Untergang hatte die Flottille sich des süemischen
Walters wegen am 21. September unter Helgoland salvirt. An dem
Tage des Unglücks, dem 22. September, meldete Helgoland: „West-
Nord-West stark.“ Zu der Zeit, als die Schiffe in die Elbe hinein-
beordnet wurden, am frühen Morgen des 22., war Ebbe, und die
Stömung der Elbe lief daher mit voller Kraft dem Winde ent-
gegen.

Wenn sich dies alles so verhält, dann ist die Frage be-
rechtigt: „Wie konnte der Kommandeur der Torpedoflotte Ordre
geben, nach der Elbmündung einzulaufen, wo er doch wissen mußte,
daß die Fahrzeuge zu einer Zeit in die Elbmündung gelangen
würden, wo dort dadurch, daß Stömung und Wind einander ent-
gegengesetzt waren, eine hohe und wilde See stand?“ Ein einziger

Wie in das Nantische Jahrbuch würde genügt haben, zu zeigen, daß von 7 1/2 Uhr bis 1 1/2 Uhr an dem Unglückstage in der Gibe-Mündung Ebbestrom lief; hätte man daher die Lörpeldooke 4-5 Stunden länger zurückgehalten, so daß sie erst gegen 2-3 Uhr in die Gibe-Mündung gelangt wären, dann würden sie dort mit dem Flußstrom ein gewöhnliches ruhigeres Wasser gefunden haben wie am Morgen, und das Unglück würde aller Wahrscheinlichkeit nach nicht passiert sein.

Was kann die Marineverwaltung gegen diese Darstellung vorbringen? —

Der Ausschuss des Deutschen Handelstages hat sich mit der Einsetzung eines Zollbeiraths, wie er bei der stattgehabten Verhandlung von Vertretern des Landwirtschafts-, Handels-, des Deutschen Handelstages und des Centralverbandes deutscher Industriellen mit dem Staatssekretär v. Posadowsky vereinbart wurde, einverstanden erklärt. Der Ausschuss beauftragt aber das Präsidium, dahin zu wirken, daß der Handelstag anstatt 5 Mitglieder 10 in den Zollbeirath wähle. —

Unsere Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten. Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus New-York: Volschaster White hat Verhandlungen bezüglich Abschlußes eines Reciprocityvertrages mit Deutschland eingeleitet. —

Die preussischen Staatsbahnen. In einer längeren Abhandlung bringt heute der „Reichs-Anzeiger“ eine Darlegung der seitens des Eisenbahn-Ministeriums geplanten Maßnahmen zur Vermeidung der in letzter Zeit so häufig auftretenden Unfälle. Einleitend wird auf die Kommission hingewiesen, die gegenwärtig mit der Untersuchung der betriebssicherheitslichen Einrichtungen betraut ist und deren Ergebnis in einer Denkschrift niedergelegt werden soll. Gegen das verfehlte Sparsystem, das in der Presse wiederholt Gegenstand der Kritik war, wendet sich schon heute Herr Thielen. Er sagt hierüber:

Von welchen Gesichtspunkten die Verwaltung in dieser Beziehung grundsätzlich ausgeht, ergibt sich aus der bei der Neubildung der Verwaltung am 1. April 1895 erlassenen Wirtschaftsordnung, worin den Direktionen folgende allgemeine Richtschnur gegeben wird:

Die Staatsfonds zur Befriedigung der gegebenen Bedürfnisse der laufenden Verwaltung, insbesondere zur ordnungsmäßigen Durchführung und Sicherung des Betriebes, sind den Inspektionen selbstständig und ungeschmälert zur Verfügung zu stellen. Denn die Unterlassung von Ausgaben an der Stelle, wo durch eine rechtzeitige Inanspruchnahme nicht bloß größere Ausgaben, sondern oft auch Gefahren für Leib und Leben abgewendet werden können, ist geradezu als unwirtschaftlich und einer Staatsverwaltung nicht würdig zu bezeichnen.

Im Widerspruch mit dieser Wirtschaftsordnung stehen aber eine Reihe von Einzelheiten, die in der Presse gerade in letzter Zeit an die Öffentlichkeit gezogen wurden. Daß bei dem Zug von Tereznopol nach Schönau das Amt des Zugführers, Schaffners und Lokomotivführers von ein und derselben Person ausgeübt und die Dienzeit für Beamte, wie ja wiederholt festgestellt wurde, übermäßig ausgedehnt wird, dürfte schwerlich mit diesen Prinzipien in Einklang zu bringen sein.

Die Aufgaben der Kommission, die aus zwei maschinentechnischen, vier bautechnischen und zwei Verwaltungsbeamten gebildet ist, sind wie folgt zusammengestellt:

Die eingesetzte Kommission wird die Zahl, Inanspruchnahme und Beaufsichtigung des Personals auf einer großen Anzahl von Stationen, namentlich an den schwierigen Verkehrspunkten, eingehend prüfen.

Ihrer Aufgabe gemäß wird an Ort und Stelle von ihr festgestellt werden:

ob die Zahl der Beamten auch den etwa vorübergehend oder regelmäßig eintretenden besonderen Schwierigkeiten Rechnung trägt und der Wirkungskreis eines einzelnen nicht zu groß ist,

ob und in welchem Umfange regelmäßige Dienstleistungen durch Hilfsbeamte geleistet werden müssen und ob solche Hilfsbeamten die vorgeschriebene praktische Ausbildung in vollem Umfange genossen haben,

ob die Dienstbahnen den besonderen Verhältnissen angepaßt ist — z. B. auf Stellwerken mit starkem oder schwachem Verkehr —, auf Stationen mit dichter Zugfolge oder mit wenigen Zügen, an den Telegraphen-Apparaten mit ununterbrochenem Dienste, an den Zügen mit starker oder geringer Inanspruchnahme des Personals, in welchem Umfange durch Unregelmäßigkeiten im Betriebe eine Erhöhung der planmäßigen Dienstbahnen tatsächlich eingetreten ist, namentlich bei Lokomotiv- und Zugpersonalen,

ob die Aufenthalts- und Uebernachtungsräume in geeigneter Zahl vorhanden sind, nach ihrer Lage die nötige Ruhe und Erholung tatsächlich gewähren und ob sie den Anforderungen in gesundheitlicher Hinsicht entsprechen,

ob endlich die Beaufsichtigung des Dienstes und des Personals von den leitenden und aufsichtführenden Stellen mit der nötigen Gründlichkeit ausgeübt wird, ob namentlich die Bezirke der zur Aufsichtsführung berufenen Inspektionen so bemessen sind, daß die Vorstände zu einer ständigen scharfen Aufsicht über den Betrieb dauernd im Stande sind.

Werden diese Aufgaben mit der nötigen Energie durchgeführt, so kann mancher Uebelstand beseitigt werden. Wir werden deshalb zunächst das Ergebnis dieser Untersuchungen abwarten müssen. —

Ueber die Ursachen der zahlreichen Eisenbahn-Unfälle der letzten Zeit ist jetzt eine Denkschrift erschienen, über die wir an anderer Stelle berichten. Interessant ist eine Meinungsaussäuerung der „Tägl. Rundschau“, in der dem übernehmenden Bureaunkreis ein vollgültiges und geschüttelt Maß von Schuld an den fortwährenden Unfällen zugeschrieben wird. Es heißt da: „Von der Zahl der Reglemente, Anweisungen, Ausführungs-Vorschriften, erläuternden, zweifelbeseitigenden, abändernden Verfügungen, durch die alles bis auf die harmlosesten Kleinigkeiten von der höchsten Stelle aus geregelt wird, von der Zahl der Verfügungen, die von den nächsten Instanzen wieder zu diesen höheren Kundgebungen erlassen werden, von dem Maße der Stillsitzen auf diesen Gebieten wird sich der fernstehende schwerlich einen nur annähernd richtigen Begriff machen können. Laminenartig wächst die Masse, alles, alles, unter sich begrabend. Je mehr reglementiert und verregelt wird, desto mehr erklärt und geändert werden, desto schwerer ist das Ganze zu übersehen und zu verstehen. . . . Daß es unter diesen Umständen selbst bei dem eifrigsten Fleiße und Pflichter nur wenigen auserlesenen Beamten unter hervorragend günstigen Verhältnissen gelingen kann, auf dem Laufenden zu bleiben und die Bestimmungen alle kennen zu lernen und sich dauernd gegenwärtig zu halten, die ihnen zur Richtschnur für die Ausübung ihrer amtlichen Thätigkeit dienen sollen, liegt auf der Hand. Die Folgen davon sind verhängnisvoll. Da es regelmäßig doch nicht möglich ist, streng bestimmungsgemäß das Amt zu verwalten, so wird die ungründliche, flüchtige Erledigung der Geschäfte zur Gewohnheit. Diese Gewohnheit greift um sich. Es wird allmählich dem Grundsatze gefolgt und nachgelebt, daß es nicht darauf ankomme, wie etwas gemacht werde, sondern nur, daß es gemacht werde. . . . Wirklich gründliche — wie wir wenigstens dies Wort verstehen — Arbeiter sind in der preussischen Beamtenenschaft schon jetzt nicht mehr allzu häufig; sie werden mit der Zeit immer seltener werden.“

Diese Schilderung soll nicht nur auf die allgemeine Verwaltung, sondern auch auf die speziellen Verhältnisse der Eisenbahnen zutreffen. — Auf diese Weise würden sich ja die vielen Unfälle recht plausibel erklären.

Chronik der Eisenbahnunfälle. Aus Kalen wird telegraphisch: Sonnabend Abend 8 1/2 Uhr überfuhr der Schnellzug von Stuttgart-Nördlingen zwischen Essingen und Kalen bei dem Bahnhofsarbeiter 82 ein vierstöckiges Mühlenfuhrwerk. Die Frau des Bahnhofsarbeiters, welche den Dienst verlor und es unterlassen hatte, die Barrieren zu schließen, wurde überfahren und sofort ge-

tödtet. Der Wagen wurde zertrümmert und die Pferde getödtet. Der Führer, die Passagiere des Schnellzuges und das Fahrpersonal blieben unversehrt. Die Lokomotive wurde erheblich beschädigt. Der Zugführer versuchte vergebens, den Zug zum Stehen zu bringen. Durch das rasche Bremsen zerriss der Zug in zwei Theile, so daß nur die Lokomotive und drei Personenwagen in Kalen anlangen. Die übrigen vier Wagen, welche auf dem Geleise stehen geblieben waren, mußten von einer Hilfsmaschine aus Kalen geholt werden. —

Herr v. Egidy soll die Absicht gehabt haben, im dritten Schleswig-holstein'schen Wahlkreise für den Reichstag zu kandidiren. Selbst seine Freunde scheinen ihn, wie unser Kieler Korrespondent schreibt, von diesem Vorhaben abgebracht zu haben. —

Das Streikkomitee der Leipziger Maurer stand heute unter der Auflage der versuchten Nötigung und Körperverletzung. (Vergehen gegen die §§ 240, 228 und 40 des Reichs-Strafgesetzbuches.) Wie aus ein Privattelegramm meldet, wurde in der Beweisführung festgestellt, daß der Maurer Behmann beim Eintritt in das Streikbureau von den nachfolgenden Maurern zurückgerissen und geschlagen wurde. Der Angeklagte Werthold soll nach Aussage eines Zeugen diesem an den Nack gefaßt haben, dagegen erklären aber zwei Zeugen, daß Werthold den Zeugen nicht gefaßt haben. Das Landgericht verurtheilte Werthold wegen gefährlicher Körperverletzung und Beihilfe zur Körperverletzung zu sechs Monaten Gefängnis. Jacob und Ornth, Mitglieder des Streikkomitees, wegen Beihilfe zur Körperverletzung je zu drei Monaten Gefängnis. Drei Wochen wurden auf die Untersuchungshaft abgerechnet. In der Begründung des Urtheils hieß es: Das Verdict gelangte zur Verurtheilung, weil die Angeklagten als Streikleiter nicht die Mißhandlung hinderten, obgleich sie hierzu verpflichtet waren. Werthold sei als ideeller Urheber einer Mißhandlung zu bestrafen. Auf Antrag wurden die Angeklagten aus der Haft entlassen.

Wenn wir auch nicht im mindesten bezweifeln wollen, daß die Leipziger Richter im besten Glauben und unter dem Eindruck der Viesfelder Kaiserrede gerichtet haben, so müssen wir doch annehmen, daß dieses überaus drakonische Urtheil nicht bloß in der Arbeiterklasse, sondern, wie die Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik erweisen, bis weit in die bürgerlichen Schichten hinein, das allgrößte Aufsehen erregen muß. —

Der neue Landtag von Sachsen-Weimar soll, wie verlautet, am 14. Februar 1896 zusammentreten, um in erster Linie den Etatetat für die Rechnungsperiode 1895/1901 festzusetzen. Da dem Landtag eine große Menge von Regierungs- und anderen Vorlagen zugebracht ist, dürfte die Session bis in den April hinein währen.

Für den badischen Landtag sollen die Wahlmänner am 27. Oktober gewählt werden. —

Dr. Peters. Die Nachricht der „Münch. Neue. Nachr.“, Dr. Peters sei in die Dienste einer englischen Gesellschaft für 64 000 M. Jahresgehalt getreten, ist den „S. N.“ zufolge völlig aus der Luft gegriffen.

Wir begreifen, daß die Engländer auf Dr. Peters verzichteten, bedauern aber, daß unser Verzicht auf diesen Herrn noch kein endgültiger sein darf. —

Oesterreich.

Wien, 27. September. Die hier aus Budapest eingetroffene kaiserliche Entscheidung ordnet an, daß die Einleitung eines strafgerichtlichen Verfahrens gegen den Grafen Wadeni und den Abgeordneten Wolf wegen Tödtungsvergehens zu unterbleiben hat.

Kulässig der Hochwasser-Katastrophen verlangt die österreichische Regierung vom Parlament circa 6 Millionen Mark; bei uns in Preußen und Sachsen hielt man es nicht einmal für nötig, die Landtage einzuberufen. —

Der Gesellschafterleiter und Delegant Baden ist von zahlreichen Abgeordneten, natürlich nicht von sozialdemokratischen, zum Ausgange des Tunnels beglückwünscht worden. Von den Majoritätsparteien wagte bloß die katholische Volkspartei, übrigens auch nur unter scharfer Opposition ihrer aristokratischen Mitglieder, ihr tiefstes Bedauern über diese Verletzung des göttlichen und menschlichen Befehles auszusprechen. —

Ungarn.

Beamten tödtliche und dergleichen scheinen jetzt in Kroatien an der Tagesordnung zu sein. Neuerdings sind drei Beamte todtgeschlagen worden. Die Regierung verbreitet darüber folgende Mittheilungen: In zahlreichen Ortschaften soll von großserbischen Agitatoren unter den Bauern der Glaube verbreitet worden sein, auf den Kirchthürmen würde die ungarische Fahne aufgesteckt werden, und drei Stunden darauf müßten alle orthodoxen Serben Wagnern und Katholiken werden. Drei Beamte, die in das Dorf Sjenica kamen, wo sie amtlich zu thun hatten, wurden von den Bauern mit Feigeln todtgeschlagen, weil diese meinten, die Beamten seien hergesendet, die ungarische Fahne aufzustecken. Es sind frommgläubige Griechisch-Orthodoxe, die dem Popen sonst immer Achtung und Gehorsam erweisen; doch der Wahn, der sie ergriffen hat, läßt sie auch glauben, die Popen seien von der ungarischen Regierung erkauft und wollten den Glauben und die angestammte Nationalität der Serben verrathen.

Unser österreichischer Vordenker, die „Wiener Arbeiter-Zeitung“, die den Verhältnissen näher steht, drückt ihren Zweifel an diesen Darstellungen aus. Sie meint, wozu die Ermordung der drei Beamten auf Wahrheit beruhe, so bleibe immer noch die Frage, was Ursache und was Wirkung war. Es wäre nach allem, was man an der Verichterstattung aus Ungarn und Kroatien erlebt hat, nichts Neues und Auffälliges, wenn durch eine kleine Vertauschung die Schuld von den Behörden auf die Bauern geschoben worden wäre. — Was für Zustände in Kroatien herrschen, geht auch aus der Mittheilung hervor, daß es dort bei allerlei blühigen Vorfällen innerhalb Jahresfrist 68 Tödtet und 187 Verwundete gegeben hat.

Frankreich.

Paris, 27. Sept. In Algier fand gestern eine große antisemitische Volkserhebung statt. Die Truppen mußten eingreifen und verhafteten 30 Personen. —

Belgien.

Brüssel, 26. Sept. (Eig. Bericht.) Ueber die Abregelung des Abbe Daens. Bis zum Jahre 1893, unter der Herrschaft des Senus-Wahlsystems hatten die Ultramontanen nicht nötig, sich irgendwo um die Arbeiter zu kümmern, sie kamen ohne diese in die Kammer und übten dort die unbeschränkte Gewalt. Durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts sind sie in die unangenehme Lage versetzt, sich auch mit den Arbeitern mehr beschäftigen zu müssen. Die offizielle katholische Partei gründete denn die „Ligue Democratique“, der aber Arbeiter nur zum geringsten Theile beitreten.

Gleichzeitig aber entwickelte sich in den vlämischen Provinzen eine „Christlich-demokratische“ Bewegung, deren Führer es ernst nahmen mit ihren Aufgaben. Die Bewegung dehnte sich rasch aus und die einzelnen Sektionen schlossen sich zusammen zur „Christlichen Volkspartei“. Dem Beitritt dieser neuen Richtung zur „demokratischen Liga“ wagte man vorerst sich nicht zu widersetzen. Mit besonderem Mißbehagen verfolgte Hr. Boesie, das Haupt der Ultramontanen, die Fortschritte, welche die Bewegung namentlich in seinem Wahlkreise Alost machte, wo der Abbe Daens immer mehr populär wurde, und ihn (Boesie) in den Schatten stellte. Der ganze niedere Klerus steht auf Seite Daens, der ein wahrer Arbeiterfreund ist

und in der Kammer schon häufig genug an der Seite unserer Parteigenossen für die Rechte des Volkes eingetreten ist.

Die Presse der „Christlichen Volkspartei“ nahm eine immer lährere Sprache an, sie stellte sich mehr und mehr auf den Boden des Klassenkampfes. Die Führer der Ultramontanen mußten befürchten, daß schließlich auch ihr eigenes Kind, die Liga, die ja nur ein Instrument ihrer Herrschaft über die blöde Masse sein sollte, von der neuen Richtung angekränelt werde. In einer von langer Hand vorbereiteten Sitzung der „demokratischen Liga“ wurde dann die „Christliche Volkspartei“, „weil sie den Klassenkampf predigt“, ausgeschlossen.

Dieser Ausschluß ist politisch hochbedeutend. Die Ultramontanen verlieren damit erst recht jede Kontrolle über und jeden Einfluß auf die weitere Bewegung der „Volkspartei“. Diese wird mehr und mehr nach links gedrängt. Durch die angebrochte Exkommunikation wird sich höchstens ein Mann wie Abbe Daens, der seinen Priesterock vielleicht nicht gern ablegen möchte, abhalten lassen, weiter zu kämpfen, seine durch ihn herangebildeten Misfänger aber werden dadurch nur mehr auf den rein wirtschaftlichen Kampfboden gedrängt. Die nächsten Wahlen werden Kämpfe bringen zwischen dem offiziellen Ultramontanismus und den Anhängern von Daens. —

Spanien.

Madrid, 26. September. Der amerikanische Gesandte Woodfort ist ohne Zwischenfall in Madrid eingetroffen. Dem Vernehmen nach sei der wirkliche Zweck seiner Mission, die Vermittelung der Vereinigten Staaten für die Beendigung des Krieges auf Araba anzubieten. Wenn Spanien die Vermittelung zurückweise, würden die Vereinigten Staaten nicht den Krieg erklären, wohl aber auffällig die Kubaner durch Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Spanien begünstigen. Wöllig unrichtig sei, daß der spanischen Regierung irgendwelche Frist zur Beendigung des Krieges gestellt sei, denn der erste Schritt Woodford's werde das Anbieten der Vermittelung der Vereinigten Staaten mit dem Wunsch einer schnellen Beledigung der Frage bilden.

Türkei.

Konstantinopel, 26. September. Der türkische Finanzminister hat den Vorvertrag für eine Anleihe im Betrage von 1 Million Pfund mit der Ottomankbank abgeschlossen. Als Garantie für die Anleihe soll die griechische Kriegsschuldung dienen.

Anlässlich der jüngsten Einmärsche der Volschaster bezeichnete der Sultan die Zurückziehung der türkischen Truppen von der Insel Kreta als unmöglich, da die Mohamedaner alsdann schutzlos sein würden.

Wie die Times' aus Kanaa vom 26. d. M. melden, nimmt dort das Gefühl größerer Sicherheit zu, obwohl unter der mohamedanischen Bevölkerung der Städte große Noth herrsche.

Gegen den Erlaß der verlangten Amnestie werden von türkischer Seite Bedenken erhoben, da das Oberkommando in Zebelen Unruhe seitens der Zurückkehrenden befürchte. Die Frage werde jedoch noch weiter erwogen.

Griechenland.

Athen, 26. September. Nach der Sprache der einflussreichsten Blätter zu schließen, erklärt sich die öffentliche Meinung für Annahme der Friedensbedingungen, obwohl der Anspruch gegen den Artikel der Finanzkontrolle fort dauert. „Aty“, welche eine Enquete mittels nach der Provinz versandter Telegramme angestellt hatte, meldet als deren Ergebnis, die allgemeine Stimmung obwohl aufgebracht über die letzten Friedensbedingungen, sei zur Unterwerfung bereit, da man zu den Ergebnissen bei einer Weiterführung des Krieges kein Vertrauen habe.

Die Anhänger der Kriegspartei hielten auf dem Konföderationsplatz eine Versammlung ab, in welcher Dr. Elo den Vorschlag machte, derselbe hielt eine heftige Ansprache an die Menge, wobei er den König und den Kronprinzen scharf angriff. Ueberall erscholl der Ruf „Es lebe der Krieg!“ Die Polizei, welche zur Verhaftung Dr. Elo's schreiten wollte, konnte dies nicht bewerkstelligen. Es wurde eine Resolution angenommen, in welcher der König ersucht wird, den Krieg fortzusetzen. —

Italien.

In Indien haben die Engländer einige Erfolge zu verzeichnen. Mehrere Versammlungen sind besetzt worden und sollen sich unterworfen haben. Die Einzelheiten sind jedoch ohne jegliches Interesse. Der mächtigste der Stämme, die sich gegen die Engländer erhoben haben, die Kribi's, sind noch unbezungen, und sie sind im Besitz des militärisch und politisch außerordentlich wichtigen festen Akhaverpasses. —

Afrika.

Die Nachrichten aus dem Sudan lauten alarmierend. Die Derwische ziehen bei Abdurmann bedeutende Truppenmassen zusammen und planen, die Offensive gegen die englisch-egyptische Armee zu ergreifen. —

Amerika.

Die Situation in Guatemala ist nach amtlicher Meldung hochernst. Der Präsident ließ den bedeutendsten Handelsherrn Guatemalas, Aparicio, wegen Unterföhrung des Aufstandes erschießen. Die Entsendung eines amerikanischen Kriegsschiffes nach Guatemala ist bevorstehend.

In deutschen Regierungskreisen scheint man auf gute Beziehungen mit dem Präsidenten von Guatemala sehr großen Werth zu legen, sonst hätte man ihn nicht erst kürzlich mit dem Großkreuz des rothen Adlerordens dekoriert lassen. —

National-Sozialer Parteitag.

Erfurt, 27. September 1897.

Der national-soziale Parteitag wurde heute Vormittag, nachdem gestern ein Begrüßungsbändchen vorangegangen war, im Kaiserhof von dem Pastor a. D. Göhre-Leipzig mit etwa folgender Begrüßungsrede eröffnet: Wer selbstliche Zwecke verfolgt, hat bei uns keinen Platz, der mag sich den sogenannten staatsdemokratischen Parteien anschließen. Keine Partei, auch die sozialdemokratische nicht, hat einen so schweren Kampf zu führen als wir. Auch die Sozialdemokraten haben den Kampf nur gegen eine Front zu führen, während wir gegen zwei Fronten, gegen die sogenannten staatsdemokratischen Parteien auf der einen Seite und gegen die Sozialdemokraten auf der anderen Seite kämpfen müssen. Wir führen diesen Kampf nicht für uns, sondern aus Liebe zu unserem Volk. Wir rufen: „Deutscher Kaiser, werde sozial“. Wir wissen, daß die Stunde kommen wird, ja kommen muß, in der auch unser Kaiser sozial werden wird. Der Redner schloß mit einem Kaiserhuld.

Auf Vorschlag des Pastors Göhre wurden danach Professor Dr. Gregor-Leipzig zum ersten, Lithograph Tischendörfer-Berlin zum zweiten und Fabrikant Bunderwald-Friedberg (Hessen) zum dritten Vorsitzenden gewählt.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete: Das allgemeine Wahlrecht. Der Referent, Geh. Hofrat Professor Dr. Schönlank-Leipzig, äußerte sich ungefähr folgendermaßen: Das allgemeine Wahlrecht, ob besser das gleiche allgemeine Wahlrecht ist in Gesichts, das dürfen wir uns nicht verhehlen. Die große Mehrzahl der gebildeten und wohlhabenden Kreise sind Gegner des allgemeinen Wahlrechts. Wir sind daher genöthigt, soweit es in unseren Kräften steht, die ideale Verwirklichung des allgemeinen Wahlrechts nachzuweisen. Der anschließende Befürworter des allgemeinen Wahlrechts war aber Herr Bismarck. Darum Heil ihm. (Beifall) Herr Bismarck, der zweifellos von Ferdinand Lassalle auf die Nothwendigkeit des allgemeinen Wahlrechts aufmerksam gemacht wurde, ging von der Ansicht aus, daß die Masse monarchisch, gesund und löstgütern gesinnt ist. Von diesem Gedanken ist der Schöpfer des Deutschen Reiches und des allgemeinen Wahlrechts jedenfalls ausgegangen. Das Ergebnis des allgemeinen Wahlrechts ist aber das Zentrum auf der einen Seite und die Sozialdemokratie auf der anderen Seite, zwei Parteien, die man doch nicht gerade monarchisch nennen kann. Ich halte das allgemeine Wahlrecht für unerlässlich für das deutsche

Volk. Die bürgerliche Gesellschaft muß dem Arbeiterstande ihr Ohr öffnen, sonst wehe ihr. (Zustimmung.) Der Arbeiterstand tritt allerdings der bürgerlichen Gesellschaft unter dem Feldzeichen der Sozialdemokratie gegenüber. Allein sowohl man auch gegen die Sozialdemokratie einzuwenden haben mag — ich habe sehr viel gegen die Sozialdemokratie einzuwenden — das Auftreten der Sozialdemokratie bedeutet zweifellos die politische Macht des Arbeiterstandes. Diese Thatsache beweist, daß die Gesellschaft demokratisch geworden ist. Die Grundlage hierfür hat die allgemeine Schulpflicht und die allgemeine Wehrpflicht geschaffen. Durch die allgemeine Schulpflicht ist ausgesprochen, daß die Bildung nicht bloß für die Besitzenden da ist, sondern daß dem Volke die Bildung zugänglich sein soll. Deshalb ist das ganze Volk zur Aufhebung der Herrschaft befähigt. Ich beschränke damit nicht die Herrschaft des Parlaments, weil dadurch eine Parteiregierung geschaffen werden würde. Das Volk soll nur Anteil an der Herrschaft nehmen, die Herrschaft selbst hat der Monarch auszuführen. Das allgemeine Wahlrecht bildet daher das stärkste Fundament für das Königtum. Der Staat, der sich auf einen Stand stützt, hätte die Wurzel seiner Kraft verloren. Wenn wir den Staat dauernd erhalten wollen, so darf derselbe kein Klassenstaat, sondern muß ein Volksstaat sein. Man sagt, die Masse ist dumm, sie ist nicht regierungsfähig. Nun, ich bin der Meinung: die Männer, die regierungsfähig sind, sind an den Fingern abzuzählen. Die Gebildeten und Begabten werden stets über die Ungebildeten und Minderbegabten herrschen. Die Massen müssen zum allgemeinen Wahlrecht erzogen werden, in derselben Weise, wie man das Volk zu der Geschworenenpflicht erzogen habe. Das allgemeine Wahlrecht ist das Fundament des sozialen Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. Wer für Erhaltung des allgemeinen Wahlrechts arbeitet, dient dem Interesse des Gemeinwohls. (Stürmischer Beifall.)

Redakteur v. Gerlach-Berlin. Es sei vom Referenten die Bemerkung gemacht worden: Die Masse ist dumm, er behaupte, auch die regierungsfähigen Leute seien in mancher Beziehung dumm. Wenn zum Beispiel Fürst Bismarck sage: Der Arbeiter könne in 7 Tagen mehr verdienen als in 6 Tagen, und deshalb müsse dem Arbeiter gestattet sein, 7 Tage in der Woche zu arbeiten, so sei das ein sehr großer Mangel an dem nötigen Verständnis; der einfachste Arbeiter wäre im Stande, die vollständige Falschheit dieser Ansicht nachzuweisen. (Beifall.) Da das allgemeine Wahlrecht die erste Forderung der National-Sozialen sei, hinter der alle anderen Forderungen zurücktreten, so entstehe die Frage: wie haben sich die National-Sozialen bei einer engeren Wahl zu verhalten, wenn ein Konservativer einem Sozialdemokraten gegenüber stehe. Er würde, wenn der Gegner des sozialdemokratischen Kandidaten nicht klipp und klar erklären würde, daß er für Erhaltung des allgemeinen Wahlrechts eintreten werde, sich nicht der Stimme enthalten, sondern dem Sozialdemokraten seine Stimme geben. Der Redner bestritt die Annahme einer im Sinne seiner Ausführungen gehaltenen Resolution. — Oberlehrer Professor Doktor Trommerhausen-Frankfurt a. M.: Er halte es für erforderlich, auch die Gewährung von Wahlen für die Reichstags-Abgeordneten zu fordern. Man könnte sich vielleicht dafür mit einer Plausibilisierung der Wahlaltersgrenze erklären. Ferner sei vielleicht das allgemeine Wahlrecht für die Landtage und die Gemeindevertretungen zu fordern.

Pastor a. D. Köhler-Sangerhausen pflichtete den Ausführungen der beiden Vorredner bei.

Rechtsanwalt Martin-Leipzig: Er pflichte den Ausführungen des Referenten bei, er müsse aber der Forderung des Herrn v. Gerlach, bei der engeren Wahl eventuell für einen Sozialdemokraten zu stimmen, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Die Sozialdemokraten seien die Todfeinde des Staates, die sich allen Kulturaufgaben feindlich entgegenstellen; für diese könne ein National-Sozialer nun und nimmermehr stimmen; die National-Sozialen können für das Zentrum, die sächsische Volkspartei, den Freisinn und diejenigen National-Liberalen, die für Erhaltung des allgemeinen Wahlrechts eintreten, niemals aber für die Sozialdemokraten.

Oberlehrer Dr. Gattmann-Dortmund steht auf dem Standpunkte Köhlers.

Dr. Kupprecht-Öttingen trat der Bemerkung des v. Gerlach bezüglich des Fürsten Bismarck entgegen. Zur Sache müsse er hervorheben, daß die Grundlage des Staates nicht das allgemeine Wahlrecht, sondern das Heer sei.

Stadtrat Schaal-Berlin trat mit Entschiedenheit für die Erhaltung des allgemeinen Wahlrechts ein.

Referent Traub-Lüdingen: Infolge der Sozialdemokraten gehe ein frischer Luftzug durch die sächsischen Gemeindevertretungen. Stadtrat Haag-Frankfurt a. M. trat mit großer Entschiedenheit für den Antrag Gerlach ein. Die Wahrheit erfordere, hier auszusprechen, daß die Sozialdemokraten für wahre Kulturaufgaben stets eingetreten seien und zwar jedenfalls mit größerem Nachdruck als die ostelbischen Junker.

Redakteur Damacke-Berlin trat der Resolution Gerlach entgegen. Es sei jedenfalls nicht richtig, sich schon vorher für die Stichwahlen festzulegen.

Dr. Schöen-Gienack trat dafür ein, daß bei den Landtagswahlen wohl nicht der Geldsack, wohl aber die Bildung berücksichtigt werden müsse.

Redakteur Lorenz-Leipzig: Er müsse der Resolution Gerlach mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten. Es scheine ihm, als wolle Herr v. Gerlach einen Beschluß über das Thema, das nachmittags den Parteitag beschäftigen werde, schon vorher auf dem Mittelwege in seinem Sinne erzielen. Er könne schon deshalb bei den Stichwahlen nicht für einen Sozialdemokraten stimmen, da, wenn zum Beispiel die Plottenfrage als Wahlparole angegeben werden würde, durch Vernehmung der oppositionellen Abgeordneten die Auflösung des Reichstages und ein Staatsstreich zu befürchten wäre. Jedenfalls dürfe sich der Parteitag in solch wichtiger Frage nicht festlegen.

Harrer Lehmann-Hornberg (Schwarzwalde): Er halte das allgemeine Wahlrecht für wichtiger als die Plottenfrage.

Harrer Gerlach (Meiningen) trat dem Referenten entgegen, daß die Sozialdemokratie zu den staatsfeindlichen Parteien gehöre. v. Gerlach und Pastor a. D. Köhler traten der Ansicht entgegen, daß man versuchen wolle, von hinten herein einen Beschluß herbeizuführen. v. Gerlach warnte ganz besonders, den Sozialdemokraten allzu schroff entgegenzutreten.

Kaufmann Leinberg-Frankfurt a. M. trat für die Einführung der Wahlpflicht ein.

Lehrer Vorwerk-Eisenberg führte aus, daß die Sozialdemokraten eine größere Verfassungsänderung anstrebten, als es durch den Staatsstreich geschehen könnte.

Lithograph Tischendorf-Berlin trat für den Antrag Gerlach ein.

Der Referent Geh. Rath Sohm bemerkte: Die Parole müsse lauten: „Es lebe der Staat“; die Volksworte kommen erst in zweiter Linie.

Danach trat eine Mittagspause ein.

Partei-Nachrichten.

Für Aufhebung des Kölner Beschlusses erklärte sich eine Parteiversammlung für den 15. hannoverschen Wahlkreis Siedow-Weizen; alles weitere soll den einzelnen Wahlkreisen überlassen werden. Dem Kreis vertritt auf dem Hamburger Parteitag der Genosse Wulf aus Weizen.

Zum Hamburger Antrage, die Forderung der Arbeitsruhe am 1. Mai fallen zu lassen, schreibt die „Schleswig-Holstein'sche Volkszeitung“: „Wenn dieser Antrag von irgend einem Ort gestellt worden wäre, der in der Parteibewegung keinerlei Rolle spielt, so sänden wir denselben zwar ebenso überflüssig, aber doch begreiflich; daß aber ein Teil der Genossen gerade derjenigen Stadt, die in der Bewegung seit jeher eine hervor-

ragende, rühmliche Rolle gespielt hat, einen solchen Antrag stellt, hat uns aufs höchste überrascht. ... Was die Meißner unserer Provinz betrifft, so können wir mit den in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen ganz zufrieden sein und zwar ganz speziell mit der Arbeitsruhe, die wir nicht nur für die würdigste, sondern auf die Dauer überhaupt einzig mögliche Form der Meißner halten. Konnte natürlich auch von einer allgem. ein. Arbeitsruhe keine Rede sein, so wuchs doch von Jahr zu Jahr die Zahl derjenigen, die durch Arbeitsruhe demonstrierten, sodas man wohl die Zufriedenheit hegen durfte, daß sich die Arbeitsruhe immer mehr einbürgere und schließlich jenen umfassenden Charakter tragen werde, den man bei der Einschreibung der Meißner durchzuführen zu können hoffte. Daß die Provinz Schleswig-Holstein aber keine Ausnahme darstellt, geht schon zur Genüge aus den „Vorwärts“-Berichten hervor. ... So niederdrückend beschämend auch die Thatsache sein mag, daß 3. v. v. von gewerkschaftlich trefflich organisierten Meißner Arbeitern nur eine verschwindende Zahl Arbeitsruhe eintreten ließ, so erfüllt uns dennoch die Haltung der Arbeiterschaft vieler anderer Städte mit der Hoffnung, daß die Arbeitsruhe thätlich mit der Zeit auch in Deutschland einen bedeutenden Umfang annehmen wird. ... Uebrigens glauben wir mit absoluter Sicherheit annehmen zu dürfen, daß der Hamburger Antrag von einer erdrückenden Majorität der Delegirten verworfen werden wird.“

Der Oberbürgermeister von Köln, Herr Becker, sagte in seiner Begrüßungsrede an den Verein für Sozialpolitik: „Zunehmend breitet sich in weiten Kreisen die Ueberzeugung aus, daß die sozialdemokratische Bewegung nur dadurch ihrer Gefährlichkeit entleidet werden kann, wenn die Wünsche der unteren Volksklassen auf sittliche und materielle Hebung, soweit dies die allgemeine Lage des Landes, der Industrie und die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte zulassen, allmählig aber fortgesetzt erfüllt werden.“

Dazu bemerkt unser Blattes Bruderorgan, die „Rheinische Zeitung“: „Wenn Herr Becker dieser Meinung ist, wie vertragen sich dann diese Worte mit seinem Verhalten gegenüber den Kölner Sozialdemokraten, denen er wider Recht und Billigkeit den Garaus gemacht und so die Möglichkeit raubt, an ihrer sittlichen und materiellen Hebung zu arbeiten? Oder sollte Herr Becker das Unrecht seines Handelns eingesehen und sich vorgenommen haben, in Zukunft den Sozialdemokraten mit gleichem Maß wie allen Bürgern zu messen? Wir werden Herrn Becker Gelegenheit geben, zu beweisen, ob es ihm Ernst mit seinen Worten ist.“

Die „Volkstimme“ in Frankfurt a. M. hält es für ein Zeichen von Verrosttheit, daß wir ihr das Wörtchen „endlich“ vermerkt haben. Necessäre Leute halten bekümmert jeden anderen Menschen für „verrostet“. Jedemfalls ist der „Vorwärts“ nicht so „verrostet“, daß er der Entscheidung des Parteitag vorgreifen und über den Hamburger Antrag, betreffend die Arbeitsruhe am 1. Mai, flugs einen Beiratsartikel veröffentlichen dürfte.

Die „Ahringer Tribune“ erscheint seit 26. September in bedeutend vergrößertem Formate unter dem Titel „Tribüne, sozialdemokratisches Organ für die Wahlkreise Esfurt, Nordhausen, Weimar, Sonderhausen, Mühlhausen und Sangerhausen“.

Von der Agitation. Genosse Liebnicht hat dieser Tage in Sachsen in mehreren riesig besuchten Wählerversammlungen referirt.

Eine Protestversammlung gegen die sächsische Wahlrechtsveränderung wurde am Sonntag in der großen Festhalle zu Stötteritz bei Leipzig abgehalten. Reichstags-Abgeordneter Schoenlant hielt den Vortrag. Es wurde eine Resolution angenommen, worin gegen die Verschlechterung des Landtagswahlrechts protestirt, stikste Wahlenthaltung proklamirt und weiter die Erklärung abgegeben wird, daß man sich verpflichtet, schon jetzt mit allen Kräften für die kommenden Reichstagswahlen zu rüsten.

Im Münchener Wahlkreis wurden am Sonntag 80000 Exemplare eines Flugblattes vertheilt, worin die politische und wirtschaftliche Lage eingehend erörtert und das widerspruchsvolle Verhalten der freisinnigen Partei, die in jenem Wahlkreis besonders in betracht kommt, scharf beleuchtet ist.

Die Parteikonferenz für den 4. württembergischen Reichstags-Wahlkreis Wöblingen-Weisingen beschloß die Ausschaltung eines Reichstags-Kandidaten, der zugleich die Landtags-Kandidatur für das Oberamt Wöblingen zu übernehmen hat, wo durch Beförderung des jetzigen Abgeordneten Hartmann eine Renouveau notwendig geworden ist. Als Kandidat ist der Parteigenosse Proß anzufragen.

Der Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie wird in der zweiten Hälfte des Monats November in Zürich abgehalten.

Vollzeitsliches, Gerichtliches etc.

— Zur Diegnitzer Flugblatt-Affäre kann jetzt mitgetheilt werden, daß die 5000 Flugblätter fort mit den Sozialdemokraten, die vor fünf Monaten von der Polizei beschlagnahmt, jüngst aber durch Gerichtsbeschluß wieder freigegeben wurden, am Dienstag früh von der Polizeibehörde dorthin gebracht worden sind, wo man sie feinerzeit wegholen, nämlich in den Waldhof zu den drei Bergen. — Dem Eigentümer der Flugblätter, Genossen Mohring in Diegnitz, war feinerzeit von der Behörde die Mittheilung geworden, daß die Flugblätter zur Abholung bereit lägen. Mohring verlangte jedoch die Zurückschaffung durch die Polizei, was dem auch den gewünschten Erfolg hatte.

— Der Parteigenosse Martin hat vorige Woche die Probenkiste in Mühlhausen i. G. nach Verbählung der einjährigen Gefängnisstrafe verlassen, die ihm wegen Nachtwächterbeleidigung auferlegt war. Nachdem Genosse Kretzer von der Mannheimer „Volkstimme“ die drei Monate, die ihm in demselben Prozeß zuerkannt worden, seit zwei Monaten verübt hat, ist Genosse Dieb der einzige Pressfänger im Mühlhäuser Gefängnis. Leider nicht auf allzulange Zeit — denn inzwischen ist, wie schon gemeldet wurde, Genosse Wueb zu zwei Monaten verurtheilt worden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Formner! Mit heutigem Tage ist das Streikbureau in der Panstraße bei Köpenick, aufgehoben. Das Streikbureau für den Norden befindet sich bei Diele, Ackerstr. 123, für den Süden bei Stabenrad, Inselstr. 10. Die Streikkommission hat ihren Sitz bei Diele, Ackerstr. 123. Alle Anfragen, Mittheilungen sind nur dahin zu richten.

Zum Ausstand der Formner ist weiter zu berichten, daß heute auch die Formner der „Germania“ in Tegel die Arbeit niedergelegt haben. Bis zum heutigen Abend stehen insgesamt ca. 600 Mann aus. Vom Ausstand noch nicht ergriffen sind bis heute 6 dem Verbands der Eisen- und Metallindustriellen zugehörige und 9 dem Verbands der nicht angeschlossenen Wiesereien. — Der Bruder Dopp sind zwei Arbeiter entlassen worden, weil sie Beiträge für die streikenden Formner eingekammelt hatten. Die Berliner Neuesten Nachrichten“ trennen sich natürlich über diese Rekrutierung des Herrn Dopp und fordern alle Unternehmer auf, die gleiche „Entschlossenheit“ zu zeigen. Nun, schließlich würden die Arbeiter doch noch andere Mittel zu finden wissen, um ihrer Pflicht den Streikenden gegenüber zu genügen.

Die Metallarbeiter werden noch besonders auf die heute Abend bei Keller, Koppenstraße, und Kösliner Hof, Köslinerstraße, stattfindenden Versammlungen aufmerksam gemacht.

Ein Abgangs-Bengust, ausgestellt von der Firma Hoffmann u. Rahnemann:

Hierdurch bestätigen wir dem Formner R. auf seinen Wunsch, daß derselbe vom 29. September 1892 bis zum 3. August 1897 und 24. August bis zum 15. September 1897 in unserer Gießerei thätig war. Während der dreiwöchentlichen Pause befand er sich mit unseren übrigen Arbeitern im Streik. Am 15. Sep-

tember 1897 kam er unserer Kündigungs dadurch zuvor, daß er wiederum mit unseren übrigen Formnern die Arbeit niedersetzte. Zuletzt war er Vorarbeiter in unserer Maschinenformerei und besorgte das Eingipsen der Maschinenhälften. Er entledigte sich dieser Arbeit langsam aber gut. Er hat es jedoch nicht verstanden, sich den erforderlichen Respekt den Maschinenformern gegenüber zu verschaffen. — Hoffmann u. Rahnemann.

Herr Rahnemann und seine Freunde wollen doch wohl gute Patrioten sein. Wie wollen sie eine derartige Kennzeichnung des Arbeiters, die ihm die Erlangung einer Arbeitsstelle geradezu unmöglich macht, in Einklang bringen mit dem bekannten Wort: Strengste Strafe demjenigen, der seinen Mitmenschen an freiwilliger Arbeit hindert.

Ein Streik, der nur von kurzer Dauer war, kam am Sonnabend bei der Firma Kammerich, Fennstraße, in der Abtheilung für Kesselarbeiten zum Ausbruch. Dort hatte der Betriebsinhaber Lohnkürzungen angeordnet und die Arbeiter hatten daraufhin die Arbeit niedergelegt. Gestern kam es durch Verhandlungen, die für die Arbeiter von dem Vertreter des deutschen Metallarbeiter-Verbandes geführt wurden, zu einer Verständigung und heute ist die Arbeit bereits wieder aufgenommen worden. — Jedenfalls ein Beweis dafür, wie durch das Eintreten in Unterhandlungen wohl mancher Kampf verhindert werden kann. Die Herren vom Metallindustriellen-Verband mögen sich daran ein Exempel nehmen.

Mehrere Metallarbeiter der Firma Weis u. Co., Engel-Ufer, wurden am Sonnabend entlassen. Als Entlassungsgrund wurde ausdrücklich ihre Zugehörigkeit zum Metallarbeiter-Verbande angegeben. — Das ist wenigstens ehrlich!

Deutsches Reich.

Der Zentralverein der Bildhauer hat nach seiner Abrechnung vom zweiten Quartal eine Einnahme von 20 952,60 M. zu verzeichnen. Unter den Ausgaben figuriren: Streikunterstützung 954 M., Arbeitslosen-Unterstützung 13 055 M., Stellenvermittlung, Agitation und Rechtschutz 687,49 M., Remuneration für Verwaltung 1018,20 M. und Unterhaltung in Rathhöfen 350 M. Die Zahl der Mitglieder ist auf 3269 angegeben und betrug der Klassenbestand 47 874,57 M. am Schluß des Quartals.

Der Zentral-Verband der Zimmerer weist in seiner Abrechnung vom zweiten Quartal eine Einnahme von 28 837,07 M. auf. Als den Ausgaben hervor: Streikunterstützung 20 219,35 M., Agitation 1782,57 M., Verbandsorgan 7555,89 M., Drucksachen 1861,65 M. und Gehälter 900 M. Der Verband verfügt in seinem Rechnungsabluß über einen Bestand von 20 519,62 M.

Die Puger in Hannover haben in einer öffentlichen Versammlung folgende Resolution gefaßt: Die heute im „Waldhof“ tagende öffentliche Pugerversammlung erklärt, von heute ab keine Pugerarbeit mehr unter 22 Pf. und 42 Pf. auszuführen zu wollen. Für „geroberte“ Decken können bis zwölf Pfennig pro Quadratmeter in Abzug gebracht werden. Fenster- und Thüröffnungen sind nur dann in Abzug zu bringen, wenn Sturz und Leibung nicht genügt werden. Für Weich-Aussehen und Fräsen, sowie hier nicht vorgesehene Arbeiten gilt die freie Vereinbarung zwischen Meister und Gesellen.

Ferner wurde ein Stundenlohn von 80 Pf. verlangt. Wie man in der Versammlung hervorhob, sind die Preise pro Quadratmeter für Wandputz auf 18 Pf., für Deckenputz auf 38 Pf. gesunken, während früher 25 und 45 Pf. gezahlt wurden.

Das Magdeburger Schöffengericht verurtheilte die Steinträger Seidert und Köhler, den ersteren zu zwei Monaten, den letzteren zu zwei Wochen Gefängnis wegen Vergehen gegen § 138 der Gewerbe-Ordnung. Die Angeklagten hatten angeblich gegen den Steinseher Brandt, der während des Ausstandes der Steinarbeiter weiter arbeitete, beschimpfende Aeußerungen fallen lassen.

Ueber die Holzbildhauerei von G. Diebig, Zeig, ist für Drechsler die Sperr verhängt.

Die streikenden Quatarbeiter in Dresden haben sich an den Vorsitzenden des Gewerbegerichts gewandt, um durch dessen Vermittlung die Schlichtung der schwebenden Streitigkeiten herbeizuführen. Als Grundlage der Verhandlung empfehlen die Arbeiter folgende Punkte aufzustellen: 1. Einschreibung einer gemeinschaftlichen Lohnkommission. 2. Beseitigung der Entlassungsscheine und Kontrolle. 3. Aufhebung der Maßregelung der am Streik beteiligten Arbeiter. Aufschlaggebend für die Annahme dieser Forderungen war die Erwägung, daß die Lohnforderungen durch die baldige Beendigung der Pilsbierfabrikation hinlänglich geworden sind. Die Zahl der Streikenden ist auf 25 herabgesunken.

Wegen Lohn Differenzen legten auf dem Schulbau in Eddtau sämtliche 48 Maurer die Arbeit nieder.

Eine größere Lohnreduktion, welche die Höhe von 1 M. bis 5 M. erreicht, führte bei der Firma Gotthard Lindewuth, Textilfabrik in Hohenkirchen (Sachsen) zum Ausstand. In Mitleidenschaft gezogen sind 27 Arbeiter und 44 Arbeiterinnen.

12 Hausdurchsuchungen hat die Magdeburger Polizei, wie nunmehr festgestellt wird, am Freitag ausgeführt. Gesucht wurde nach den Listen für die dänischen Metallarbeiter, für die Magdeburger Steinarbeiter und Harmonika-Arbeiter. Außer der Redaktion und Expedition der „Volkstimme“ wurden bekannte Helfer der Magdeburger Gewerkschaften von dieser Maßregel betroffen. Theilweise beschlagnahmt man einige Exemplare dieser Sammelisten, während bei mehreren Hausdurchsuchungen das Ergebnis resultatlos blieb. Ueber den eigentlichen Zweck dieser Maßnahmen ist man noch vollkommen im Unwissen. Jedenfalls bedeutet diese mit so großem Aufsehen eingeleitete Aktion wieder einen Versuch, gegen die Gewerkschaften einen neuen Schlag zu führen.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Halle ging die Liste der von den Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten der Arbeitnehmer ohne Gegenliste durch. Die von unserer Seite aufgestellte Liste der Arbeitgeber erzielte 208 Stimmen, die gegnerische Liste 245 Stimmen.

Die Stuttgarter Gewerkschaftskommission hat in ihrer letzten Sitzung die Stellung der Arbeitsnachweise-Konferenz in Karlsruhe in der Frage der Aufnahme der Streiklisten aufgegeben. Es wurde von allen Rednern betont, daß eine solche Klausel eher schädlich als nützlich wirken würde, weil durch sie die Arbeitsvermittlung in die unkontrollirbaren privaten Vermittlungsbüros übergeben würde. Es sei viel besser, die Vermittlung fortzuführen zu lassen und jeden Arbeitssuchenden auf die bestehenden Differenzen aufmerksam zu machen.

Die Differenzen in der Armaturenfabrik von Menting in Rannheim sind beigelegt, nachdem die Firma erklärt hat, daß sie den Gießermeister Gröfle gefälligst habe.

Zur Schuhmacherbewegung in München. Hof-Schuhmacher Wanning, Sporrer und Schmied haben nunmehr einigen Verhandlungen die Forderungen der Gehilfen bewilligt. Am Sonnabend fand eine Versammlung der Ausgesperrten statt, welche nach äußerst lebhafter Diskussion die Abmachungen der Kommission gegen zwei Stimmen billigte. In allen drei Werkstätten werden die Streikbrecher entlassen und ist am Montag die Arbeit wieder aufgenommen worden. Dadurch wird die Zahl der Ausgesperrten um die Hälfte reduziert, so daß nur noch 40 Mann zu unterstützen sind. Es ist jedoch Aussicht vorhanden, daß in den nächsten Tagen auch die übrigen Meister nachgeben werden.

Ausland.

Vom internationalen Diamantarbeiter-Kongress wird weiter berichtet: Ueber die Bechtelingsfrage entspann sich eine sehr erregte Verhandlung; die meisten Kongreßtheilnehmer forderten die unbedingte Abschaffung der Bechtelings. Nur die französischen Vertreter bekämpften diesen Antrag, und der Amerikaner Vertreter Kellermann trat ihnen bei. „Sie können nicht — rief er — ein Gewerbe schließen, und je mehr Sie Verordnungen erlassen, um so schlechter wird es gehen!“ Der Kongress beschloß mit allen gegen fünf Stimmen den Grundsat der Ausschließung der Bechtelings. Ein Ausschluß wurde sofort eingeleitet, um die Maßnahmen zur Ausführung dieses Beschlusses fest-

anzustellen. Zur Klärung der Sachlage sei folgendes bemerkt: Die Londoner De Beers-Gesellschaft hat die Ausbeutung der südafrikanischen Diamantenminen monopolisiert. Sie begrenzt den Verkauf und die Ausfuhr, um die Entwertung der Preise zu verhindern. Daraus folgt, daß, da der verfügbare Rohstoff beschränkt ist, es nur für eine bestimmte Anzahl Diamantschleifer Arbeit giebt. Es folgt daraus auch, daß, wenn die Diamantschleifer Lehrlinge nehmen, diese die Zahl der Diamantarbeiter vermehren, und, da die Menge des auf den Markt gebrachten Rohstoffes die gleiche bleibt, die Konkurrenz unter den Diamantarbeitern notwendig immer größer werden muß. Dieser Lage wollen sie einen Niegel vorzulegen suchen, aber die Arbeitgeber wollen die Befreiung der Lehrlinge nicht zulassen. Der zweite Punkt der Tagesordnung betrifft die Dauer des Arbeitstages. Beschlossen wurde die Annahme des zehnstündigen Arbeitstages mit einer Ruhepause von 1 1/2 Stunden, und es soll der achtsündige Arbeitstag erjährt werden. Der Antrag, eine internationale Vereinigung aller Vereine der Diamantarbeiter zu errichten, wurde einstimmig angenommen. Ein internationaler Sekretär wird ernannt, der regelmäßig den Verkehr mit den verschiedenen Vereinen unterhalten und einen monatlichen Bericht in holländischer, deutscher, englischer und französischer Sprache veröffentlichen wird.

Aus Lüttich wird der „Köln Zig.“ geschrieben: Auf Geheiß des Vauvure in Herxal stellten die meisten Schlepper die Arbeit ein. Sie verlangen Abschaffung der Akkordarbeit und 4,50 Fr. Schichtlohn.

Der englische Arbeitsmarkt hat nach den Meldungen, die das Arbeitsamt (Labour Department) in der „Labour Gazette“ veröffentlicht, im Monat August im allgemeinen einen kleinen Rückgang erfahren. Bei den nachstehenden Zahlen sind die an dem Konflikt in der Maschinenbau-Industrie direkt beteiligten Arbeiter unberücksichtigt geblieben.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug bei den 118 Gewerkschaften, welche für den Monat August Berichte an das Arbeitsamt einreichten und die über eine Mitgliederzahl von 462 256 verfügten, 17 440 oder 3,55 pCt. ihrer Mitgliederzahl gegen 3,4 pCt. im August 1896. Für diese Periode hatten 110 Gewerkschaften mit einer Mitgliederzahl von 429 621 sich an den Erhebungen beteiligt.

Neue Konflikte zwischen Kapital und Arbeit wurden im August gemeldet 66, bei denen 15 308 Arbeiter beteiligt waren. Wie schon oben bemerkt, sind auch hier die durch den Kampf der englischen Maschinenbauer in Mitteldeutschland gezogenen Arbeiter nicht mit eingerechnet. Im Juli waren nur 65 Konflikte mit 46 589 Arbeitern gemeldet, im August 1896 aber 80 mit nur 14 200 Mann. Vierzehn der Konflikte betrafen das Baugewerbe, 8 Bergwerke und Steinbrüche, 13 das Maschinen- und Schiffbau-gewerbe, 4 in anderen Metallbranchen, 10 in der Textilindustrie, 3 in der Bekleidungsindustrie und 14 in verschiedenen Gewerben. — Von den 90 neuen und alten Konflikten mit 18 803 Arbeitern, welche im Monat August als beigelegt gemeldet wurden, endeten 25 mit 8520 Arbeitern erfolgreich für diese, 35 mit 6408 Personen zu gunsten der Arbeitgeber; der Rest kam durch Vergleich zu Ende.

Au den Veränderungen der Lohnhöhe waren 132 100 Personen beteiligt; davon erlitten nur 1100 eine Lohnkürzung, die übrigen eine Erhöhung; die durchschnittliche Erhöhung betrug pro Kopf und Woche 7 Pence (56 Pf.) An den Erhebungen waren allein 120 000 Vergleiche von Durham und Northumberland beteiligt. Nur bei 850 Arbeitern war die Erhöhung des Lohnes durch Streit erzwungen worden, die übrigen erreichten sie durch Verhandlungen, Vergleich u. s. w.

Pauperismus. An einem bestimmten Tage der zweiten Woche des August erzielten in 35 Gemeindebezirken 318 841 Personen Armenterstützung. Das macht 204 auf je 10 000 Einwohner oder einer weniger als im August des Vorjahres.

Zur Baumwollen-Krise wird dem „Daily Chronicle“ aus Manchester berichtet: Der Unternehmerverband hat an seine Mitglieder die Anfrage gerichtet, ob sie, falls sich zwei Drittel derselben dazu bereit erklären, eine Lohnkürzung von 5 pCt. eintrreten und es eventuell auf einen Kampf mit den Arbeitern wägen ankommen lassen. In Arbeiterkreisen sieht man dem Resultat der Umfrage ziemlich kühl gegenüber. Man glaubt erstens nicht an das Zustandekommen der Zweidrittel-Majorität, außerdem verlassen sich die Arbeiter auf ihre gefüllten Kassen. Der Textilarbeiter-Verband verfügt über etwa 4 Millionen Mark.

Ueber die Arbeitermeutereien in Hazleton (Pennsylvanien) wird uns noch nachträglich geschrieben: „Was schon lange befürchtet wurde, ist eingetroffen: der große Kohlengräber-Streit hat, gleich wie die früheren Streiks dieser Art, seine blutige Episode gehabt! Es wäre wohl schon früher auch an anderen Stellen zu solchen Mordereignissen gekommen, wenn man augenscheinlich nicht der Meinung gewesen wäre, die harmlosen Streiker schon mit einer Handvoll der meistens aus dem „Zunfeprofletariat“ rekrutierenden Soldaten, genannt „Deputies“, zu Paaren treiben zu können; dieses Element hätte auch seinen Augenblick gezeugt, sein Mordgeschäft zu verrichten, wenn dies ohne Risiko hätte geschehen können. Aber zu 20 bis 30 einer Masse von 500 bis 1000 Streikern gegenüber — das war kein „Waldstätt!“ Bei Hazleton aber waren es 75 bis 80 mit Wägen und Revolver bewaffnete Wühler dieser Sorte gegenüber nur ca. 250 gänzlich unbewaffneten Streikern — und da konnte man es schon riskieren! Und es war zum großen Teil nicht einmal jenseit, zu allem fähige Elemente, welches die Blutarbeit verrichtete, sondern die Unternehmer selbst, Beamte derselben und sonstiger industrieller Unternehmungen, Geschäftsleute und dergleichen. Der Speiße des County's, welcher den nominellen Befehl über die Mordbande führte, war früher selbst Kohlengräber gewesen und hatte es als solcher bis zum Vornamen gebracht; 1895 ward er auf dem republikanischen Wahlzettel — auf welchen er selbstverständlich, wie immer in solchen Fällen, als Konzeption an die Arbeiter gesetzt worden war, die in den Minendistrikten an der Wahlurne dominieren und deren Vertrauen er besaß — an seinen jetzigen Posten gewählt. Und wie alle diese „Vertrauensleute“ der Arbeiter, welche ihren Einfluß bei denselben als Mittel zur Erlangung eines Wählens an der öffentlichen Krippe benutzen, war er — nach den herrschenden Anschauungen der Arbeiter selbst — von dem Augenblick an, wo er dieses Ziel erreicht, kein Arbeiter mehr, sondern in eine „höhere Gesellschaftsschicht“ gestiegen und hatte deren Interesse zu vertreten — was er denn auch jetzt gründlich gethan!

Die Erregung über das Blutbad ist im ganzen Lande unter den Arbeitern eine ungeheure, aber in manchen Kreisen derselben mag sie keine nachhaltige sein; waren es doch nur Ausländer — meistens Galizier, dann Ungarn und Italiener — um die es sich handelte!

Unternehmer-Verbände.

Das Kartell der märkischen Ziegeleien ist festigen Anfeindungen ausgesetzt. Die Händler versuchen diese Verbindung zu sprengen. Zunächst schränken sie ihren Bedarf auf das nöthigste ein und entnehmen ihn von außerhalb des Kartells stehenden Ziegeleien. Das Kartell sucht sich gegen diese Angriffe dadurch zu schützen, daß es eine Konventionalstrafe von 50 M. für jedes Tausend Steine, welches unter der Hand verkauft wird, festgelegt hat. Ferner sollen die auf dem Platz stehenden Steine belieben werden. Zur Orientierung sei bemerkt, daß der Ziegeleibesitzer-Verein verpflichtet ist, die Steine an Händler mit höchstens 1 M. Aufschlag pro Tausend und an Verbraucher mit höchstens 2 M. Aufschlag auf den Lieferungspreis der Ziegeleien zu verkaufen.

Soziales.

Landarbeiter und Gutbesitzer. Der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ wurde von zwei Parteigenossen, die in der Gegend von Teskhu den Mecklenburgischen Volkskalender verbreitet hatten, folgende Mitteilung gemacht: Im Dorfe Brunnstorf trafen wir einen alten Kuhhirten, der uns seine Noth klagte; er war von einem Bullen schwer verletzt worden und hatte inselgebehen 12 Wochen

auf dem Krankenlager zubringen müssen; den Doktor bezahlte der Gutsherr, ein Lieutenant a. D. Melms, die Apothekerkosten dagegen mußte er selbst tragen. Derselben belies sich auf 60 M. Da er während der Krankheit einen Geldlohn nicht bezog, so mußte er notwendig während dieser 12 Wochen tief in Schulden geraten. Er legte nun seine Hoffnung darauf, daß er etwas aus der Unfallkasse erhalten würde; auch hatte ihm Herr Melms versprochen, ihm dies zu besorgen. Da sich die Erledigung der Unfallsache aber außerordentlich lange verzögerte, so wandte sich der Kuhhirt an einen Herrn in Sülze, der ihm eine Eingabe an das Ministerium aufschickte. Als hierzu Herr Melms, der wohl vom Ministerium zu einem Bericht aufgefordert wurde, erfuhr, ließ er sich den 62jährigen Mann kommen und machte ihm viele Vorwürfe darüber, daß er ohne sein, des Gutsherrn, Vorwissen habe an das Ministerium schreiben lassen. Aber diese Eingabe scheint doch nicht überflüssig gewesen zu sein, wenigstens dauerte es nicht lange und dem Kuhhirten wurde wegen seines Unfalls eine halbsmonatliche Rente von 5 M. zugesprochen. Aber er sieht sich leider nicht in deren ungeschmälertem Besitz. Als er nämlich im vorigen Jahre keine Ruh hatte, wurde ihm von Herrn Melms das Geld zum Kauf einer Kuh vorgeschossen mit der Bedingung, es nach und nach abzubezahlen. Infolge dessen zog ihm nun Herr Melms aller 14 Tage von jenen 5 M. eine Mark ab. Zu der letzten Zeit sind ihm sogar 2 M. abgezogen worden. Nun weiß der alte Mann wirklich nicht, wie er mit 3 M. in 14 Tagen auskommen soll; er hat nämlich 5 Köpfe zu ernähren! — So der Bericht, dessen schlichter Inhalt für sich selbst spricht.

Den Neunhr-Badenschluß führen die Inhaber der Materialwaaren-Handelsgeschäfte in Delitzsch für das Winterhalbjahr ein, ausgenommen sind die Sonnabende und die Zeit vom 13. bis 24. Dezember, sowie der Spätherbst, wo je nach Bedürfnis geschlossen werden soll. Ferner ist in Harburg unter den Geschäftsleuten eine Bewegung für den Neunhr-Badenschluß im Gange. Bisher 60 Ladeninhaber der verschiedensten Branchen erklärten sich unterschrieben bereit, um 9 Uhr zu schließen, ausgenommen an Sonnabenden sowie im ganzen Monat Dezember und in der letzten Woche vor Ostern und Pfingsten. Die übrigen Geschäftsleute — einschließlich der Bäcker und Schlächter — sollen ersucht werden, gleichfalls zum Neunhr-Badenschluß Stellung zu nehmen.

Aus Erfurt wird gemeldet, daß dort in den Büreaux der königlichen Regierung die Arbeitszeit insofern abgeändert würde, als sie vom 1. Oktober an auf die Zeit von morgens 8 bis nachmittags 3 Uhr festgesetzt sei. Die Bureaubeamten der königlichen Eisenbahndirektion hätten eine solche Arbeitszeit schon lange.

Das wäre eine siebenstündige Arbeitszeit. Jedermann wird sie den Beamten gönnen. Was aber den Beamten recht ist, das ist den Arbeitern der Staatsbetriebe billig. Sie müssen vielfach weit über 10 Stunden hinaus arbeiten und wenn sie sich zur Erreichung eines besseren Looses selbständig zu organisieren suchen, wie z. B. im Deutschen Eisenbahnerverband, so werden sie gemahregelt, und zwar ihm sich bei dieser Verfolgung gerade die Beamten hervor, die sich im Verufe sicherlich lange nicht so sehr anstrengen müssen, als die Arbeiter.

Auf der Hamburger Konferenz der deutschen Sittlichkeitsvereine, die bereits erwähnt wurde, hielt Kontre-Admiral a. D. Werner einen Vortrag über die Gefahren und Mißstände des Seemannslebens. Als eine der hauptsächlichsten Gefahren bezeichnete er die Heuer- und Schlafbaase. Er empfahl die Gründung von Seemannsheimen. Der Seemann müsse aber in solcher Weise demvornbet werden, daß er es gar nicht merke. Nur dann werde er solche Heime aufsuchen und vor den ausbeuterischen Klauen der Schlaf- und Heuerbaase, Schneider und Händler bewahrt bleiben. Der Seemannspostler Jungclaussen äußerte sich in ähnlichem Sinne. Sidormer, der Vertreter des Hamburger Vereins der Seeleute, bat zunächst, daß die Rede des Kontre-Admirals Werner in Druck gegeben werde; er selber verpflichtete sich sogleich zur Abnahme von 1000 Exemplaren. Im übrigen dürfe aber nicht vergessen werden, daß seit der Zeit, da Kontre-Admiral Werner die See befahren habe, sich vieles geändert hätte. Die Lage der Seeleute sei mit der Ueberhandnahme der Dampfschiffe zweifellos verschlechtert worden. Was zur Hebung der Moralität unter den Seeleuten in erster Linie Noth thue, sei vor allen Dingen die Ausübung von Gerechtigkeit und daß man den Seeleuten freiere Bahn gewähre.

Ueber die vermittelte Ursache der Kesselexplosion in der Papierfabrik Palling bei München, welches Unglück fünf Menschen das Leben kostete, während drei schwer verletzt wurden, wird der „Münchener Post“ von einem Arbeiter geschrieben: „Aus Ihrem Blatt erfuhr ich das große Unglück in der Palling-Papierfabrik, jedoch konnte ich bis jetzt nichts finden über die Ursache der Kesselexplosion. Da ich längere Zeit in der Palling-Papierfabrik als Reparaturschlosser beschäftigt war und öfter mit dem Kessel zu thun hatte, so will ich Ihnen mittheilen, was an dem Unglück vielleicht schuld sein könnte. Voriges Jahr war der Kessel Nr. 4, der in die Luft geflogen ist, schadhaft, er hatte Rostlöcher ein bis zwei Millimeter tief, die ich reinigen mußte, worauf die schadhaften Stellen mit Zement bestrichen wurden. Die Arbeit des Zementverstrichens that der Maurer über. Die Dampfessel 1 und 2 habe ich öfter beschwören müssen (durch Eingießen von Blei in das Gewicht am Sicherheitsventil, oder durch Auflegen von Eisenstücken), um einen höheren Dampfdruck zu erzeugen. Geheiter Herr Redakteur, sehen Sie auch den Dampfessel-Revisions-Verein in Kenntnis, daß sich der Herr Direktor nicht immer nach den Vorschriften richtet, und dann möchten auch tüchtige, geprüfte Heizer an die Kessel gestellt werden, nicht beliebige Tagelöhner, die nichts verstehen, indem von einem Heizer sehr viel abhängt.“

Bedauerlich ist, daß solche Aufführungen in der Regel erst in die Öffentlichkeit kommen, nachdem ein Unglück geschehen ist.

Eine neue Kesselexplosion. Aus Kronstadt in Ungarn wird gemeldet, daß in der Zuckerrabrik Wotsalu durch Explosion des Kessels 18 Menschen ihr Leben verloren und zahlreiche Personen schwer verletzt wurden.

Bei dem Grubenunglück in Casel Termini auf Sizilien sind 35 Arbeiter umgekommen; 24 fanden im Alter von 13 bis 25 Jahren.

Gerichts-Beitrag.

Die Frage, ob Hausflure geschlossene Räume sind, spielt bekanntlich in der gegen die Sozialdemokratie betriebenen Staatsrettung eine wichtige Rolle. Die Frage stand gestern abends in einem Flugblatt-Prozess vor dem Kammergericht zur Entscheidung. Der Arbeiter Vernicke vertheilte am 21. März dieses Jahres in Magdeburg Flugblätter, indem er in die Häuser hineinzing und die Leute durch Ziehen der Wohnungsthüren veranlaßte, zu öffnen und die Blätter entgegenzunehmen. Manchmal klemmte er die Schriften hinter die Thürkante. Er erhielt ein Strafmandat, weil er entgegen den §§ 9 und 10 des preussischen Preßgesetzes Druckchriften an öffentlichen Orten vertheilt haben sollte, ohne im Besitz der polizeilichen Erlaubnis dazu gewesen zu sein. Vernicke beantragte richterliche Entscheidung, aber auch das Schöffengericht und die Strafkammer verurtheilten ihn. Die Hausflure seien nach der Strafe zu offen gewesen, deshalb seien sie wie auch das Treppenhäus als öffentliche Orte anzusehen, gleich wie die Straße selbst. Der Angeklagte legte Revision ein und machte geltend, § 48 Absatz 5 der Gewerbe-Ordnung sei verletzt worden. Danach bedürfe es einer Erlaubnis nicht, wenn jemand in geschlossenen Räumen nicht gewerbmäßig Druckchriften vertheilt wolle. Die Hausflure seien aber geschlossene Räume auch dann, wenn die Thür nach der Straße geöffnet sei. Entscheidend sei ihre Einstülpung und Bedachung. Nachdem der Ober-Staatsanwalt selber die Freisprechung des Angeklagten beantragt hatte, wurden die Vorentscheidungen vom Kammergericht aufgegeben und B. wurde freigesprochen. Er sei der Verletzung der §§ 9, 10 und 48 des preussischen Preßgesetzes nicht schuldig. Der Verurtheilte habe nicht festgestellt, daß es sich

bei den Flugblättern um Plakate oder Weisung handelte. Das Kammergericht bestätigte die Entscheidung, denn der Vordereichter habe den Begriff des öffentlichen Ortes und den des geschlossenen Raumes nicht verkannt. Nach den Reichstags-Verhandlungen über den § 48 Abs. 5 der Gewerbe-Ordnung müsse angenommen werden, daß alle Räume unter Dach und Fach, also auch die Hausflure zu den geschlossenen Räumen im Sinne dieses Paragraphen zu rechnen seien. Das Vertheilen der Flugchriften innerhalb der Hausflure sei demnach gestattet ohne polizeiliche Erlaubnis, wenn es nicht gewerbmäßig erfolge, also könnten hier die §§ 9 und 10 des preussischen Preßgesetzes nicht angewendet werden. Ob Staatsanwaltschaften und Polizeiorgane nunmehr aufhören werden, unsere Parteigenossen wegen derartigen Flugblattvertheilungen zu bestrafen?

Hamburg, 27. September. Ein Amtsrichter mit dem Beileidigungsparagraphen im Konflikt. Der Bevollmächtigte des Zentralvereins der Bureau-Angestellten, Zahlmeister Hamburg, Genosse H. Münde in Altona, hat gegen den Amtsrichter Dr. Gorden Privatklage wegen Beileidigung angehängt. Der Herr Amtsrichter hat in der neulich gegen ihn geführten, auch im Vornwärts erwählten Verhandlung gegen R. wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes in bezug auf R. gesagt: Eine Lüge nach der anderen. Der Mann weiß vor lauter Lügen nicht, was er sagen soll! Und das, obwohl R., wie nachher festgestellt wurde, nicht die geringste objektive Unwahrheit gesagt hatte.

Freiburg (Schweiz), 27. Septbr. Nach achtstägiger Schwurgerichts-Verhandlung wurde heute der ehemalige Postbeamte Heinrich Huber, der angeklagt war, in der Nacht vom 31. März zum 1. April in dem Nachzuge der Eisenbahn Genf-Bern den Postkondukteur Augst ermordet zu haben, zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt. Die Geschworenen hatten dem Angeklagten milde Umstände zugestimmt; dadurch wurde die Todesstrafe, die im Freiburger Strafrecht noch besteht, ausgeschlossen.

Ergebnisse

der ländlichen Landtagswahlen.

Am gestrigen Montag wurden im Königreich Sachsen die Wahlmänner-Wahlen der dritten Abtheilung vorgenommen. Heute, Dienstag, wählt die zweite, morgen, Mittwoch die erste Abtheilung. Am 9. Oktober haben die Wahlmänner aller drei Klassen die Abgeordneten zu wählen. Ueber den Ausfall der gestrigen Wahlmänner-Wahl in der dritten Abtheilung liegen uns bis jetzt folgende Privatdepeschen vor:

Dresden, 27. September. Bei der Landtagswahl in Dresden I wurden 24 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt, für über 30 Wahlmänner ist ein zweiter Wahlgang erforderlich. Das Stimmenverhältniß war: 1742 sozialdemokratische, 901 antisemitische und 998 konservative Stimmen. Im vierten Dresdener Kreise wurden 29 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt, für 8 Stimmen ist Nachwahl erforderlich. 2540 sozialdemokratischen Stimmen standen bloß 452 antisemitische und 788 konservative gegenüber.

Im 18. ländlichen Wahlkreise (Umgebung von Meißen) sind bis jetzt 9 sozialdemokratische Wahlmänner, aber kein gegnerischer gewählt.

Im 9. ländlichen Wahlkreise sind bis jetzt in sechs Wahlbezirken sozialdemokratische Wahlmänner gewählt, voranschließlich wird aber die konservative Liste in Vorkprung kommen. Im zehnten ländlichen Wahlkreise liegt bis jetzt die Meldung von der Wahl von 26 sozialdemokratischen Wahlmännern vor; obgleich noch viele Wahlergebnisse ausstehen, kann angenommen werden, daß die ganze dritte Abtheilung unsere Kandidaten wählen wird. Im 16. ländlichen Wahlkreise sind bis jetzt 26 sozialdemokratische und 3 konservative Wahlmänner gewählt worden, auch hier wird die dritte Abtheilung von unserer Partei beherrscht.

Chemnitz, 27. September. Von 62 in Chemnitz-Stadt zu wählenden Wahlmännern sind gleich im ersten Wahlgange 42 von unseren Parteigenossen gewählt worden, für 20 ist Nachwahl erforderlich, die Gegner haben keinen Kandidaten durchgeführt. In Chemnitz-Land wurden alle unsere Wahlmänner gewählt, bloß einer hat sich einer Nachwahl zu unterziehen, ganz das gleiche Resultat ergaben die Städte Lichtenstein und Glauchau.

Delitzsch i. B. In zwei Bezirken von vier haben wir gesiegt. Gewählt sind 4 sozialistische Wahlmänner. Die Wahlbetheiligung betrug 90 pCt.

Ein sicherer Ueberblick über den Ausfall der Wahl in der dritten Abtheilung wird sich wegen der Ausdehnung der Wahlkreise erst in einigen Tagen gewinnen lassen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Posen, 27. September. (W. Z. B.) Der Unteroffizier Steiner vom Infanterie-Regiment Nr. 46 wurde im Wallgraben des Fort Binari mit zerschmettertem Schädel aufgefunden. Derselbe soll in einem hiesigen Restaurant Streit gehabt haben und von dem Betreffenden auf dem Heimwege verfolgt und von diesem in den Graben hinuntergestoßen worden sein. Die Exstirpation der Leiche findet auf Veranlassung der Militärbehörde heute Nachmittag statt.

Frankfurt a. M., 27. September. (W. Z. B.) Aus Flume wird der „Frankf. Zig.“ berichtet, daß weitere fünf Leichen aufgefunden wurden. Als Sicherheit für den in Haft genommenen Kapitän der „Jfa“ sind 145 000 Fr. hinterlegt worden.

Nordhansen, 27. September. (W. Z. B.) Ein heute Vormittag in dem Silo der Getreidestirma Wedelind u. Ko. in der Hodegasse ausgebrochener Brand vernichtete das Geschäftshaus nebst Hintergebäude, sowie eine Brennerrei, das Wohnhaus und Hintergebäude eines Stellmachers und zum theil auch Gebäude in der Sandthorstraße.

Hagen, 27. September. (W. Z. B.) Amlich wird gemeldet: Am 27. d. Mts. 12 Uhr 40 Minuten Vormittag stieß der Personenzug 424 bei der Einfahrt in den Personenbahnhof Hagen mit einer Rangirungsmaschine zusammen. Ein Reisender wurde ganz unerheblich verletzt, beide Lokomotiven erheblich, ein Packwagen unerheblich beschädigt. Betrieb nicht gestört. Untersuchung eingeleitet.

Dresd., 27. September. (W. Z. B.) Durch Herabstürzen von einem Gerüste aus der Höhe von 6 Metern an Bord des Pauer-Schiffes „Ganlois“ wurden heute zwei Arbeiter getödtet und mehrere verwundet.

Pinne, 27. Sept. (W. Z. B.) Die Hebung der „Ira“ ist mißglückt, und zwar infolge des Reißens der Ketten. Dieser Zwischenfall hätte beinahe eine neue Katastrophe herbeigeführt, da viele in der Nähe befindliche Barken und Schiffspontons infolge der heftigen Meereserschütterungen umzuschlagen drohten. Nur ein Boot schlug um; die Insassen jedoch wurden gerettet.

Agram, 27. Sept. (W. Z. B.) Amlichlich der Banernrevolten ist in acht Bezirken das Standrecht proklamiert worden.

Wabasz, 27. September. Das Abgeordnetenhaus hat heute seine Verhandlungen begonnen. Der Finanzminister Dr. v. Lukacs brachte einen Gesetzentwurf ein betr. ein provisorisches Budget für die ersten vier Monate des Jahres 1898.

Madrid, 27. September. (W. Z. B.) Die Polizei hat heute sechs Individuen, die sich politisch verdächtig gemacht haben, festgenommen.

Der Kampf der englischen Maschinenbauer.

Es scheint, daß der Kampf im Maschinenbaugewerbe seiner Bedeutung durch einen Kompromiß entgegengeht. Wohl haben die verbündeten Unternehmer vorigen Freitag Resolutionen für Aufrechterhaltung des Widerstandes gegen den Achtstundentag gefaßt und eine Anzahl Londoner Firmen, die den Achtstundentag vorläufig bewilligt, zur Zurücknahme des Zugeständnisses bewogen, und wohl treffen immer mehr Firmen in der Provinz dem Vorgehen der kämpfenden Unternehmer bei, aber trotzdem ist der Wunsch nach einem baldigen Friedensschluß auch in den Reihen der letzteren ziemlich stark vertreten.

Man hat Herrn Malher's Vorschlag verworfen, seiner Bemerkung jedoch, daß eine völlige Niederlage der Arbeiter nur einen Pyrrhus'sieg der Prinzipale bedeuten würde, verschließt man sich nicht.

Unzweifelhaft ist die Position der kämpfenden Arbeiter im gegenwärtigen Moment keine besonders günstige. Die Zahl der Ausgesperrten und durch die Sperrung zum Ausstand Getriebenen wächst. Die Mittel der kleineren der am Kampf beteiligten Gewerkschaften sind aufgebraucht. Der Maschinenbauverein muß jede Woche tief in seine Tasche greifen, um nur die Mittel für die Unterhaltung seiner Mitglieder auf den Tisch legen zu können, und die von anderen Gewerkschaften geleisteten Beiträge, so ansehnlich einige von ihnen sind, reichen bei weitem nicht aus, die für die Unterhaltung der mitkämpfenden Nicht-Gewerkschaftler, Handwerker etc. erforderlichen Summen zu decken. Das parlamentarische Gewerkschaftskomitee macht heute bekannt, daß es 1100 Pfd. St. in Händen hat und weitere Beiträge ihm zugesagt sind; aber was will das sagen, wo wöchentlich über 80 000 Pfd. St. gebraucht werden, von denen die Extrasperren des Maschinenbauvereins kaum den dritten Teil zusammenbringen? Auf der anderen Seite ist es der großen Mehrzahl der Prinzipale möglich, trotz des Ausstandes ihren Betrieb fortzuführen, wenn auch natürlich in vermindertem Umfange. Es mag in diesen Betrieben offensichtlich genug andauern, aber der moralische Effekt des Fortlaufens der Maschinen auf die Arbeiter ist doch kein geringer.

So ist die Sachlage für die kämpfenden Gewerkschaften im Augenblick nicht sehr günstig. Indes sind sie darum bei weitem noch nicht gedemüthigt, bedingungslos nachzugeben. Es stehen ihnen noch große Hilfsquellen offen. Käme es wirklich zum Ausbruch, müßte der Maschinenbauverein, mit all' seinen Fehlern der Stolz der britischen Arbeiterbewegung, ernsthaft um seine Existenz kämpfen, so würden Genossenschaften, Gewerkschaften und die politischen Arbeitervereine ganz anders in den Beutel greifen als bisher. Die allzu optimistische Sprache, in der man sich im Anfang gefiel, hat in weiten Kreisen der Arbeiterchaft dem Glauben Vorschub geleistet, es handle sich mehr um Beiträge zu demonstrativen Zwecken als um ernsthaft erforderliche Hilfe. Desgleichen bei dem ansehnlichen der Arbeiterbewegung stehenden Publikum. Es ist nicht immer vortheilhaft, stärker zu erscheinen, als man wirklich ist.

Recht sind nun verschiedene Leute am Werk, einen Kompromiß herbeizuführen. Herr Blewellyn Smith vom Arbeitsamt des Gewerbeministeriums hat sowohl mit dem Führer der Unternehmer, Oberst Dyer, wie mit Georg Barnes, dem Generalsekretär des Maschinenbauvereins, längere Konferenzen gehabt, und schon aus der Beschreibung der, die über den Inhalt der Konferenzen beobachtet wird, geht hervor, daß es sich um mehr als bloß formelle Einholung von Informationen handelte. Im Nordosten von England, wo der Schwerpunkt des Kampfes liegt, hat der Mayor von Darlington seinen Kollegen der Hauptzentren des Distrikts vorgeschlagen, sich den streikenden Parteien zur Vermittlung anzubieten und meist zustimmende Antworten erhalten. Da nun von Seiten der Zeitung der Maschinenbauer wiederholt die Erklärung abgegeben worden ist, daß man durchaus zu Verhandlungen bereit sei, können die Unternehmer nicht eine schlechtweg ablehnende Haltung einnehmen. Scheiterten die Friedensverhandlungen an ihrer absoluten Weigerung, so würde ein Appell der Maschinenbauer an das große Publikum den denkbar günstigsten Erfolg haben. Ohne sie haben sich, wie die Septembernummer des Journals der Maschinenbauer feststellt, eine ansehnliche Anzahl größerer Blätter mehr oder weniger entschieden auf die Seiten der letzteren gestellt. So, neben vielen Galspenny Blättern, u. a. „Daily News“ und „Daily Chronicle“ in London, der „Manchester Guardian“, der „Bradford Observer“, „Leeds Mercury“, „Newcastle Leader“ und „Newcastle Daily News“ — alles größere Organe liberaler und radikaler Färbung. Aber auch größere konservative Blätter vermeiden es, sich einseitig für die Unternehmer zu engagieren, man will es mit einer so einflussreichen Sektion der Arbeiterchaft nicht gern verderben. Ueberhaupt spielt die politische Rücksicht in verschiedener Weise in den Kampf hinein. Es ist bekannt, wie richtig die Arbeitermitglieder in den öffentlichen Vertretungskörpern darauf achten, daß Eisenarbeiten und Aufträge nur an Firmen vergeben werden, die ihren Arbeitern gegenüber „fair“ handeln, und dieser Faktor ist nicht immer zu vernachlässigen. So hat der Armenrath von Stepney im Osten Londons soeben bei Vergabe eines größeren Auftrages im Werthe von 18 000 M. eine der Firmen gewählt, die den Achtstundentag bewilligt haben. In den Londoner liberalen und radikalen Klubs, in denen das Arbeiterelement noch immer stark vertreten ist (in einigen bildet es die überwiegende Mehrheit), hat man Vorträge von Delegirten der Maschinenbauer und Sammlungen für die Ausgesperrten veranstaltet, und wenn es nötig werden sollte, werden ganz sicher verschiedene der großen Zeitungen Sammlungen eröffnen. In dieser Verbindung sei noch erwähnt, daß eine vom Londoner Zentral-Klub, einer „unpolitischen“ Zentralisation der Arbeiterklubs von London und der Provinz, letzten Dienstag veranstaltete Festvorstellung einen großen Erfolg hatte. Ueber die Vorschläge, auf Grund deren jetzt ein Kompromiß angedacht wird, ist noch nichts genaueres in die Öffentlichkeit gedrungen. Nach gewissen Anzeichen zu schließen, scheint er auf der Linie einer Arbeitswoche von 51 Stunden gesucht zu werden.

Dem großen Verband der Maschinen- und Schiffbau-Arbeiter gegenüber, dessen Komitee vorige Woche in Carlisle (Nord-England) tagte und dessen Abspaltung eine große Mehrheit für Aufnahme der Agitation für den Achtstundentag ergeben hat, haben sich die verbündeten Unternehmer zu gemeinsamer Verhandlung bereit erklärt. Diese dürften sich aber so lange hinziehen, daß es zweifelhaft ist, ob ihr Ausgang auf den jetzigen Kampf in irgend einer Hinsicht noch Einfluß haben wird.

Lokales.

Der Gerichtsprozess gegen Marie Gerdes ist beendet. Nach wecheln in der Großstadt die „Sensationsfälle“. Das Wahlbürgerthum, das im tiefen Bewußtsein seiner „unerschütterlichen Wohlthätigkeit“ sich an nichts lieber erbaut, als an „sensationalen“ Abenteuern, hat dem „Fall Gerdes“ für ein paar Tage sein gespanntes Interesse zugewandt. Dann ist's vorbei. Keinerlei Eindruck bleibt haften.

Nicht um diese Spannung, die diesmal aus einer romantischen Liebesaffäre hervorgewachsen, handelt es sich für uns. Nicht das Einzelgeschick von Fräulein Gerdes und nicht die Person des jungen Herrn Weidenstein, der im Prozeß in Wahrheit zum Angeklagten und vom öffentlichen Ankläger selbst zur Geringfügigkeit gekennzeichnet wurde, soll hier nochmals hervorgehoben werden. Fräulein Gerdes hat schwere Stunden durchgemacht. Die Seelenkämpfe, die sie in der Untersuchungshaft erlebte, mußten ihr doppelt bitter werden, da sie in begreiflicher Exaltation sich befand. Auf diese

Exaltation nahmen ja auch die Richter Rücksicht. In wie vielen Fällen sind indessen verdamnende Urtheile gesprochen worden, unbekümmert um Irrungen und Exaltationszustände der menschlichen Seele?

Fräulein Gerdes hat viel in jener Literaten- und Künstlerwelt verkehrt, die der ruhige Bürgermann mit dem Sammelnamen „Lohdne“ (das Fingergeschlecht) zu bezeichnen liebt. Auch dadurch fiel ein romantischer Schimmer auf sie, und selbst dieser Welt, so wenig einflußreich sie im großen sein mag, hat Fräulein Gerdes lebhaftere Theilnahme und Trost zu danken. Wie vielen ihresgleichen steht niemand bei! Ueber wie viele ihresgleichen wird unbarbarisch der Stab gedrohen! Keine Klage von ihnen wird gehört, der bittersten Einsamkeit sind sie verfallen. Denn das Einzelgeschick des Fräulein Gerdes ist, wenn man es seiner romantischen Zuthaten entkleidet, typisch für eine ganze Reihe von Lebensschicksalen des alleinstehenden Mädchens; und wenn gerade Herr Weidenstein jun. nicht den nobelsten Eindruck macht, die weißen jungen Herren seines Standes, mögen sie auch äußerlich sich etwas feiner und müßiger gebenden, machen es sonst nicht viel besser, als er. Für sie ist die Alleinstehende das beliebte Freiwild.

Fräulein Gerdes ist durch Zufall mit Theorien und Lehren betannt geworden, durch die sie sich blenden, nicht überzeugen ließ. Sie kokettirte mit Anschauungen, für die in unserer bürgerlichen Gesellschaft gewiß kein Raum ist. Starke Naturen können trocken und beden selbst vor tragischen Konflikten nicht zurück. Fräulein Gerdes gehört sicherlich nicht zu den besonderen Naturen. Sie ist jung, ihr warmes Blut hatte die Sehnsucht aller Jugend nach Lebenslust und freudigem Lebensgenuß. Tausende junger Mädchen folgen gleichen Impulsen, ohne für ihr Thun sich mit besonderen Theorien oder schöngeistigen Ansichten zu rechtfertigen. Wer möchte einen Stein auf sie werfen? Man kann begreifen, wie Fräulein Gerdes vor sich selbst bedeutender erscheinen wollte. In Wahrheit hat sie dasselbe gelebt und gelitten, wie hunderte ihrer Mitgeschwestern, die den gleichen Jugenddrang, den gleichen Lebensmuth besaßen.

Die Einsamkeit des alleinstehenden Mädchens wird hierzulande um so bitterer, weil das einsame Weib ungezählten Demüthigungen ausgesetzt ist. Wo die Alleinstehende hintert, begegnet sie der Kälte, dem Mißtrauen, der bösen Verdächtigung. Die Klavierlehrerin, die Gouvernante, die Sprachlehrerin, sie sind ihrem Wesen nach proletarisch und man stellt bürgerliche Ansprüche an sie. Wenn sie eine ärmliche Stube zu mieten suchen, beginnt für sie schon eine Art von Mauth. Die Blide der Vermieter, schroff abweisende Bemerkungen, häufig offener Hohn, all das quält und erniedrigt. Dazu die Hage nach kärglichem Erwerb, rohe Probenhaftigkeit, wüthige Zumuthungen! Um so ungeberdiger muß als Abwehr gegen diese tägliche Qual die Sehnsucht nach etwas Glück und Lebensgenuß sich regen, um so lebhafter wird sich das junge Geschöpf in Illusionen und Hoffnungen hineintraumen. Und nun kommt solcher Frau, in so vorbereitem Zustande, ein junger Mann entgegen, wie im Falle Gerdes der junge Weidenstein. Nun sagen die Neumalweisen freilich: die geistig überlegene Gerdes hätte den herzlich unbedeutenden Menschen von vornherein durchschauen müssen. Wenn man einem nur nicht immer mit der vernünftigen Geistreichigkeit läme. Das begehrtlich pochende Blut fragt verdammt wenig danach, und das übervolle, gequälte Herz, das eine Rettung aus täglich neuer Lebensmarter erblickt, noch weniger. Man träumt, man hofft und idealisirt. Klug rathen, ist leicht. Wie will man aber von bewegtem Gemüth verlangen, daß es Irrungen nicht unterwerfen sei? Die Phantasie von Fr. Gerdes hat gewiß den „Retter“ anfangs verschönt. Dann kam die Enttäuschung und erregte doppelte Verbitterung. Ungezählte andere Frauen haben ähnliches erfahren; und so manche bittere Tragödie hat sich im Stillen abgespielt; kein Schein von Sensation fiel auf sie; niemand auf offnem Markt wurde auf das Loos der „Alleinstehenden“ aufmerksam. So viele Hoffnungen wurden zu Grabe getragen, bis alle Lebensquellen der Alleinstehenden endlich verdorren. Auf der einen Seite wird ein ganzes Lebensschicksal gewagt, der Gesellschaft der Weidensteine ist es ein mühseliges Spiel, eine Zerstreung, die allenfalls flüchtige Unannehmlichkeiten mit sich führt. Die schüttelt man schon ab. Die „Gesellschaft“ heist und härt das Gewissen der Irgen; wenn die ansehnliche „Kassette“ fringsel hat, ist's ihre Schuld. — Auf das Leben der alleinstehenden Frauen in der Großstadt warf der „Fall Gerdes“ wieder einmal grelle Streiflichter.

Die „Staatsbürger-Zeitung“ jammerte, wie wir vorgestern schon kurz erwähnten, in ihrer Sonnabendnummer über „Terrorismus in der Sozialdemokratie“. Sie zog zur Begründung ihrer herzerweichenden Klage nicht nur den so und so oft widerlegten Klatsch von dem braven Lorenz heran, den die Unduldsamkeit der Sozialdemokraten nicht nur aus Kiel, sondern sogar aus Deutschland vertreiben haben soll; sie tischte ihren Lesern auch zwei ungeliebte Klatschgeschichten auf, die sich in nächster Nähe von Berlin jugetragen hätten. Da wird zunächst ein launiges und breites von einem Zimmerer in Steglitz erzählt, der treu zur Kirche hält, seine Kinder taufen läßt, und aus diesem Grunde von den Sozialdemokraten, die nur heuchlerischerweise den Grundsatz aufstellen: Religion ist Privatfache, derart verfolgt und gequält wird, daß es ihm unmöglich ist, in Steglitz noch Arbeit zu finden. Er sei infolge dessen gezwungen, mit seiner Familie einen anderen Wohnort aufzusuchen. Diese Geschichte ist von A bis Z erlogen. Wir haben uns vergebens bemüht, auch nur den geringsten Anhalt für diese Erfindung zu entdecken.

Der zweite Fall, mit dem die „Staatsb.-Ztg.“ den ehrfamen Spielbürger vor dem Terrorismus der Sozialdemokraten grübeln machen will, betrifft den Maurer Bremer, der in Großlichterfelde, Schausstr. 78, wohnt. Dieser Ehrenmann soll gleichfalls von seinen sozialdemokratischen Arbeitsgenossen, und zwar im Einverständnis mit den betreffenden Polizen, derart maltätirt werden, daß es ihm unmöglich ist, auf einem Bau in Steglitz Arbeit zu finden. Jeder, der auch nur oberflächlich mit den Verhältnissen im Maurer- und Zimmerergewerbe bekannt ist, weiß, daß die Polize fast ohne Ausnahme auf der Seite der Unternehmer stehen und deren willkürliche Verfügungen sind, wenn es gilt die Arbeiter anzuhäufeln und ihren Bestrebungen entgegen zu treten. Ein Polier würde sich also des wegen antisozialdemokratischer Gesinnung von seinen Kollegen gequälten Arbeiter ebenso warm annehmen, wie die „Staatsbürger-Zeitung“. Alle diese Verfolgungen und Drangsalierungen soll nun der bekanntere Bremer deshalb zu erdulden haben, weil er, da er nicht Sozialdemokrat ist, sich weigert, den wöchentlichen Beitrag von 1,50 M. an die Parteilasse zu zahlen. Solchen Unsinn behauptet die „Staatsbürger-Zeitung“.

Wir wollen dem genannten Blatte, das sich zum Verteidiger der verfolgten Unschuld aufwirft, folgendes über seinen Schilling mittheilen: Bremer, der sich nie mit seinen Kollegen solidarisch fühlte, hat sich auch am Ausstande der Maurer nicht beteiligt. Wohl aber hat er zwei Kollegen, die während des Streiks zu ihren kämpfenden Kameraden standen, später, als sie wieder Arbeit hatten, bei ihrem Meister als ehemals Streikende denunzirt. Er hat dadurch bewirkt, daß diese beiden ihre Arbeitsstelle aufgeben mußten und bei keinem Innungsmeister wieder eingestellt wurden. Bremer hat ferner einen Kollegen wegen Majestätsbeleidigung denunzirt und denselben drei Monaten Gefängniß verscholten. Da die „Staatsbürger-Zeitung“ besonders darauf hinweist, daß Bremer Vater von sechs Kindern ist, so sei bemerkt, daß auch über sein Privat- und Familienleben nicht günstige Meinungen bei seinen Bekannten herrschen. Nach alledem ist es durchaus begreiflich, daß ehrenhafte Arbeiter weder mit einem solchen Menschen zusammen arbeiten wollen, noch daß sie ihn mit besonderer Zuvoorkommenheit behandeln. Diesen Ehrenmann überlassen die Arbeiter gern dem Schutze der „Staatsbürger-Zeitung“. Richtig ist an der Darstellung der „Staatsbürger-Zeitung“ nur das

eine, daß Bremer einmal von anderen Maurern mißhandelt worden ist; möglich auch, daß die begreifliche Erbitterung gegen ihn die Ursache hierzu war. Bremer verstand es jedoch, aus diesem Wessall Kapital zu schlagen. Er ließ sich von seinem Meister einen Bittelbrief ausstellen und ging damit bei den Innungsmeistern fechten; ein Geschäft, das recht einträglich gewesen sein soll. Wie die „Staatsb.-Ztg.“ blindlings und ohne Ueberlegung darauf lospaukt, wenn sie glaubt, der Sozialdemokratie und den Klassenbewußten Arbeitern ein auszuweisen zu können, beweist der Umstand, daß sie sich von ihrem Schilling das Märchen aufbinden läßt, in Hamburg werde ein geheimes sozialdemokratisches Parteiorgan, „Der Grundstein“, hergestellt und unter der Hand von den Vertrauensleuten verbreitet. Da es die „Staatsb.-Ztg.“ gewiß interessieren wird, von dem gemüthlichen Inhalt des geheimen Organs Kenntniß zu nehmen, so wollen wir ihr verrathen, daß auch sie im Wege des Abonnements dieses Blatt beziehen kann. Es ist nämlich das offizielle und natürlich in vollster Öffentlichkeit hergestellte und verbreitete Organ des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Daß der „Grundstein“ aufgefördert haben sollte, mit Rücksicht auf ein etwaiges Einschreiten der Behörden den armen Bremer nicht bei Tage, sondern nur noch im Dunkeln zu peinigen, ist selbstredend eine alberne Blage. Allerdings hat der „Grundstein“ alle anständigen Arbeiter zur Vorsicht gemahnt, gegenüber den denunziatorischen Gelästen des Ehren-Bremer.

„Soll der Mann mit seiner Familie nicht elend zu Grunde gehen, so muß ihm geholfen werden“, ruft die „Staatsbürger-Ztg.“ aus. Nun, es hat gewiß kein Mensch etwas dagegen, wenn die „Staatsbürger-Zeitung“ sich des Bremer, vor dessen Umgang jeder ehrenhafte Arbeiter bestens dankt, auch fernern annimmt und ihm eine gute Stellung verschafft. Ihm ist jedenfalls damit gedient. Der beabsichtigte Schlag gegen sozialdemokratische Arbeiter hat aber wieder einmal sein Ziel verfehlt.

Zu den von der sozialdemokratischen Fraktion für die Stadtverordneten-Versammlung eingebrachten Anträgen betreffend zwei neue Heimstätten für Lungenkranke, den Neubau einer Heilanstalt für Tuberkulose, die Anstellung von Schularzten, sowie die Ausbildung geistig zurückgebliebener Schulkinder schreibt ein hiesiger Arzt der „Berliner Kurier-Korrespondenz“: „Wir wollen vorweg bemerken, daß wir insbesondere die Frage der Errichtung einer Heilanstalt für Tuberkulose mit der größten Reserve betrachten; das muß indes jeder Unparteiische mit Bedauern konstatieren, daß in dem großen Verwaltungskörper der Stadt Berlin keine andere Stelle zur Vertretung so populär hygienischer Forderungen sich findet, als gerade die numerisch schwächste Partei. Bedauerlich ist die Thatsache nach verschiedenen Richtungen hin. Einmal, weil sie dokumentirt, daß das Interesse für die öffentliche Gesundheitspflege sowohl beim Magistrat, als auch bei dem größten Theile der Stadtverordneten-Versammlung recht gering ist. Sodann weil die Aussicht auf Verwirklichung hygienischer Bedürfnisse in demselben Maße schwindet, als sie von der sozialdemokratischen Partei vertreten werden. Die Berliner Delegirten zum Kerntage haben kürzlich eine gewisse Beschämung empfunden, als bei Erörterung der Schularzt-Frage aus den verschiedenen Theilen des deutschen Vaterlandes über die verständnißvolle Theilnahme der Kommunen an hygienischen Fragen berichtet wurde. Wiederholt ist den städtischen Behörden Berlins eine intensivere Thätigkeit auf diesem Gebiete an das Herz gelegt worden, wir erinnern nur an das Rettungs- und Kranentransport-Wesen, die Einrichtung eines Gesundheitsamtes, eines bakteriologischen Laboratoriums; in selbstloser Weise haben Kerzte der verschiedensten Parteirichtungen ihre Kräfte zur Lösung hygienischer Probleme zur Verfügung gestellt, so z. B. bei der Untersuchung von Bade-Anstalten, bei der Prüfung geistig zurückgebliebener Kinder — immer und überall dieselbe läbliche Zurückhaltung, dasselbe Plegema... Wir Kerzte haben im großen und ganzen wenig Reue, um und die städtische Verwaltung zu kümmern. Sehr zu unrecht. Wenn wir unserer Aufgabe als Vorkämpfer in allen hygienischen Fragen gerecht werden wollen, müssen wir den bisher geübten Indifferentismus aufgeben. Sorgen wir nur dafür, daß Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung eine größere Zahl von Männern enthalten, welche für die öffentliche Gesundheitspflege und für die dahin zielenden Bestrebungen der Kerzte eine gehörige Dosis Sympathie mitbringen. Diese Aufgabe ist möglicherweise leichter zu lösen, als es den Anschein hat, wenn wir unser aktives und passives Wahlrecht energischer als bisher für die Stadtverordneten-Versammlung beihätigen.“

Die Kerzte brauchen nunmehr ja nur ihr Bedauern darüber, daß die hygienischen Interessen der Stadt fast einzig von den Sozialdemokraten gefördert werden, zu unterdrücken. Ist dies geschehen, dann werden sie natürlich einsichtig genug sein müssen, um kräftig und unerschrocken für die Wahl sozialdemokratischer Stadtverordneten zu wirken. Sie können es ja auch, da sie nicht, wie die Beamten, gezwungen sind, Sozialistenfeindschaft zu heucheln.

Die traurigen Arbeitsverhältnisse der Schlächtergesellen werden an einem Falle, von dem uns Mittheilung gemacht wird, besonders grell beleuchtet. Bei dem Schlächtermeister G. in der Reichenerstraße ist eine Arbeitszeit von etwa 19 Stunden täglich üblich. Die Gesellen müssen morgens 5 Uhr antreten und dann fast ununterbrochen bis nachts 12 Uhr ihr „Tagewerk“ verrichten. Denn von nennenswerthen Pausen ist keine Rede. Das Mittagessen wird in wenigen Minuten hinuntergewürgt, und dann geht es mit dem leichten Bissen im Munde wieder an die Arbeit. Frühstück und Vesper werden während des Arbeitens verzehrt. Ist es begreiflich, daß eine solche Ausnutzung des Körpers auf schlimmste schädigen muß, und so kann es nicht weiter verwundern, daß ein Geselle, der ein Jahr hindurch diese Qualen durchgemacht, nunmehr infolge Ueberanstrengung brustkrank geworden ist und längere Zeit zur Heilung bedarf. Bemerk sei noch, daß die Arbeitsstätte im Keller liegt und die Gesellen daher selten dazu kommen, frische Luft zu schöpfen. Aber auch die vier Stunden, die den Angebeteten zum Schlafen gegönnt sind, gehen wegen der vielen Wachen im Hause nicht ohne Störung hin.

Wie uns berichtet wird, sind derartige Arbeitsverhältnisse kaum als traurige Ausnahmefälle zu betrachten; in gar häufigen Fällen ist eine ähnliche Ausbeutung wahrzunehmen.

Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, daß die Schlächtergesellen nicht dazu kommen, sich zur Verbesserung ihrer Lage zu organisiren, ja daß sie zuweilen zum nicht geringen Erfahren der Masse des Proletariats sich bei öffentlichen Festlichkeiten bekannter Art als patriotischen Hurenköpfe benützen lassen.

Wenn werden aber für Schlächterbetriebe ähnliche Vorschriften zur Wahrung der Gesundheit der Arbeiter eingeführt werden, wie sie nach langen Jahren endlich für Wäbereibetriebe verordnet worden sind?

Gegen die Durchscheidung des Wilhelmshafens behufs Verlängerung der Molenstraße erklärt sich eine dem Magistrat unterbreitete Petition. Es werden darin die bekannten Gesichtspunkte wiederholt, aus welchen die geplante Maßregel als eine verfehlte erscheine und als einziges Mittel, die Leipzigerstraße zu entlasten, der Erlaß einer Polizeiverordnung anempfohlen, durch welche bestimmt wird, daß „leere Droschken, Müllwagen, Wagen für Brennmaterialien, Baumaterialien, Möbelwagen und Kollwagen u. dgl. die Leipzigerstraße, zwischen Potsdamer Thor und Wilhelmstraße (event. Mauerstraße) in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 8 oder 9 Uhr abends nicht passieren dürfen.“ Die Petition weist darauf hin, daß bereits eine Polizeiverordnung besteht, wonach leere Droschken die Leipzigerstraße nur im Trabe durchfahren dürfen und daß die Wege durch die Prinz Albrecht- und Zimmerstraße bzw. durch die Pop- und Kaiserhoffstraße nur geringe Umwege darstellen.

*) Eingegangen am 25. September, mußte leider wegen Raum-mangels zurückgestellt werden.

Für den im Zuchthaus unschuldig sitzenden Albert Zietzen wurde, wie wir f. 3. meldeten, von einem Schriftsteller ein Gnadenbesuch beim Kaiser eingereicht, das aber vom Hofmarschallamt unerledigt zurückgeschickt wurde. Dieser Zurückweisung lag indes, wie jetzt bekannt wird, nur ein Formfehler zu Grunde, und so ist denn das Gnadenbesuch aufs neue abgehandelt und nunmehr auch entgegenkommen worden. Von dem Abfender sind mehrere tausend Unterschriften zu Gunsten einer Begnadigung Zietzen's gesammelt worden, die dem Gesuche beiliegen. Das Gesuch soll zu eingehenden Vernehmungen Anlass gegeben haben, ob dasselbe jedoch von Erfolg begleitet sein wird, bleibt abzuwarten. Bereits früher haben wir erwähnt, daß Zietzen selber nicht begnadigt werden, sondern sein Recht in einem Wieder- aufnahmeverfahren erkrämpfen will.

Wie der „Verl. Ztg.“ mitgeteilt wird, soll in aller nächster Zeit eine Volksversammlung einberufen werden, in welcher Männer aller Parteien, die den Fall Zietzen genauer kennen, referieren werden. In jener Versammlung soll ferner ein Ausschuß gewählt werden, der sich mit der energigsten Weiterverfolgung der Angelegenheit künftighin zu beschäftigen hat.

In der Warnung für Stellensuchende sei folgender Fall mitgeteilt: Zwei Arbeiter kamen anfangs voriger Woche aus Westfalen, um hier ihr Glück zu versuchen. Am Dienstag wurden sie in der Friedrichstraße von einem Mann angehalten und gefragt, ob sie nach Arbeit gingen. Als diese Frage bejaht wurde, sagte der Fremde zu ihnen, sie möchten nur mit ihm kommen, er wolle ihnen schon geeignete Arbeit verschaffen. Man machte Station in einem in der Kronenstraße befindlichen Mietshaus; dort nahm man ihnen als Einschreibegeld 6 Mark und 50 Pfennig ab und dann ging der Mann von der Straße mit den beiden nach Schöneberg in das Pferdebahn-Depot. Sie erhielten hier auch richtige Arbeit, aber was für welche. Für einen Tagelohn von 2 M. und 50 Pf. sollten sie von morgens 5 Uhr bis abends 7 Uhr Stalldienste auf strengendster Art verrichten. Es war den mit dieser Stellung beglückten Leuten natürlich nicht möglich, mit einem solchen Lohn und bei solcher Ausübung zu existieren und so gaben sie denn nach zwei Tagen die Arbeit wieder auf. Das Pferdebahn-Depot ist eine Art Taubenschlag, wo ein gewöhnlicher Arbeiter selten lange aushält. Hoffentlich dient der Fall anderen Stellensuchenden zur Warnung, sich nicht so leicht der Hand auf Mietshäuser ihr Geld abknöpfen zu lassen.

Noch mehr Soldaten in Berlin. Gestern Vormittag ist das Garde-Grenadier-Regiment Nr. 4 aus Spandau hier eingetroffen. Es soll dauernd hier bleiben.

Für frische Luft in den Kirchen plädiert ein Artikel, der zur Zeit in lutherischen Blättern die Runde macht. Darin heißt es: „In manchen Kirchen herrscht beständiger Modergeruch; in manchen übermannet ein Schlaf, in anderen wird's bei jedem Gottesdienst einigen Personen übel.“ Das wird schon richtig sein. Es fragt sich aber, ob die Forderung nach frischer Luft nicht gerade vom kirchlichen Standpunkt aus tegerisch und schwer bedenklich ist.

Geräuschlose Räder für Straßen- und Hochbahnen. Dießige Blätter berichten: Von allgemeinem Interesse dürfte die Mitteilung sein, daß unsere moderne Technik nunmehr in der Lage sein wird, die störenden Geräusche, welche die Wagen beim Fahren erzeugen, zu beseitigen. Der Erfinder dieser neuen schalldämpfenden Räder, Baumeister Franz Wähler, welcher als erster die schwedischen Hochbahnen einführt, hat das Patent in allen Staaten angemeldet und beabsichtigt, es durch eine zu bildende Gesellschaft zu verwirklichen. Diese neuen Räder besitzen eine akustisch isolierende Schicht zwischen Radkranz und dem inneren Radteil, so daß beim Fahren entstehende Geräusche nicht auf den Wagenkasten übertragen werden können.

Die 7. städtische Fortbildungsschule für Jünglinge und Männer, Gräfenstraße 85/88, eröffnet am 8. Oktober cr., 7 1/2 Uhr abends, ihr Wintersemester. Der Schulbesuch der 7. Fortbildungsschule zengt von einer erfreulichen, stetig fortschreitenden Entwicklung der Anstalt. Der Unterricht, der Wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends und Sonntags von 8 bis 10 Uhr vormittags stattfindet, umfaßt: Deutsch, Rechnen, einfache und doppelte Buchführung, Physik (Magnetismus und Elektrizität), Chemie, Freihandzeichnen, Aquarellzeichnen, Fachzeichnen für Gärtler, Ziselkunst, Gravüre u. s. w., Geometrie, Modellieren in Ton und Wachs, Französisch, Englisch, Stenographie (System Neu-Stollé). Für Modellieren ist 1 M., für Stenographie 2 M. und für Französisch und Englisch sowie für Fachzeichnen 4 M. pro Semester zu zahlen; in den übrigen Gegenständen ist der Unterricht unentgeltlich. — Anmeldungen nimmt der Leiter der Schule, Herr Rektor Falk, noch täglich von 12—1 Uhr und von 7—8 1/2 Uhr abends, Sonntags von 8—10 Uhr morgens im Amtszimmer entgegen.

Vor der Prüfungskommission des Igl. Luisengymnasiums zu Berlin (unter Vorsitz des Provinzialschulraths Herrn Dr. Gens) haben soeben drei Schülerinnen der Gymnasialkurse für Frauen, Fräulein Valerie Abraham, Margarethe Breymann und Helene Schlegler ihre Maturitätsprüfung bestanden. Der neue Kursus der Gymnasialkurse beginnt am 7. Oktober.

Das Ueberladen von Lastwagen in Berlin ist schon wiederholt öffentlich gerügt worden, will aber noch immer nicht aufhören. Gestern, Montag, konnte man wieder zwei Fälle beobachten, in denen nicht nur die Pferde gequält wurden, sondern auch der Pferdebahn- verkehr Störungen erlitt. Vormittags um 9 Uhr sollten am Reichstagsgebäude zwei Pferde einen großen schwer beladenen Möbeltransportwagen der Firma Charlier u. Scheibler zu Götze quer über die Pferdebahngasse hinwegziehen. Der Wagen blieb aber mit seiner übergroßen Last quer über den Schienen stehen, weil die Pferde auf dem Asphaltplaster nicht festen Fuß fassen konnten, auch dann noch nicht, als man Sand gestreut hatte und Pferdebahnschaffner und andere Männer durch Schieben ihnen zu Hilfe kamen. Die Thiere versagten schließlich und waren auch durch die heftigsten Peitschenschläge nicht mehr zum Anziehen zu bewegen. Erst als man einen des Weges kommenden Einspanner, Wagen und Pferd, vorlegte, kam man wieder vom Fleck. Ganz ähnlich ging es gegen 1 Uhr nachmittags am Königschor mit einem ebenfalls überladenen einspannigen Rollwagen. Auch hier dauerte es geraume Zeit, bis mit fremder Hilfe der Wagen wieder in Bewegung gebracht und das Verkehrshindernis beseitigt werden konnte.

Der Berliner Martin Eckert vom Sophien-Gymnasium, der Gift genommen hatte, weil er nicht verheiratet werden wollte, ist bereits als geheilt aus dem Krankenhaus entlassen worden. Er ist der Sohn eines hiesigen Gemeindeführers.

Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt wurde die Leiche des 20-jährigen Arthur Pargert aus der Kremmerstraße 7. Dieser zog sich vor einigen Tagen in der Karionstraße von Wunderlich in der Schillingstraße 14 eine Schnittwunde zu und ließ sich von Arbeitsgenossen einen Verband anlegen. Dabei soll die Wunde mit einer zu starken Karbollösung gewaschen worden sein, so daß sie brandig wurde und zwei Finger abgenommen werden mußten. Der Verunglückte ist vorgestern Morgen aus der Unfallstation in der Wilhelmstraße gestorben. Durch die Leichenöffnung soll festgestellt werden, ob der Tod mit der Verwendung des Karbols in einem un- fälligen Zusammenhange steht.

Auf dem Zweirad entführt. Seit Freitag Mittag ist die 17-jährige Tochter eines in der Friedrichstraße wohnenden Kaufmanns E. Spurio verschwunden und gleichzeitig wird auch der 30-jährige Agent M. polizeilich gesucht. Die beiden jungen Leute hatten sich im Frühjahr auf einer Radlerpartie kennen gelernt. Der Agent, der mit seiner Frau in Scheidung liegt, hat sie verstanden, das junge Mädchen, die eine reiche Erbin ist, für sich im höchsten Maße zu interessieren. Am Freitag Morgen entfernte sich das junge Mädchen aus der elterlichen Wohnung. Ein Droschkenschaffner hatte das Mädchen mit seinem Rade bis Station Tiergarten gefahren, woselbst sie ein Herz, auf den die Personalien des Agenten passen, gleichfalls in Rade erwartete; beide sind dann durch Charlottenburg und Spandau gefahren. Allem Anschein nach dürfte das Paar auf Hannover Hamburg zu erreichen suchen, um von da aus nach Eng-

land oder Amerika zu reisen. Fräulein E., eine ansehnlich häßliche und große Blondine, ist mit Geldmitteln reichlich versehen und dürfte etwa 10 000 M. bei sich haben.

Mit über 1000 Mark scheint am Sonnabend Abend der 35 Jahre alte Hausdiener Emil Krüger seinem Chef, dem Inhaber der Großhandlung von Woll in der Verkeimstraße 18, durchgebrannt zu sein. Auserkungen des H. lassen vermuten, daß er sich nach Amerika gewandt hat, wo er bereits früher eine zeitlang gewesen ist.

Sein letztes Spiel hat am Sonnabend Abend in einer Gastwirthschaft der Kasernen-Allee der 28-jährige Schuhmacher Anselm, im Hause Nr. 52 dieser Straße wohnhaft, gemacht. A. hatte sich zu einer Statuette nach seinem Stammlokal begeben und spielte bis gegen 10 Uhr abends. „Jetzt sage ich aber mein letztes Spiel an“, mit diesen Worten erhob sich A. vom Stuhle, setzte tief auf und brach gleich darauf leblos zusammen. Ein Derschlag hatte dem Leben des Mannes ein Ende gemacht.

Der 60 Jahre alte Dienstmann August Wengler aus der Mednerstraße 6/7 ist am Sonntag im Hause Weidenweg 25 derart unglücklich von der Treppe gestürzt, daß er dort liegen blieb. Er hatte in dem Hause bei Verwandten an einer Einsegnungsfeier theilgenommen.

Durch Abschneiden des Halses hat sich am Sonnabend Nachmittags der 46 Jahre alte Gärtler Robert Buys aus der Kaserstr. 119 geübt. Buys hatte nach längerer Arbeitslosigkeit am Freitag in der Reißbühnenstraße von Jurek u. Co. wieder Arbeit bekommen. Am Sonnabend Nachmittags nun ging in der Fabrik eine Liste zur Sammlung von Beiträgen für eine Jubiläumfeier herum. Buys, der sehr mißtrauisch war, scheint geglaubt zu haben, daß man Unterschriften sammelte, um seine Entlassung zu fordern. Er entfernte sich plötzlich und man fand ihn später auf dem Abort wieder, wo er den Hals und die Pulsadern an beiden Händen durchgeschnitten hatte. Im Kronenhaus, wohin man ihn brachte, starb er noch am selben Tage. Er hinterläßt seine Familie in bedrängter Lage.

Ein schwerer Van-Unfall hat sich Montag Vormittag gegen 11 Uhr auf dem Grundstück Friedrichstraße 44 zugezogen. Der 45 Jahre alte Maurer Hermann Semmerich aus der Jungstr. 50 zu Friedrichsberg stürzte hier aus dem dritten Stock eines Neubaus zwölf Meter tief herab und durchschlug im Fallen ein Glasdach. Am Kopf, an der rechten Schulter und an beiden Händen schwer verletzt, mußte der Verunglückte von einem Schuttmann der Bezirks- wache I mit einem Unfallwagen in ein Krankenhaus gebracht werden.

Selbstmordversuche. In der Karlstraße schoss am Sonnabend in einer Droschke der 37-jährige R. aus Charlottenburg aufschneidend aus einem mit einer Schlagpatrone geladenen Revolver einen Schuß auf sich ab, und zwar, wie er nachher angab, aus Scham vor seiner Familie, weil er sich zwei Tage hindurch unbetrieben und viel Geld vergeudet habe. — Infolge ehelichen Unfriedens verlor sich abends der Gärtler B. in einer Fabrikanlage in der Chausseestraße zu Köpenick, indem er sich die Adern der rechten Hand und die Adern am Halse durchschnitt. Er wurde noch lebend in die Charitee gebracht.

Feuerbericht. Von Sonnabend Abend bis Montag Abend wurde unsere Feuerwehr im ganzen 18 mal alarmirt, wobei es sich 8 mal um blinder Värm handelte, der durch unterdrückten Rauch, ausströmenden Dampf bei überhitztem Kessel zc. entstand. Besonders rath hintereinander folgten die Feuermeldungen am Sonnabend Abend, wo die Wehr innerhalb einer Stunde 8 mal ausrücken mußte. Ein größerer Dachstuhlbrand wüthete Sonnabend Abend, wie schon gemeldet, im Industriengebäude Mariastr. 31/32, wo der Dachstuhl des im 3. Hofe befindlichen, in allen Stockwerken mit Fabrikbetrieben besetzten Quergebäudes in Flammen stand. Drei Rohre löschten die Flammen nach einstündiger Vorschicht. Zwei Gärtnerei- bränder liefen die Wehr nach Jordanstr. 35 und Mühlent- straße 46. Ferner mußte Mendelssohnstr. 1 ein brennendes Papierlager abgelöscht werden. Uferstr. 18 brannte Brennmaterial im Keller, Weinbergsweg 33 ein Rüdengestell, Verleberger- straße 40 ausgelauenes Petroleum im Keller und Melchior- straße 32 allerhand Hausgeräth. Nach Wilmerdorf rückten Sonntag Abend in einem Dachstuhlbrande drei Löschzüge aus, ohne aber in Thätigkeit zu treten. Montag brannte auf einer Boden- kammer Brandenburgstr. 75 allerhand Geräth und Kisten- straße 63 der Fußboden unter der Kochmaschine, wobei die Balken- lage beschädigt wurde.

Theater. Im Luisen-Theater wird jetzt „Preziosa“ gegeben. Es ist erklärlich, daß an dieser trotz allem immer noch anheimelnden Ruine aus der romantischen Periode gerade die komischen Partien am meisten Würdigung im Luisen-Theater finden. So haben wir einen Schloßvogt im Schweiße seines Angesichts schalten und walten, der wirklich nicht so ohne war. Der brave Pedro warf nicht allein mit der Geschichte von der großen Retirade um sich her, sondern suchte auch mit Wendungen von beträchtlich neuem Datum zu brilliren. Sehr vielen Anklang fand zum Beispiel das von ihm besetzte Schlagwort „Du ahnst es nicht“. Aber auch andere Künstler erzielten eine sehr heitere Wirkung. — Das Deutsche Theater bereitet als nächste Neu-Aufführung Georg Dirschfeld's fünfaktiges Schauspiel „Agnes Jordan“ vor. Die erste Aufführung ist auf Sonnabend, den 9. Oktober, angesetzt.

Aus den Nachbarorten.

Aus Rixdorf. Das bekannte Etablissement „Victoria-Säle“ in der Hermannstraße geht am 1. Oktober d. J. in die Pachtung des Musikdirektors Schwarz hierüber. — Wegen eines großen Sittlichkeitsvergehens wurde am Sonntag der 70-jährige Weber Conrad aus der Bergmannstraße in Berlin hieselbst verhaftet. — In Rassenstein der hiesigen Allgemeinen Orts-Krankenkasse wurden für das Jahr 1898 gewählt: Dr. Zimmer, Vogel, Stahn, Werner, Wandel, Jacobi und Fleuning in Rixdorf, Dr. Schillbach, Bloch und Müllerheim in Berlin. Als Spezialist für Nasen-, Ohren- und Halsleiden wurde Dr. Treitel, für Augenkrankheiten Dr. Wurm an- gestellt.

Wie sehr den im Dienste der Unternehmer verunglückten Arbeitern von den Berufsgenossenschaften die Erlangung einer Unfallrente erschwert wird, dafür liegt wieder einmal eine recht kraße Illustration vor. Ein bei einem Rixdorfer Fuhrherrn be- diensteter Kutscher hatte im Auftrage desselben bei der stattgehabten militärischen Pferdeumrüstung einige Pferde desselben vorgeführt. Bei dieser Gelegenheit erhielt er einen Hufschlag gegen das linke Knie, wodurch er schwer verletzt wurde, längere Zeit hindurch krank lag und in seiner weiteren Erwerbsfähigkeit beschränkt ist. Die Fuhrwerks- berufsgenossenschaft lehnte indessen den bei ihr geltend gemachten An- spruch auf Zahlung einer Unfallrente ab, weil, wie sie in ihrem diesbezüglichen Bescheide darlegte, die Verletzung des Kutschers nicht als ein Unfall beim gewerbsmäßigen Fuhrbetriebe erachtet werden könne, vielmehr als eine mit dem Fuhrbetriebe des Unternehmers in gar keiner Verbindung stehende Beschädigung angesehen werden müsse. Die jedem Pferdebesitzer als solchen auf Grund des Gesetzes vom 18. Juni 1873 obliegende Verpflichtung, seine Pferde der Militärbehörde zur Musterung vorzuführen, sei öffentlich rechtlicher Natur; ihre Erfüllung könne daher nicht als eine Betriebsbehandlung angesehen werden. Wenn nun auch nicht zweifelhaft sein kann, daß das angerufene Schiedsgericht anders entscheidet, so läßt die Berufs- genossenschaft es doch darauf ankommen. Der Arbeiter kann sich ja sein Recht erst einklagen. Das gehört mit zum Segen der Unfall- Versicherung.

In welchem Maße der Gaskonsum anwächst, ergibt sich in bemerkenswerther Weise aus dem jetzt erfolgten Finalabschluß pro 98/97 der städtischen Gasanstalten Charlottenburgs. Nach diesem Abschluß hat sich die Zahl der Gaskonsumenten gegen den Vorausschlag um nicht weniger als 12 pCt. vermehrt, so daß seitens der Gasanstalten eine Mehrproduktion von 8 1/2 pCt., nämlich von 796 900 Kubikmetern, erforderlich war, um den Bedarf zu decken. Die Gasanstalts-Verwaltung hat einen um 178 000 M. höheren Reiner- gewinn erzielt, als in dem Vorausschlag in Ansatz gebracht war, d. h. statt 600 000 M. eine Summe von 778 125 M.

Bei einer Bootsfahrt ist am Sonntag Nachmittag in der Nähe von Nieder-Schöneweide der 25-jährige Gärtler Lange ertrunken. Seine Braut und deren Bruder, die mit im Fahrzeug waren, konnten gerettet werden.

Feuer in Wilmerdorf. Ein ausgebreiteter Dachstuhlbrand rief Sonntag Abend 9 Uhr ein großes Aufgebot von Löschzügen der Berliner Vororte nach Wilmerdorf, wo der Dachstuhl des neuen fünfstöckigen Hauses, Ecke Berliner und Umlandstraße, in Flammen stand. Von auswärtigen Feuerwehren waren vertreten: Schöne- berg, Charlottenburg, Schwarmstadt, Grünwald, Lantwih, Friedenau, Steglitz und Berlin, die jedoch nicht sämmtlich in Funktion traten.

Ein Zusammenstoß zweier Lokomotiven, die zum Zweck des Rangirens leer dahinjahren, fand Sonnabend abends um 7 Uhr auf dem Bahnhof Charlottenburg statt; beide wurden dabei beschädigt. Der eine Maschinenführer sprang vor dem Anprall herab, der andere erlitt eine erhebliche Kopfverletzung und verließ stark blutend seinen Posten.

Gerichts-Beilage.

Wegen Beamtenebeleidigung, die in einer öffentlichen Ver- sammlung erfolgt sein soll, wurde dieser Tage vor dem Schöffengericht in Köpenick der Genosse Fr. Jubel u. a. zu 100 M. Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängniß verurtheilt. Am 6. Juli 1898 fand in Köpenick eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt; der über- wachende Polizeibeamte forderte, daß die anwesenden Frauen das Lokal verlassen sollten. Die Versammlung lehnte das Ansuchen des Beamten ab. Nunmehr erhob sich der Beamte langsam und sprach die Auflösung der Versammlung aus, ohne die Anwesenden auf- zufordern, auseinander zu gehen. Das Verhalten des betreffenden Beamten war ein so eigenartiges, wie es wohl selten von Partei- genossen beobachtet wurde; nach etwa 20 Minuten verließen die Be- amten endlich die Bühne und konzentrierten sich nach rückwärts. Bei dieser Gelegenheit nun soll Jubel folgende Worte gesprochen haben: Sie sind heute nicht säheilig, eine Versammlung zu überwachen! Und darum die Anklage. In der Verhandlung vor dem Schöffens- gericht erklärte der Beamte unter seinem Eide: Ich kenne das Vereinsgesetz sehr genau. Ich wußte, daß es eine öffentliche und keine Vereins-Versammlung war, welche ich überwachte, auch wußte ich, daß die Versammlung von dem Reichstags-Abgeordneten Jubel angemeldet war, aber da in der Versammlung politische An- gelegenheiten erörtert werden sollten, durften Frauen nicht daran theilnehmen. Die Vertheidigung des Herrn Rechtsanwalt Dr. Herz- feld sowie des Angeklagten wurde durch den Vorsitzenden insoweit erheblich beschränkt, als die Frage, ob und wieviel Verletzungen der betreffende Beamte an diesem Tage kontrollirt habe, nicht zugelassen wurde als nicht zur Sache gehörig, trotzdem der Angeklagte und ein Zeuge sowie die Vertheidigung wiederholt auf Beantwortung der Frage drängten und betonten, daß das Benehmen des Beamten an diesem Abend ein sehr seltsames war. Der Staatsanwalt beantragte 150 M. Geld- strafe oder 15 Tage Gefängniß mit der Begründung: die Beamten müßten gegenüber den Bürgern in ganz energig vor derartigen Beleidigungen geschützt werden. Der Gerichtshof erkannte wie oben angegeben. Berufung ist eingelegt.

Die schwere Strafe dem, der seinen Nebenmenschen u. s. w. Diese neuerdings so in Schwang gekommene Rede gegen die Arbeiter, die bei dem Ausbruch einer Arbeitslosigkeit arbeitslose Kollegen „bedrohen“ und „beschimpfen“, hielt gestern der Staatsanwalt Assessor W. Hermann vor einer Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts. Angeklagter war ein Maurer Gustav Blasing, der sich wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung und Beleidigung zu verantworten hatte. Auf dem Bau, auf welchem der Angeklagte arbeitete, hatten die Maurer den Beschluß gefaßt, die Arbeit niederzulegen, um höhere Löhne zu er- zielen. Auch der Maurer Schebatowitsch war zuerst dem Abkommen beigetreten, besarnt sich dann aber und theilte den Kollegen mit, daß er es doch vorziehe, noch einmal mit dem Meister wegen einer gütlichen Einigung zu reden. Er that dies auch und ließ sich von dem Meister, der dem Braven natürlich versprach, mit dem Bauern zu reden, dazu bewegen, seinerseits die Arbeit wieder aufzunehmen. Dies wurde ihm von den streikenden Genossen sehr verdacht und als er zur Arbeit ging, will der Streik- brecher an drei Tagen von den Streikenden belästigt und be- schimpft worden sein. Nach seiner Behauptung soll der Angeklagte ihn mit Ausdrücken, wie „Lump, Schuft, 50 Pf.-Maurer zc.“ bedacht haben. Der Angeklagte bestritt diese Beschuldigung und behauptete, daß hier eine Personenverwechslung vorliegen müsse. Drei Zeugen waren zum Beweise dessen zur Stelle. Der Gerichtshof lehnte aber ihre Vernehmung ab. Der Staatsanwalt legte den Schöffens nahe, daß hier ein Fall vorliege, der eine sehr scharfe Strafe verdiene. Hier sei ein Arbeiter, der ruhig seiner Beschäftigung nachgehen wolle, um sich und seine Familie vor dem Verhungern zu schützen und seinen Kollegen davon mitgetheilt habe, auf das größtmögliche von Streikenden belästigt worden! Daran zeige sich so recht der Terrorismus der Sozial- demokraten, die immer von Freiheit und Selbst- bestimmung sprechen und den freien Willen des einzelnen in so rigoroser Weise brechen wollen. Wenn die Arbeitgeber auch nur entzerrt in solcher Weise vorgehen würden, dann würden die Sozialdemokraten nicht genug Worte der Entrüstung haben. Er be- antragte wegen dreier Einzeltfälle 3 Monate Gefängniß. — Rechts- anwalt Dr. Herzfeld erklärte, daß er über einen solchen Antrag fast sprachlos sei, da dieser Fall durchaus milde liege. Mit heftigen Worten wandte sich der Vertheidiger gegen die Angriffe des Staatsanwalts gegen die Sozialdemokratie, die um so unbedeutender seien, als der Staatsanwalt ja gar nicht wisse, ob der Angeklagte überhaupt Sozialdemokrat sei. Er führte ferner aus, daß hier nichts vorliege, als daß ein Arbeiter einem anderen, der sich gegen Standesehren und Berufsinteressen vergangen, dies auf grobe Art vorgehalten habe. Eine geringe Strafe wegen Beleidigung sei am Platze. Der so heftig gegen die Sozialdemokratie kämpfende Staatsanwalt erwiderte mit dem Götteschen Wort: „Durch Hstigkeit erhebt der Zerende, was ihm an Wahrheit und an Kräften fehlt.“ Der Gerichtshof hielt nur eine fortgesetzte Handlung für vorliegend, verurtheilte Blasing aber zu zwei Monaten Gefängniß.

Ein Todtschlags-Prozess gelangte gestern vor dem Schwur- gericht des Landgerichts II zur Verhandlung. Der Produktenhändler Wilhelm Gensle zu Reinickendorf, Berlinerstr. 33, wohnhaft, hatte seine 47-jährige Ehefrau Anna Gensle mit dem Dreifachsegei erschlagen. Die Verhandlung führte ein absehendes Bild vor Augen. Gensle soll früher ein ordentlicher Mann gewesen sein. Durch einen Unglücksfall wurde er verhindert, sein früheres Gewerbe als Schlosser weiter auszuführen; er fing einen Produktenhändler an. Das herum- streifende Leben verleitete ihn zum Trunk und von nun an entstand zwischen den Eheleuten ein denkbar unglückliches Zusammenleben. Gensle mißhandelte häufig seine Ehefrau. Im Jahre 1893 bedrohte er sie mit einem Revolver, dann machte er einen Selbstmordversuch, der ihm beinahe das Leben kostete. Während er sich monatelang im Krankenhaus befand, lebte seine Ehefrau mit dem Schlichter Fischer zusammen. Dies unmoralische Verhältnis nahm ein Ende, als Gensle genesen war. Er wußte von den Vorgängen, zog aber wieder zu seiner Ehefrau und schien ihr verziehen zu haben. Aber wenn er der Schnapsflasche zugeprochen hatte, erwachte der Groll in ihm, es waren böse Ausbrüche, die sich dann zwischen den Eheleuten abspielten und die Nachbarn belamen die unfähigsten Beschimpfungen zu hören.

Am Nachmittage des 22. Juli d. J. war Gensle damit be- schäftigt, in seiner Scheune selbst gebauten Roggen zu dreschen. Er war wieder stark angetrunken. Seine Ehefrau kam hinzu und machte ihm Vorwürfe, daß er nicht, wie verabredet war, einen Beschäftigung nach Dalldorf unternommen hatte. Gensle erwiderte mit Schimpfworten, welche sich auf das Verhältnis seiner Ehefrau zum Schlichter Fischer bezogen. Die Gereiztheit wurde auf beiden Seiten größer; als die Ehefrau ihrem Manne mit der Rückseite der Hand einen leichten Schlag auf den Mund versetzte, erhob dieser den Dreifachsegei, den er in der Hand hatte und schlug sie damit mit

voller Wucht auf den Kopf. Die Betroffene sank lautlos zu Boden, der Schlag hatte ihr den Schädel zertrümmert. Sie ist nach einer halben Stunde verstorben. Als die Nachbarn, welche dem vorangegangenen Wortlaut zugehört hatten, herbeieilten, rief Genéle ihnen zu: „Holt nur den Doktor, sie hat einen auf den Kopf getriegt.“ Die Nachbarn wurden über die Robheiten so empört, daß sie über Genéle herfielen und ihn mit Häuften und Pantoffeln furchbar zurichteten, bevor sie seine Verhaftung bewirkten. Der Angeklagte gab den Sachverhalt zu und schloß nur Trunkenheit vor. Er behauptete auch, daß seine Frau ihm einen wuchtigen Schlag ins Auge versetzt habe, bevor er zum Drecksiegel griff. Der Präsident erklärte, daß der Angeklagte diesen Einwand erst erhoben habe, nachdem ihm die Anklage nebst seiner Personalbeschreibung zugegangen sei. In der letzteren stehe: „Auge: blau“, und nun reime der Angeklagte sich dies so zusammen, als sei er mit einem blau gefärbten Auge eingeliefert worden. Demgemäß habe er dies dem Untersuchungsrichter gegenüber mit Hinweis auf den erwähnten Vermerk geltend gemacht. Es sind mehrere Sachverständige sowie eine ganze Anzahl Zeugen geladen.

Durch die Beweisaufnahme wurde dargethan, daß die erschlagene Ehefrau des Angeklagten dem letzteren seit seiner Rückkehr aus dem Krankenhanse feindlich zu Klagen gegeben habe. Sie sei ein ordentliches, arbeitsames Weib gewesen, welches die ganze Last des Geschäfts zu tragen hatte, während ihr Ehemann der Trunksucht verfallen war. Die Zeugen erzählten, daß der Angeklagte gar häufig gedroht habe, seine Frau umzubringen, einmal habe er ein großes Messer gewetzt und dabei geäußert, daß er seiner Frau den Hals abschneiden und sich dann aus ihrer Haut Riemen schneiden wolle. Der Staatsanwalt schloß aus allen diesen Umständen, daß der Angeklagte die Absicht gehabt habe, seine Ehefrau durch den Schlag mit dem Drecksiegel zu tödten. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Wolfstein,

führte dagegen an, daß auf die in der Trunkenheit ausgeführten Drohungen des Angeklagten nichts zu geben sei und daß nur schwere Körperverletzung mit tödlichem Ausgange vorliege. Die Geschworenen gaben ihren Wahrspruch auch in diesem Sinne ab, worauf der Staatsanwalt eine Zuchthausstrafe von 12 Jahren und zehnjährigen Ehrverlust beantragte.

Das Urtheil lautete auf acht Jahre Zuchthaus und fünfjährigen Ehrverlust.

Versammlungen.

Die Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen nahmen in einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung einen Vortrag des Genossen Taterow über die kulturelle Entwicklung beifällig entgegen. Darauf ergriffen Peltzer und Frau. Wien ihren Bericht als Delegirte der Gewerkschaftskommission, bei welcher Gelegenheit Frau. Wien besonders rügte, daß in dem Streikbericht der Gewerkschaftskommission die Zahl der Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen nicht angegeben ist. Als Delegirte resp. Stellvertreter derselben wurden gewählt: Jahns, Franke, Frau Thiede, Fräulein Wien. Hierauf wurde aus Anlaß der vorzunehmenden Wahl einer Agitationskommission die Frage erörtert, ob die Zentral- oder die Lokalorganisation für den Beruf der Hilfsarbeiter die zweckmäßigere sei. Frau. Wien vertrat den Standpunkt, daß sie persönlich für Zentralisation sei, und daß die Hilfsarbeiter eine solche leicht schaffen könnten, wenn sie bei den Buchdruckern die erforderliche Unterstützung fänden. Da man aber auch die Meinung der anderen gewerkschaftlichen Richtung hören wolle, so sei der Maurer-Kater eingeladen worden, um seine diesbezüglichen Ansichten der Versammlung klar zu legen. Kater führte dann in längerer Rede an, daß die Vertrauensmänner-

Zentralisation, wie sie auf dem Halle'schen Kongress geschaffen, für die Gewerkschaften nützlicher sei und mehr leisten könne, wie die Zentralverbände. Es müsse natürlich den Beizwilligen überlassen bleiben, sich für diejenige Form der Organisation zu entscheiden, die sie für ihren Beruf am zweckmäßigsten halten. Nachdem noch Franke für Zentralorganisation gesprochen, nahm die Versammlung eine Resolution an, welche besagt: Da die wirtschaftliche Lage der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter zur Zentralisation drängt, ist eine Kommission zu wählen, welche eine Agitation zu Gunsten der Zentral-Organisation zu betreiben hat. In diese Agitations-Kommission wurden gewählt: Frau. Wien, Frau Thiede, Jahns, Franke und Böling.

„Bismarck“ Verein für völkertümliche Wissenschaft. Heute Abend 8 Uhr bei Hofe, Brunnenstraße 17a: Generalversammlung. Vortrag des Herrn Bader über „Moderne Wohlfahrt.“

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag und Sonnabend von 6 bis 7 1/2 Uhr statt!!!

Zentral-Büchhof. Auf die Beantwortung derartiger Fragen können wir uns nur einlassen, wenn Sie mit Ihrem Namen und Ihrer Adresse herantreten.

Galizier. Wir empfehlen Ihnen die Ord.-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute und Apotheker.

H. G. Kordmayer. Ihr Artikel kann keine Aufnahme finden. Bitten um Ihre Adresse behufs Rücksendung.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 28. September 1897. Ziemlich warm, theils heiter, theils wolkig bei schwachen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 28. September.

Opernhaus. Die Walküre. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Einzige. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Die verunkelte Glocke. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Tante Jette. Anf. 7 1/2 Uhr.
Goethe. Ein Sommernachtsstraum. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Des Doktors. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die im Spiel. Mittwoch. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Die Gläubiger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Deutsche Schwänke aus vier Zeitaltern. Anfang 8 Uhr.
Uebersiedler. Die Straßensängerin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Preciosa. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Das Krotobil. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ostend. Jugendbrunnen. Anfang 8 Uhr.
Central. Berliner Fahrten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshübsches. Das Zeichen des Kreuzes. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Das Liebesdrama einer Sängerin. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Derhals mit seinem Knieleibschmerz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wolke. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Jüdisches Dorf.

Schiller-Theater (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr: Deutsche Schwänke aus vier Zeitaltern.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Kreuzschneider.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Ein Tropfen Gift.

Luisen-Theater
31. Reichsbergerstraße 31.
Abends 8 Uhr: In seinen Weiden:
8. Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk.
Preciosa.
Schauspiel in 4 Aufzügen. v. P. A. Wolf. Musik von Karl Maria v. Weber.

Mittwoch:
9. Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen:
Die Männer.
Direkte Verbindung mit dem Theater: Elektrischer Bahn:
Donnerstag-Abend-Reisen von 10 Minuten.

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Dienstag, den 28. September 1897:
Zum 25. Male
Emil Thomas u. G.
Berliner Fahrten.
Scherke-Kunststücke mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannsd. d. Musik von Jul. Einödhofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: Berliner Fahrten.

Alcazar
Variété-Theater R. Rangas.
Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage).
Anfangstr. 42/43.
Direktion Richard Schultz.
Heute, Dienstag, zum 25. Male:
Die Rosen aus dem Süden.
Große Aufführung mit Gesang und Tanz in 1 Akt von G. Gerike.
Musik: Focher.
Real
Wir werden Nonnen!
Schwank in 1 Akt von Ernst Moser.
Musik eines durchweg neuen glänzenden Spezialitäten-Peripann.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Entree 30 Pf.

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Dienstag, den 28. September 1897:
Zum 25. Male
Emil Thomas u. G.
Berliner Fahrten.
Scherke-Kunststücke mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannsd. d. Musik von Jul. Einödhofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: Berliner Fahrten.

Alcazar
Variété-Theater R. Rangas.
Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage).
Anfangstr. 42/43.
Direktion Richard Schultz.
Heute, Dienstag, zum 25. Male:
Die Rosen aus dem Süden.
Große Aufführung mit Gesang und Tanz in 1 Akt von G. Gerike.
Musik: Focher.
Real
Wir werden Nonnen!
Schwank in 1 Akt von Ernst Moser.
Musik eines durchweg neuen glänzenden Spezialitäten-Peripann.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Entree 30 Pf.

Alcazar
Variété-Theater R. Rangas.
Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage).
Anfangstr. 42/43.
Direktion Richard Schultz.
Heute, Dienstag, zum 25. Male:
Die Rosen aus dem Süden.
Große Aufführung mit Gesang und Tanz in 1 Akt von G. Gerike.
Musik: Focher.
Real
Wir werden Nonnen!
Schwank in 1 Akt von Ernst Moser.
Musik eines durchweg neuen glänzenden Spezialitäten-Peripann.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Entree 30 Pf.

Alcazar
Variété-Theater R. Rangas.
Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage).
Anfangstr. 42/43.
Direktion Richard Schultz.
Heute, Dienstag, zum 25. Male:
Die Rosen aus dem Süden.
Große Aufführung mit Gesang und Tanz in 1 Akt von G. Gerike.
Musik: Focher.
Real
Wir werden Nonnen!
Schwank in 1 Akt von Ernst Moser.
Musik eines durchweg neuen glänzenden Spezialitäten-Peripann.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Entree 30 Pf.

Alcazar
Variété-Theater R. Rangas.
Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage).
Anfangstr. 42/43.
Direktion Richard Schultz.
Heute, Dienstag, zum 25. Male:
Die Rosen aus dem Süden.
Große Aufführung mit Gesang und Tanz in 1 Akt von G. Gerike.
Musik: Focher.
Real
Wir werden Nonnen!
Schwank in 1 Akt von Ernst Moser.
Musik eines durchweg neuen glänzenden Spezialitäten-Peripann.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Entree 30 Pf.

Alcazar
Variété-Theater R. Rangas.
Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage).
Anfangstr. 42/43.
Direktion Richard Schultz.
Heute, Dienstag, zum 25. Male:
Die Rosen aus dem Süden.
Große Aufführung mit Gesang und Tanz in 1 Akt von G. Gerike.
Musik: Focher.
Real
Wir werden Nonnen!
Schwank in 1 Akt von Ernst Moser.
Musik eines durchweg neuen glänzenden Spezialitäten-Peripann.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Entree 30 Pf.

Alcazar
Variété-Theater R. Rangas.
Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage).
Anfangstr. 42/43.
Direktion Richard Schultz.
Heute, Dienstag, zum 25. Male:
Die Rosen aus dem Süden.
Große Aufführung mit Gesang und Tanz in 1 Akt von G. Gerike.
Musik: Focher.
Real
Wir werden Nonnen!
Schwank in 1 Akt von Ernst Moser.
Musik eines durchweg neuen glänzenden Spezialitäten-Peripann.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Entree 30 Pf.

Alcazar
Variété-Theater R. Rangas.
Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage).
Anfangstr. 42/43.
Direktion Richard Schultz.
Heute, Dienstag, zum 25. Male:
Die Rosen aus dem Süden.
Große Aufführung mit Gesang und Tanz in 1 Akt von G. Gerike.
Musik: Focher.
Real
Wir werden Nonnen!
Schwank in 1 Akt von Ernst Moser.
Musik eines durchweg neuen glänzenden Spezialitäten-Peripann.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Entree 30 Pf.

Ostend-Theater.
Or. Frankfurterstr. 132 Dir. G. Welh.
Kavität! Stürmische Heiterkeit!
Zum 12. Male:
Jugendbrunnen.
Stürmischer Beifall bei „Rid, tad, runter damit“, gesungen v. G. Beck und „Ach Wils, Wils, wie lieb hat Dich Dein Wils“, gesungen v. Mich. Jürgas, sowie „Bei und in Rummelsburg“, in Revo-Rummelsburg.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, keine Preise: Die Fieder d. Musikanten.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Die 99 Heimgeländchen.
Dagmar Hansen, Broth. Serra
Prinzessin Pocahuntas
The Burnells.
Griffin und Dubois.
Der Affe
als Luftgymnastiker
Joseph Phoites
Pantomimen-Troupe
Der Kinetograf etc. etc.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Theater der Reichshallen
Leipzigerstrasse 77.
Auf der Höhe der Zeit!!
In das
grandiose Novitäten-Programm.
Die drei NATTA's
die eleganten Tänzerinnen in ihrer Reize um die Welt!
Novello, die Wunderkinder.
Picardy's Ballspielende Gumb.
Clara Antoni, Sourette.

American-Theater.
Dresdenerstr. 55.
Kosofaler Erfolg! Stürm. Beifall!
Berlin
wie's näht und trennt.
Vollständ. Vortrag in 2 Akten v. J. G. v. Musik von Schmidt.
Der Traum von Varenth.
Vord. Traumbild.
Hugo Schulz als Seemann. Dalky Smolno, Sourette. Gummy und Ernst Nebentisch, Theaterstück. Paul Bendig, Humarist.
Anfang der Vorstellungen: Sonntag 7 1/2, Wochentags 8 Uhr.

Kaufmann's Variété.
Täglich ausverkauft
durch den unbeschreiblichen
Lach-Erfolg
der Zug- u. Kassenstücke
Ein Abend
im
Wintergarten
und
Im Aelier.
Original-Novitäten
des ersten Original-
Budapester
Possen- u. Operetten-
Theaters.
Direktion: Gebrüder Anton
und Donat Herrfeld.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.
Vorverkauf 11-5 Uhr.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
Heute Anfang 7 Uhr.
I. Abt. u. Loge 1 M., Sperrg. 50 Pf.,
Entree und II. Rang 30 Pf.

Schweizer Garten
Am Königsd. Am Friedrichshain.
Im gänzl. renovirten großen Saal
Jeden
Sonntag:
Anfang 4 1/2 Uhr.
An Wochentagen ist der Saal zu
Versammlungen u. Privatfestlichkeiten
zu vergeben. (916b)

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Täglich:
Gr. Elite-Vorstellung.
Anfang: Sonntag 6 Uhr, Wochentags 7 1/2 Uhr. - Entree: Sonntag 30 Pf., Wochentags 20 Pf.

Maehr's Theater
Oranienstrasse 24.
Täglich
Gr. Elite-Vorstellung
Novitäten-Programm.
Anf. Sonntag 6 Uhr, Woche 8 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.
Entree auf Bond 15 Pf. Nachzahlung.

Feen-Palast
22 Burgstr. 22.
Größt. Vergnügungsort Berlin
Direktion:
R. Wulfer und W. Fiedel.
Nur noch bis
Donnerstag
das so erlöschende September-
Riesens-Programm.
20 Nummern. 50 Häuser.
Unter Anderen:
Söldermann. - Vilde Feia. -
Gera Taptors. - Däin u.
Bade. - Darnett Gilmans's
Miesentopf. - Tants's brennender
Budel. - Ralph Weis. -
Briarth. - Feid Frid. - Selma
u. Jony Weisbad. - Parjatos.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1 M. 50 Pf.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
Heute Anfang 7 Uhr.
I. Abt. u. Loge 1 M., Sperrg. 50 Pf.,
Entree und II. Rang 30 Pf.

Schweizer Garten
Am Königsd. Am Friedrichshain.
Im gänzl. renovirten großen Saal
Jeden
Sonntag:
Anfang 4 1/2 Uhr.
An Wochentagen ist der Saal zu
Versammlungen u. Privatfestlichkeiten
zu vergeben. (916b)

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Täglich:
Gr. Elite-Vorstellung.
Anfang: Sonntag 6 Uhr, Wochentags 7 1/2 Uhr. - Entree: Sonntag 30 Pf., Wochentags 20 Pf.

Maehr's Theater
Oranienstrasse 24.
Täglich
Gr. Elite-Vorstellung
Novitäten-Programm.
Anf. Sonntag 6 Uhr, Woche 8 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.
Entree auf Bond 15 Pf. Nachzahlung.

Feen-Palast
22 Burgstr. 22.
Größt. Vergnügungsort Berlin
Direktion:
R. Wulfer und W. Fiedel.
Nur noch bis
Donnerstag
das so erlöschende September-
Riesens-Programm.
20 Nummern. 50 Häuser.
Unter Anderen:
Söldermann. - Vilde Feia. -
Gera Taptors. - Däin u.
Bade. - Darnett Gilmans's
Miesentopf. - Tants's brennender
Budel. - Ralph Weis. -
Briarth. - Feid Frid. - Selma
u. Jony Weisbad. - Parjatos.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1 M. 50 Pf.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
Heute Anfang 7 Uhr.
I. Abt. u. Loge 1 M., Sperrg. 50 Pf.,
Entree und II. Rang 30 Pf.

Schweizer Garten
Am Königsd. Am Friedrichshain.
Im gänzl. renovirten großen Saal
Jeden
Sonntag:
Anfang 4 1/2 Uhr.
An Wochentagen ist der Saal zu
Versammlungen u. Privatfestlichkeiten
zu vergeben. (916b)

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Täglich:
Gr. Elite-Vorstellung.
Anfang: Sonntag 6 Uhr, Wochentags 7 1/2 Uhr. - Entree: Sonntag 30 Pf., Wochentags 20 Pf.

Maehr's Theater
Oranienstrasse 24.
Täglich
Gr. Elite-Vorstellung
Novitäten-Programm.
Anf. Sonntag 6 Uhr, Woche 8 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.
Entree auf Bond 15 Pf. Nachzahlung.

Feen-Palast
22 Burgstr. 22.
Größt. Vergnügungsort Berlin
Direktion:
R. Wulfer und W. Fiedel.
Nur noch bis
Donnerstag
das so erlöschende September-
Riesens-Programm.
20 Nummern. 50 Häuser.
Unter Anderen:
Söldermann. - Vilde Feia. -
Gera Taptors. - Däin u.
Bade. - Darnett Gilmans's
Miesentopf. - Tants's brennender
Budel. - Ralph Weis. -
Briarth. - Feid Frid. - Selma
u. Jony Weisbad. - Parjatos.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1 M. 50 Pf.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
Heute Anfang 7 Uhr.
I. Abt. u. Loge 1 M., Sperrg. 50 Pf.,
Entree und II. Rang 30 Pf.

Schweizer Garten
Am Königsd. Am Friedrichshain.
Im gänzl. renovirten großen Saal
Jeden
Sonntag:
Anfang 4 1/2 Uhr.
An Wochentagen ist der Saal zu
Versammlungen u. Privatfestlichkeiten
zu vergeben. (916b)

Urania
Naturkundl. Ausstellung tägl.
geöffnet von 10 Uhr vormittags
ab. Eintritt 50 Pf. - Wissenschaftl.
Theater abends 8 Uhr.

Passage-Panopticum.
Indisches Dorf
mit dem bedeutendsten Fussball-Künstler der Welt
Moung Toon.
Vorst. 12, 5, 7 und 9 Uhr.

Gastan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Bärenweib
die grösste Sehenswürdigkeit des ablaufenden Jahrhunderts ist wieder da!!!
Italienische Kapelle des Maestro Liberti, 5 Herren, 3 Damen.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich:
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Die Einladungskarte.
Schwank in 1 Aufzuge von Kogebue.
Die kleine Schlange.
Pöke in einem Akt von Jacobson.
Berliner in Italien.
Original-Parodie. Pohe mit Gesang von G. Vinberg.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag u. Donnerstag nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Feen-Palast
22 Burgstr. 22.
Größt. Vergnügungsort Berlin
Direktion:
R. Wulfer und W. Fiedel.
Nur noch bis
Donnerstag
das so erlöschende September-
Riesens-Programm.
20 Nummern. 50 Häuser.
Unter Anderen:
Söldermann. - Vilde Feia. -
Gera Taptors. - Däin u.
Bade. - Darnett Gilmans's
Miesentopf. - Tants's brennender
Budel. - Ralph Weis. -
Briarth. - Feid Frid. - Selma
u. Jony Weisbad. - Parjatos.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1 M. 50 Pf.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
Heute Anfang 7 Uhr.
I. Abt. u. Loge 1 M., Sperrg. 50 Pf.,
Entree und II. Rang 30 Pf.

Schweizer Garten
Am Königsd. Am Friedrichshain.
Im gänzl. renovirten großen Saal
Jeden
Sonntag:
Anfang 4 1/2 Uhr.
An Wochentagen ist der Saal zu
Versammlungen u. Privatfestlichkeiten
zu vergeben. (916b)

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Täglich:
Gr. Elite-Vorstellung.
Anfang: Sonntag 6 Uhr, Wochentags 7 1/2 Uhr. - Entree: Sonntag 30 Pf., Wochentags 20 Pf.

Maehr's Theater
Oranienstrasse 24.
Täglich
Gr. Elite-Vorstellung
Novitäten-Programm.
Anf. Sonntag 6 Uhr, Woche 8 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.
Entree auf Bond 15 Pf. Nachzahlung.

Feen-Palast
22 Burgstr. 22.
Größt. Vergnügungsort Berlin
Direktion:
R. Wulfer und W. Fiedel.
Nur noch bis
Donnerstag
das so erlöschende September-
Riesens-Programm.
20 Nummern. 50 Häuser.
Unter Anderen:
Söldermann. - Vilde Feia. -
Gera Taptors. - Däin u.
Bade. - Darnett Gilmans's
Miesentopf. - Tants's brennender
Budel. - Ralph Weis. -
Briarth. - Feid Frid. - Selma
u. Jony Weisbad. - Parjatos.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1 M. 50 Pf.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
Heute Anfang 7 Uhr.
I. Abt. u. Loge 1 M., Sperrg. 50 Pf.,
Entree und II. Rang 30 Pf.

Schweizer Garten
Am Königsd. Am Friedrichshain.
Im gänzl. renovirten großen Saal
Jeden
Sonntag:
Anfang 4 1/2 Uhr.
An Wochentagen ist der Saal zu
Versammlungen u. Privatfestlichkeiten
zu vergeben. (916b)

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Täglich:
Gr. Elite-Vorstellung.
Anfang: Sonntag 6 Uhr, Wochentags 7 1/2 Uhr. - Entree: Sonntag 30 Pf., Wochentags 20 Pf.

Maehr's Theater
Oranienstrasse 24.
Täglich
Gr. Elite-Vorstellung
Novitäten-Programm.
Anf. Sonntag 6 Uhr, Woche 8 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.
Entree auf Bond 15 Pf. Nachzahlung.

Feen-Palast
22 Burgstr. 22.
Größt. Vergnügungsort Berlin
Direktion:
R. Wulfer und W. Fiedel.
Nur noch bis
Donnerstag
das so erlöschende September-
Riesens-Programm.
20 Nummern. 50 Häuser.
Unter Anderen:
Söldermann. - Vilde Feia. -
Gera Taptors. - Däin u.
Bade. - Darnett Gilmans's
Miesentopf. - Tants's brennender
Budel. - Ralph Weis. -
Briarth. - Feid Frid. - Selma
u. Jony Weisbad. - Parjatos.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1 M. 50 Pf.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
Heute Anfang 7 Uhr.
I. Abt. u. Loge 1 M., Sperrg. 50 Pf.,
Entree und II. Rang 30 Pf.

Schweizer Garten
Am Königsd. Am Friedrichshain.
Im gänzl. renovirten großen Saal
Jeden
Sonntag:
Anfang 4 1/2 Uhr.
An Wochentagen ist der Saal zu
Versammlungen u. Privatfestlichkeiten
zu vergeben. (916b)

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Täglich:
Gr. Elite-Vorstellung.
Anfang: Sonntag 6 Uhr, Wochentags 7 1/2 Uhr. - Entree: Sonntag 30 Pf., Wochentags 20 Pf.

Maehr's Theater
Oranienstrasse 24.
Täglich
Gr. Elite-Vorstellung
Novitäten-Programm.
Anf. Sonntag 6 Uhr, Woche 8 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.
Entree auf Bond 15 Pf. Nachzahlung.

Feen-Palast
22 Burgstr. 22.
Größt. Vergnügungsort Berlin
Direktion:
R. Wulfer und W. Fiedel.
Nur noch bis
Donnerstag
das so erlöschende September-
Riesens-Programm.
20 Nummern. 50 Häuser.
Unter Anderen:
Söldermann. - Vilde Feia. -
Gera Taptors. - Däin u.
Bade. - Darnett Gilmans's
Miesentopf. - Tants's brennender
Budel. - Ralph Weis. -
Briarth. - Feid Frid. - Selma
u. Jony Weisbad. - Parjatos.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1 M. 50 Pf.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
Heute Anfang 7 Uhr.
I. Abt. u. Loge 1 M., Sperrg. 50 Pf.,
Entree und II. Rang 30 Pf.

Schweizer Garten
Am Königsd. Am Friedrichshain.
Im gänzl. renovirten großen Saal
Jeden
Sonntag:
Anfang 4 1/2 Uhr.
An Wochentagen ist der Saal zu
Versammlungen u. Privatfestlichkeiten
zu vergeben. (916b)

Böhmisches Brauhaus
Landberger Allee.
Heute, Dienstag, den 28. Septbr.:
(Sowie von nun an jed. Dienstag)
I. Soirée der beliebtesten Stettiner Sänger
(Mehel, Vietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)
Anfang präzis 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (Siehe Plakate)

Urania
Naturkundl. Ausstellung tägl.
geöffnet von 10 Uhr vormittags
ab. Eintritt 50 Pf. - Wissenschaftl.
Theater abends 8 Uhr.

Passage-Panopticum.
Indisches Dorf
mit dem bedeutendsten Fussball-Künstler der Welt
Moung Toon.
Vorst. 12, 5, 7 und 9 Uhr.

Gastan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Bärenweib
die grösste Sehenswürdigkeit des ablaufenden Jahrhunderts ist wieder da!!!
Italienische Kapelle des Maestro Liberti, 5 Herren, 3 Damen.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich:
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Die Einladungskarte.
Schwank in 1 Aufzuge von Kogebue.
Die kleine Schlange.
Pöke in einem Akt von Jacobson.
Berliner in Italien.
Original-Parodie. Pohe mit Gesang von G. Vinberg.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag u. Donnerstag nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Feen-Palast
22 Burgstr. 22.
Größt. Vergnügungsort Berlin
Direktion:
R. Wulfer und W. Fiedel.
Nur noch bis
Donnerstag
das so erlöschende September-
Riesens-Programm.
20 Nummern. 50 Häuser.
Unter Anderen:
Söldermann. - Vilde Feia. -
Gera Taptors. - Däin u.
Bade. - Darnett Gilmans's
Miesentopf. - Tants's brennender
Budel. - Ralph Weis. -
Briarth. - Feid Frid. - Selma
u. Jony Weisbad. - Parjatos.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1 M. 50 Pf.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
Heute Anfang 7 Uhr.
I. Abt. u. Loge 1 M., Sperrg. 50 Pf.,
Entree und II. Rang 30 Pf.

Schweizer Garten
Am Königsd. Am Friedrichshain.
Im gänzl. renovirten großen Saal
Jeden
Sonntag:
Anfang 4 1/2 Uhr.
An Wochent

Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik.

Auf der Tagesordnung des letzten Verhandlungstages steht die Frage der Handhabung des Vereins- und Koalitionsrechts der Arbeiter im Deutschen Reich.

Den Vorsitz führt Oberbürgermeister Becker-Köln.

Zunächst erhält das Wort der erste Referent Geh. Justizrat Professor Loening-Palle a. S.: Es herrscht wohl allgemeine Einigkeit darüber im Verein, daß die Koalitionsfreiheit nur einer Forderung der Gerechtigkeit entspricht, eine Beschränkung dieser Freiheit nur im Klasseninteresse der Unternehmer liegt.

Unser Privatrecht geht von der Freiheit und Gleichheit der Partei aus. Die Gleichheit ist aber thätig nur theoretisch vorhanden. Praktisch ist der einzelne Arbeiter dem einzelnen Unternehmer gegenüber ohnmächtig, die einzige Waffe, um der ihm im Privatrecht garantierten Freiheit Geltung zu verschaffen, ist das Koalitionsrecht, nur so kann er Einfluß auf die Höhe seines Lohnes ausüben.

Und doch erst vor einem Menschenalter ist die Koalitionsfreiheit dem Arbeiter bewilligt worden, die ihm noch vor der französischen Revolution verweigert wurde. Die Koalitionsfreiheit ist bei uns in der Gewerbeordnung niedergelegt, sie ist aber nicht allgemein, das Recht der Koalition haben zwar alle Unternehmer, nicht aber alle Arbeiter.

In acht deutschen Staaten beschränkt sie noch der dort aufrechterhaltene Beschluß des seligen Bundestages von 1854, ganz abgesehen von den ländlichen Arbeitern. In Hessen, Oldenburg, Braunschweig, Altenburg, Schwarzburg-Rudolstadt und -Sondershausen, Schaumburg-Lippe und Waldeck dürfen Rechtsinhaber überhaupt keine Arbeitervereine stiften. Dann aber ist es auch in den alten Provinzen Preußens dem Gesinde, den Schiffsarbeitern und den ländlichen Arbeitern verboten, sich zu verabreden oder zu versammeln, um bessere Lohnbedingungen zu erzielen.

Die kleine, aber heute noch mächtige (konservative) Partei hat eine Aufhebung dieser Bestimmungen bisher zu verhindern gewünscht. Die Grundbesitzer dürfen sich natürlich verabreden, wie hoch sie die Löhne festsetzen wollen. Die Koalitionsfreiheit ist in der Gerechtigkeit begründet, damit soll nicht gesagt sein, daß eine unbeschränkte Koalitionsfreiheit berechtigt wäre. So kann natürlich nicht der Schiffsmanufaktur auf See ein Koalitionsrecht eingeräumt werden. Offen möchte ich die Frage lassen, ob man nicht auch die Koalitionsfreiheit der Eisenbahnarbeiter im Betriebe beschränken möchte. Selbstverständlich will ich sie nicht der Willkür der Unternehmer preisgeben, sie müßten aus der privatrechtlichen Stellung in eine öffentlich-rechtliche überführt werden und eine den Beamten ähnliche Stellung erhalten. Doch ich will diese Frage heute noch nicht entscheiden. Anders steht es mit der Koalitionsfreiheit der ländlichen Arbeiter. An der Beschränkung wird ausschließlich im Interesse der ländlichen Grundbesitzer festgehalten. Nicht der Schein von Gerechtigkeit spricht für sie, höchstens die Noth, Arbeiter von dem Zuge nach den Städten abzuhalten. Das ist aber doch nur ein Interessengrund, der mit der Gerechtigkeit, dem Gesamtsinteresse nicht zusammenfällt. Ich glaube auch, daß beschränkende Gesetz liegt nicht im wahren Interesse des Großgrundbesitzers. Gerade die Beschränkung seiner persönlichen Freiheit auf dem Lande läßt den Arbeiter nach den Städten flüchten. Es muß dem Arbeiter sein Loos auf dem Lande so gestaltet werden, daß es ihm möglich wird, ein freies Eigentum zu erwerben, dann wird er auf dem Lande bleiben. Dazu gehört aber, daß der Großgrundbesitzer nicht noch vergrößert wird. Man hat mich ganz im Dienste der Großindustrie stehend hingestellt, weil ich für die Aufrechterhaltung des § 152, 2 eintrete, der von der Mangelhaftigkeit der Verträge von Arbeitern untereinander bei Streiks handelt. Ich lasse mich durch solche Angriffe nicht in meiner Ueberzeugung beirren, daß diese Bestimmung im Interesse der Gesamtheit nützlich ist. Es giebt doch Streiks, die nicht berechtigt sind. Selbst wenn ich alle Streiks, die glücklich verlaufen, als berechtigt anerkenne will, so giebt es doch Streiks, deren unglücklicher Ausgang für die Arbeiter von Anfang an vorauszu sehen ist. Ich will die Koalitionsfreiheit nicht in einen Koalitionszwang umwandeln. Ebenso halte ich die Strafbestimmungen für Drohungen und Verurtheilungen im Interesse der Arbeiter, nicht der Unternehmer, für richtig. Die Freiheit darf auch hier nicht in Zwang aufarten. Der einzelne, der arbeiten will, steht mir höher als eine Partei, die den Streik führt, ich vertrete hier das Interesse der Klasse. Der Hamburger Streik hat Erfahrungen gezeigt, die eine Verschärfung der hier in Frage kommenden Strafbestimmungen nahe legen. Ob der Hamburger Streik berechtigt war, ist eine ganz andere Frage. Er war nach meiner Ansicht berechtigt, nur zu falscher Zeit begonnen. Andererseits fehlt eine Bestimmung in der Gewerbeordnung, die den Unternehmer mit Strafe belegt, wenn er einen Arbeiter durch Drohung oder Verurtheilung vom Streik abzuhalten sucht.

Eine weitere Beschränkung der Koalitionsfreiheit erfolgt durch die landesgesetzlichen Bestimmungen über die Verein- und Versammlungsfreiheit, denn die Koalitionsfreiheit hängt aufs Innigste mit der politischen Vereinsfreiheit zusammen. Das Verbot des Verbindungsvereins politischer Vereine ist thätig und hat keinen anderen Zweck, als der Polizei Anlaß zu Schikanen zu geben. Es bleibt nur eine Frage der Zeit, daß es in ganz Deutschland aufgehoben wird. Dadurch, daß dem politischen Ermessen die Ausübungsberechtigung der Versammlungen unterstellt ist, herrscht auf dem Gebiete der Vereins- und Versammlungsfreiheit in Deutschland ein höchst unbefriedigender Zustand. Leider ist keine Aussicht auf Aenderung vorhanden, wenn ich auch hoffen will, daß das Abgeordnetenhaus stets Recht und Freiheit des Volkes wahrnehme. Ich unterschätze die Gefahren der Sozialdemokratie nicht, halte sie sogar für die größten, die dem deutschen Vaterlande und der gekitteten Welt drohen, aber mit so kleinen Mitteln kann man die Sozialdemokratie nicht bekämpfen, damit verschärft man nur die Gefahr. An Stelle der öffentlichen Versammlungen würde, wie früher in Frankreich, das Land von einem großen Hebe geheimer Vereine und Verschönerungen durchzogen werden. Nicht mit Polizeimiteln bekämpft man eine große mächtige Bewegung, die leider in die Tiefe unseres Volkes eingedrungen ist, sondern nur ein stetiges Arbeiten darauf hin kann da helfen, das Recht in Uebereinstimmung mit der Gerechtigkeit zu bringen und dem Arbeiterstande eine Lebenshaltung zu sichern, die der hohen sozialen Bedeutung und dem Werthe des Arbeiters entspricht. (Beifall.)

Der zweite Referent Professor Hertner-Karlsruhe führt aus: In Deutschland sind die Unternehmer in Berufsvereinen vereinigt, die Arbeiter nicht. Das Reich hat dem Arbeiter zwar die Koalitionsfreiheit gewährt und erlaubt ihm, in den Kampf zu ziehen, aber es liegt in den Händen der Landesgesetzgebung, ob der Arbeiter sich für einen solchen Kampf vorbereiten oder sich in Berufsvereinen organisieren darf, um solche Kämpfe vielleicht zu vermeiden. Ich bin mit dem Vordredner hierin einverstanden, kann ihm aber nicht zugeben, daß die Thatsachen ausreichen, eine Verschärfung des Strafgesetzbuchs zu befehlen. Die Begriffe der Drohung und Verurtheilung haben von den Gerichten schon eine ziemlich weitgehende Auslegung erfahren, und wie das Reichsgericht in diesen Dingen denkt, darüber giebt die Bezeichnung der Koalitionsfreiheit als eines strafrechtlichen Privilegiums ein beredtes Zeugnis.

Im übrigen bin ich mit dem Vordredner einverstanden, wenn er auch die Unternehmer bestrafen will. Der etwas einseitige Eindruck seines schriftlichen Referats ist durch sein mündliches ganz verwischt worden. Auch ich belege die Beschränkungen der Koalitionsfreiheit durch die wenig freihellen Bestimmungen im Vereins- und Versammlungsrecht. Das Koalitionsverbot der Vereine hat die Gewerkschaften zu ganz gekünstelten Organisationsformen gebracht. Trotzdem hat man ihnen immer und immer wieder ein Bein zu stellen versucht. Ich erinnere nur an den Versuch, die Gewerkschaften für Versicherungs-Gesellschaften zu erklären. Im Volke versteht man diese willkürliche Behandlung der Arbeiterorganisationen nicht und kein Mensch ist empfindlicher über Kränkung seiner Rechte als der Arbeiter. Können Sie sich nun einen verderblicheren und gefährlicheren Agitationsstoff denken, als wenn man den bestehenden Klassen Vorstöße gegen das Duellgesetz, gegen den Arbeiterschutz-Gesetz sehr milde anrechnet, den Arbeiter aber hart bestraft für Dinge, die in einem anderen Theile Deutschlands garnicht strafbar sind? Denn was der Mannheimer Gewerkschafter thun darf, ist dem Ludwigshafener verboten und würde ihm in Straßburg gar übel bekommen. Man klagt über mangelnde Dankbarkeit der Arbeiter. Behandle man sie nur mit Gerechtigkeit. Es steht hier ein Stück der heiligsten Güter der Nation auf dem Spiele. Unser Volk hat an politischer Moral noch viel zu verlieren, sein Rechtsinn darf nicht geschädigt werden.

Die Personalunion der Sozialdemokratie mit den Gewerkschaften hat zum Kampfe gegen die Gewerkschaften geführt und alles ist auf politisches Gebiet hinübergespielt worden. Die sozialdemokratischen politischen Führer fürchten denn auch von einer wirtschaftlichen Organisationsfreiheit eine Versumpfung der politischen Bewegung. (V. Red.) England ist doch ein Beweis dafür. Welche geringe Erfolgsfolge hat dort die unabhängige Arbeiterpartei bisher erzielt. Unabhängig heißt sie, weil der Name sozialdemokratisch in England einen zu schlechten Klang hat. Erst jetzt in Birmingham hat man sich über die Agitatoren dieser Partei beschwert, weil sie ein wahres Höllenleben geführt haben. Der Londoner internationale Kongreß hat, wie Weber selbst zugeben mußte, gezeigt, daß es mit dem Anschluß der Trades-Unions an die Sozialdemokratie nichts ist. John Burns ist für die Sozialdemokratie verloren. In der Schweiz und in Amerika giebt es keine orthodoxe Sozialdemokratie, am wohlsten fühlt sie sich im bürokratischen Frankreich und in Deutschland, und hier wieder in den Theilen, wo die Vereinigungsbewegung am wenigsten freihellen ist. Aber, wird eingewendet, heißt es nicht den Zensur mit Verbot ausstreifen, wenn an Stelle der politischen Partei die Gewerkschaften treten? Diese sind am gefährlichsten, sie zerstören alle Disziplin unter den Arbeitern. Das ist u. a. auch die Meinung des Herrn v. Stumm. Er sagte in seiner Herrenhaus-Rede: Bei uns herrsche in der Eisen- und Kohlen-Industrie noch Disziplin, während in England durch die Trades-Unions diese Disziplin vollständig abhanden gekommen sei. Hieraus erkläre sich die deutsche Konkurrenzfähigkeit gegenüber England, wie englische Konkurrenzfähigkeit, die nach Deutschland deponirt worden seien, ausdrücklich anerkannt hätten. Das sei den Kathedersozialisten aber natürlich vollständig unbekannt. Das ist uns allerdings unbekannt. In dem Bericht dieser englischen Deputation ist davon kein Wort zu finden. Der Bericht rühmt zwar die Disziplin der deutschen Arbeiter, aber die Ursache der Konkurrenzfähigkeit sieht er in dem Schutzzoll und den billigen deutschen Eisenbahntarifen. Herr v. Stumm war also wieder einmal schlecht berichtet. Auch die Arbeitslöhne sind bei uns billiger. Ich freue mich gewiss über jeden Erfolg, den die deutsche Industrie durch Ueberlegenheit der Technik, des Geschmacks etc. erringt, aber als Deutscher würde ich mich bedrückt fühlen, wenn wir die Konkurrenzfähigkeit nur den niedrigen Löhnen unserer Arbeiter zu danken hätten. Dann könnten wir von Italienern, Polen und Russen mit ihren geringeren Lebensbedingungen besiegt werden, bis diesen später von den Sklaven das gleiche Schicksal widerfahren würde. Ich habe auch vor unseren Industriellen so großen Respekt, daß ich nicht glauben kann, sie könnten geschlagen werden, wenn sie auch höhere Löhne zahlen. Die Arbeiterklasse ringt nach höherer Lebenshaltung; ihr in diesem Kampfe entgegenzutreten, das könnte zu Zeiten deutscher Schmach führen, wie sie den Bauernkriegen gefolgt sind. Der ganze gesellschaftliche Organismus würde schwerem Siechtum verfallen. Wenn ich die heutige Verschärfung der Koalitionsfreiheit prüfe in ihrer Einwirkung auf den Rechtsgeanken und in ihrer Wirkung auf den Rechtsinn unseres guten Volkes, in ihrer Wirkung auf die Sozialdemokratie oder auf unsere nationale Größe und Zukunft — ich kann zu keinem anderen Ergebnis kommen als zu einer entschiedenen Verurtheilung. (Stürmischer Beifall.)

D. D. Berlin, Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Buchdrucker (Berlin), schildert das Eingreifen der Regierungen in die Gewerkschaftsorganisationen, die Verwirrungen der Arbeiter durch Polizei und Gerichte. Der Arbeiter fühle diese ungerechte Behandlung auf schmerzliche Weise und verstehe es nicht, wie das Gesetz diejenigen bestrafen könne, die nur das Interesse des Klaffenoffenen gegen den Unternehmer vertreten wollen. Er müsse die Behauptung Loening's, daß der Hamburger Streik Erscheinungen gezeigt habe, die zu einer Verschärfung des Strafgesetzbuchs führen müßten, entschieden bestritten. Es handele sich bei den sogenannten Drohungen um reinliche Dinge, der Arbeiter sei sich ihrer Tragweite oft garnicht voll bewußt. Ebenso falsch sei die Behauptung Loening's, daß die Streiks von der sozialdemokratischen Partei inszenirt würden. In den Gewerkschaften fanden sich Arbeiter aller politischen Lebensstufen zusammen. Das einigende Ziel sei nur die Erreichung besserer Lohnbedingungen. Redner findet es auffällig, daß die Regierung die Handwerker mit Zwangsorganisationen bedenk und den Arbeitern das Recht zu freiwilliger Organisation verwehrt. Dabei dürfe sich die Regierung nicht wundern, daß wenn sie die Organisation erschwert, der Arbeiter auf Wege gedrängt werde, die ihn zum Gegner der Gesellschaft machen. Es ist eingangs der Verhandlungen betont worden, der Verein für Sozialpolitik sei kein Agitationsverein, das ist richtig, aber es darf nicht verkannt werden, daß alles was von hier aus in die Welt geht, eine größere Wirkung hat, als wenn es in einer Arbeiterversammlung geredet wird. Insofern erwarte ich doch von unseren Verhandlungen einen agitatorischen Erfolg. Die bürgerlichen Politiker lieben es, ihre Maßnahmen darauf hin zu prüfen, ob sie der Sozialdemokratie Schaden oder Vortheil leisten. Wenn die Gerechtigkeit das Fundament des Staates ist, dann meine ich, sollte das als Recht Erkenntnis um jeden Preis, ohne Rücksicht auf die Wirkung dieser oder jener Partei ausgeführt werden.

Generaldirektor Hegener (Humboldt-Kalk) will für die Arbeiter dieselben Rechte, wie für jeden Staatsbürger, und will auch keinem Arbeiter die Ausübung seiner politischen Rechte beschränken. Andererseits dürfe aber den geistigen Arbeitern das Recht zu arbeiten nicht von andern verkannt werden; jeder Eingriff in dieses Recht müsse streng gehandelt werden. Redner kommt dann auf die Anschuldigungen des Professors Hertner über die englischen Gewerkschaften zu sprechen. Er sieht in ihnen Wohlthätigkeits-Institute, die notwendig waren, weil der englische Unternehmer und der Staat nichts für die Arbeiter thaten. Da bei uns Staat und Gesellschaft in hohem Maße ihrer Fürsorgepflicht gegen die Arbeiter genügen, so sei damit schon die Ueberflüssigkeit solcher Organisationen für unser Land bewiesen. Es sei auch falsch, in den Trades-Unions einen Nutzen für das Gewerbeleben zu erblicken.

Zum Beweise liest Redner aus englischen Unternehmerblättern Zitate vor, die das Wirken der Trades-Unions als den Ruin der englischen Industrie hinführen. Der deutsche Unternehmer, der im Verein mit dem Staat das möglichste für den Arbeiter thut, braucht keinen Vermittler zwischen sich und seinen Leuten; für uns ist überhaupt die Arbeiterfrage keine Lohnfrage, sondern eine Frage der Disziplin. Es handelt sich darum, wer will Herr im Hause sein, der Unternehmer oder die Arbeiterorganisation? Die Arbeit des Unternehmers ist eine derartig mühsame und verantwortungsvolle (Zwischenruf: Aktionäre!), daß er sich nicht von den Handarbeitern hineinreden lassen darf. Diese Ueberhöhung der Handarbeit, wie sie von den Professoren beliebt wird (Widerspruch), rührt daher, daß diese Herren nicht im Leben stehen (erneuter Widerspruch). Ich habe genug Bücher von Professoren gelesen, ich darf sagen: mehr als genug, um das wissen zu können. Es ist unrichtig, die Arbeiter auf den Kampf anzuweisen, der Unternehmer will Frieden haben und will sich das Mittel zum Frieden, die Disziplin, nicht nehmen lassen.

Dr. Max Hirsch findet es auffällig, daß der Vordredner in den ruhigen Gang der Verhandlungen den aggressiven Ton hineingebracht habe, und widerlegt dann die unrichtige Auffassung des Vordredners von dem Entstehen und dem Wesen der Trades-Unions. Die bestehenden Bestimmungen über die Koalitionsfreiheit in Deutschland seien derart durchlöcherig, daß es nicht etwa genüge, das bestehende zu erhalten, sondern es sei ein gründlicher Ausbau nöthig. Dem Arbeiter müsse das Recht, sich zu vereinigen und zu versammeln, in weitestem Maße zustehen.

Unterstaatssekretär a. D. v. Rottenburg, Kurator der Universität Bonn: Herr Generaldirektor Hegener hat über die Gewerkschaften in sehr ungünstiger Weise geurtheilt und zum Beweise für ihre Schädlichkeit auch Zitate angeführt. Ich muß daraus erwidern, daß ich im Grunde bin, auf jedes seiner Urtheile ein anderes zu setzen, daß sich über die Gewerkschaften im entgegengeetzten, also im günstigen Sinne ausläßt. So möchte ich hier für seine ansehnlichen Quellen mich auf das Urtheil einer parlamentarischen Enquete berufen, worin gesagt wird, daß die Trades-Unions den heute noch unvermeidlichen Kampf unabhängiger Arbeiter und damit die Ausbildung eines harmonischen Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeiter bewirkt haben, daß sie den Arbeiter selbstbewußt und leistungsfähiger gemacht und nicht zu wenigsten an dem hohen Ansehen der englischen Industrie mitgewirkt haben. Der Herr Vordredner rühmte sich, viele, ja zu viele Professorenbücher gelesen zu haben. Ich muß das bezweifeln. Denn wer das in richtigem Maße gethan hat, der muß in diesen Büchern Thatsachen gefunden haben, die ihn davon abhalten sollten, den Kampf gegen die Koalitionsfreiheit anzunehmen. Die Herren, die an diesem Kampf teilnehmen, verlassen den Boden positiven Denkens und begeben sich auf den dünnen Boden der Spekulation. Meine Herren! Die meisten Gesetze werden gemacht von einer Minderheit und der Mehrheit auferlegt. Woher kommt es, daß diese Gesetze trotzdem Bestand haben und nicht von der Minderheit abgeschafft werden? Nun, sie erhalten ihre Sanktion durch zweierlei: durch das Bedürfnis und durch das Rechtsbewußtsein. Darauf haben wir ein jedes Gesetz zu prüfen, ob es diesen beiden Forderungen Genüge leistet. Von vielen Gesetzen der Neuzeit kann man das nicht sagen. Ich erinnere an die Handwerker-Gesetzgebung mit ihren Zwangsorganisationen. Eine jede künstliche Einrichtung führt zur Privilegienwirtschaft und die sollte man, da sie dem modernen Rechtsbewußtsein widerspricht, vermeiden. Von weiteren hierher gehörigen Versuchen nenne ich die willkürliche Festsetzung des Getreidepreises oder der Art der Währung; dergleichen Versuche haben überall, wo sie unternommen wurden, zu Wirrungen geführt. Aus der Geschichte Englands und Frankreichs geht hervor, daß auch die Beschränkungen der Koalitionsfreiheit das Gemeinwesen geschädigt hat. Das verkehrte Rechtsbewußtsein der davon Betroffenen schlug um in verdeckte oder offene Feindschaft gegen den Staat und machte sich Luft in kriminellen Handlungen. Der heutige Arbeiter nimmt als Wähler theil an der Gesetzgebung und bietet als Wehrmann sich dem Schutze des Landes dar. Das allgemeine Wahlrecht und die allgemeine Wehrpflicht erfordern, daß man dem Arbeiter nicht die Fähigkeit abspricht, in sozialen Dingen zu urtheilen und zu handeln. Das bestehende Recht wird nicht so gehandhabt, daß es dem Rechtsbewußtsein entspricht. Während der Unternehmer tausend Gesetzentwürfe hat, mit Gleichgesinnten seine Interessen wahrzunehmen, das kann er in der Gesellschaft, auf dem Spaziergange, bei der Waise, in der Ausübung dieses Rechtes dem Arbeiter verkümmert und zum theil verboten. Diese ungleicherartige Handhabung des Erbschaftsrechts, der Arbeiter in der Volksschule eine bessere Vorbildung zu geben, etwa durch Einfügung der Gesetzkunde in den Lehrplan. Koalitionsrecht macht es notwendig, daß die Schranken zu seiner Ausübung für den Arbeiter fallen. In jedem Stande giebt es unruhige Köpfe, die ein Recht mißbrauchen können, aber diese Möglichkeit wiegt sehr leicht gegen die Gefahr, die aus der Verletzung des allgemeinen Rechtsbewußtseins entspringt. Die Sozialdemokratie ist nicht sehr groß, es sind nur wenige, die ihrer Lehre zu Liebe sich zu ihr bekennen; groß aber ist ihr Erfolg, die Masse der Unzufriedenen, die in ihr ihren Sammelpunkt sehen. Diese Erfolgshaft der Unzufriedenen würde sich, und ich meine, mit recht, bedenklich vermehren, wenn der gegenwärtige, dem Rechtsbewußtsein widerstrebende Zustand bliebe. Die Gegner der Koalitionsfreiheit, so sehr sie sich auch als praktische Männer fähigen, treiben keine praktische Politik; die können sie nur treiben, wenn sie sich auf Thatsachen stützen. Und um die beherrschen zu können, ist es notwendig, daß sie sich noch recht viel Professorenbücher lesen. (Lebhafter Beifall.)

Es tritt eine Mittagspause ein. Nach einstündiger Mittagspause wird die Diskussion fortgesetzt. Professor Neumann-Göttingen: Die Koalitionsfreiheit dürfe nicht beschränkt, sondern müsse erweitert werden. Verschiedene Umstände, die sich in den letzten 80 Jahren ergeben hätten, sprächen zu gunsten der Erweiterung des Koalitionsrechts. Man müsse mit dem gesteigerten Ehr- und Selbstgefühl der Arbeiter rechnen. Wegen die Kartelle, die dem Arbeiter die Existenzbedingungen erschweren, müsse der Arbeiter geschützt werden, außerdem vergrößere sich die Kluft zwischen Arm und Reich immer mehr, das werde nicht genügend beachtet. Andererseits nehme er den Kampf der Gewerksvereine nicht so leicht. Ueberhaupt erlaube ihm das „Sich-Rüstenlassen“ auf beiden Seiten als eine große Gefahr. Auf die Höhe der Löhne könnte vielleicht eingewirkt werden dadurch, daß die Gemeinden und der Staat ihre Arbeiter nicht nach Angebot und Nachfrage, sondern angemessen bezahlten. Der Staat könne auch durch eine Arbeitslosen-Versicherung, Beistandzahlung etc. die Lebenshaltung der Arbeiter verbessern.

Sombart-Magdeburg tritt für unbedingte Koalitionsfreiheit ein. Bessere Zustände würden erst erlangt werden, wenn sich Unternehmer und Arbeiter mehr Achtung entgegenbrächten. Achtung vor der Ueberzeugung des Mitmenschen sei nöthig. Göttern sei die Rede des Herrn v. Berlepsch eine mythologische That genannt worden. Es sei eine mythologische That unter heutigen Verhältnissen,

Der eine Schande sei es, daß unsere Verhältnisse so beschaffen seien, daß in dem Ausprechen seiner Ueberzeugung eine muthvolle That erblüht werden könne.

Dr. Jastrow-Berlin spricht seine Verwunderung darüber aus, daß niemand gegen den Ausspruch Voening's, Preußen sei der Musterstaat im Vereinsrecht, protestirt habe. Er kritisiert dann die Urtheile gegen den Orlschulden, der seinen Wob für eine sozialdemokratische Versammlung hergegeben, und den Kolberger Bürgermeister, der einen Saal den Sozialdemokraten überlassen hat. In den Erkenntnissen heißt es, die Staatsgefährlichkeit der Sozialdemokratie sei notorisch. Anschauungen der Salons würden eben in die Gerichtshalle getragen. Die Vernehmung von Sachverständigen erscheine den Richtern überflüssig. Was würde man sagen, wenn ein Richter-Kollegium von Arbeitern den Inhalt von Zeitartikeln des "Vorwärts" über die konservative Partei als notorisch annehmen würde? Die Bestrafung der unqualifizierten Drohung, wie sie die Gewerbe-Ordnung enthält, sei ein strafrechtliches Unikum und zu verwerfen. Wie die Dinge jetzt liegen, so gelte noch der Ausspruch Brentano's: "Den Arbeitern ist die Koalitionsfreiheit gewährt, wenn sie sie aber gebrauchen, werden sie bestraft." Gegenwärtig sei eine Bewegung der Industriellen auf Verschärfung der in Rede stehenden Strafparagrafen vorhanden, die durchaus verwerflich sei. Wenn er die Wahl habe zwischen der Abschaffung des Koalitionsrechts und der Verhinderung seiner Ausübung, so wähle er das letztere als den offeneren Weg. Die Koalitionen würden viele Streiks verhindern können. Für die Gewerbegerichte seien dauernde Organisationen der Arbeiter unbedingte Voraussetzung. Wie könne man also das Verbot für die Koalitionen streifen machen? Der Hamburger Streik hätte keine Veranlassung zur Strafverschärfung gegeben. Ungutwilligkeiten seien erst vorgekommen, als sich die Polizei unzulässigerweise in den Streik gemischt hätte. Döblin habe den Kern der Sache getroffen, als er sagte, der kameradschaftliche kollegialische Sinn werde in den oberen Klassen gepflegt, beim Arbeiter aber verurtheilt. Wer sich von seinen Kollegen ausschließe, möge das ihm, eines besonderen Schutzes bedürfe er nicht. Der ganze § 153 sei entbehrlich. (Verhätter Beifall.)

Professor Zönnies-Hamburg nimmt die Hamburger Gasarbeiter gegen den Vorwurf von Gewaltthätigkeiten, die Anlaß zu Strafverschärfungen geben sollten, in Schutz. Der Hamburger Gasarbeiter-Streik sei ebenso beklaglich gewesen, wie der Berliner Konfektionsarbeiter-Streik.

Professor Ehrenberg (bis vor kurzem Handelskammer-Sekretär in Altona, jetzt Professor in Göttingen): Die Unternehmer hätten sich lange Zeit viel von den Arbeitern gefallen lassen, erst im Jahre 1890 hätten die Unternehmer Kampfbünde begründet. Er glaube, es liege kein Anlaß für die Erweiterung des Koalitionsrechts der Arbeiter vor. Die deutschen Arbeiter hätten es nicht verstanden, das Koalitionsrecht richtig anzuwenden. Die großen Streiks seien seit regelmäßig verloren gegangen, das beweise, daß die deutschen Arbeiter nicht das nöthige wirtschaftliche Erkenntnisvermögen haben. Darüber herrsche wohl Einverständnis. (Beifall: Nein.)

Professor Ad. Wagner hätte erwartet, daß die Industriellen hier erscheinen würden, um in dieser Frage mit den Professoren zu debattiren. Er sähe sich enttäuscht, denn nur ein einziger dieser Herren habe hier gesprochen. Die Herren Unternehmer unterstellten vielfach den Professoren ganz falsche Ansichten über das Unternehmertum. Die Professoren schätzten die Unternehmer als die geistigen Leiter der Industrie und des Handels. Herr v. Stumm sei wieder einmal leichtfertig mit der Wahrheit umgegangen, wie Professor Dextner nachgewiesen habe. Die Unternehmer sollten sich doch manchmal in ihrer Polemik gegen die Professoren mehr an die Thatfachen halten. Das Koalitionsrecht sei für ihn eine Frage der Gerechtigkeit. Der Arbeiter müsse in den Stand gesetzt werden, das Angebot von Arbeitskraft zu organisiren. Wie die kartellirten Unternehmer sich dagegen stemmen könnten, begreife er ebenso wenig, wie daß die Regierenden den christlichen Gewerbevereinen Schwierigkeiten bereiten. Die Professoren könnten nicht erwidern gegen den Willen der Gebildeten und Besitzenden, umsonst müsse es ihre Aufgabe sein, ihre Anschauungen in die Kreise der Gebildeten und Besitzenden zu tragen. Er rede der Aufrechterhaltung und Erweiterung der Koalitionsfreiheit das Wort.

Brauerdirektor Mölke wendet sich gegen seinen Kollegen unter den Arbeitgebern und tritt für Erweiterung der Koalitionsfreiheit ein. In einer Verschärfung der Strafgesetze gäbe die bisherigen Streiks keinen Anlaß. Ein gewisser Zwang müsse den Arbeitern gestattet werden, den äbten auch die Arbeitgeber auf einander aus, wenn sie im Kampfe stehen; die Arbeitgeber verfechten gar oft gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung. (Beifall.)

Ob. Rath Gierke-Berlin polemisiert gegen Jastrow, der die ungerechte Rechtsprechung als das Hauptgewicht der Koalitionsfreiheit hingestellt habe. Die Staatsgefährlichkeit der Sozialdemokratie, welche der eine Richter notorisch genannt habe, sei ihr ja einige Jahre vorher kraft Gesetzes ausgetropft worden. Freilich sei das Sozialstrafgesetz gefallen. Jedem geht auf die Schattenseite der Koalitionsfreiheit ein, als welche er den Terrorismus der Arbeiter gegen ihre Nebenarbeiter bezeichnet; immerhin aber wiege der Nutzen der Koalitionsfreiheit. Der Unternehmer müsse sich klar machen, daß er nicht mehr unumschränkter Herr in seinem Fabrikgebäude sei, daß auch die Arbeiter berechtigigte Glieder in diesem Bau seien.

Hg. Prof. Dine erklärte sich kurz gegen Verschärfung des § 153 und für Anerkennung der Berufsvereine.

Professor Quidde-München klagt auch die Richter der Befangenheit gegen die Arbeiter an. Die Richter urtheilten noch an den Anschauungen des Sozialstrafgesetzes heraus.

Prof. Didenberg (Berlin) giebt einige geschichtliche Rückblicke über die Entwicklung des Koalitionsrechts.

Generalsekretär Dilges (Berlin der Industriellen des Regierungsbezirks Köln) betont zunächst, daß nach seiner Ansicht

Ausnahmegesetze nöthig seien gegen die Partei, die sich außerhalb der Gesellschaft stelle. Wenn gestern Herr Professor Wagner bedeutet worden ist, daß er in Vordruck auf falschen Weg geriet, dann war das der Ausdruck der tiefen Entrüstung, die innerhalb der Stimmfächer Industriellen über das Verhalten Wagner's Platz gegriffen hat. Jedem produziert eine Reihe Briefe von englischen Industriellen, die in der englischen Gewerkschaftsbewegung das Urtheil des Landes sehen. Der Staat thäte unrecht, wenn er der Organisationsmöglichkeit der Arbeiter Vorschub leistete.

Professor Bierhoff-Jena spricht sich für entschiedene Koalitionsfreiheit aus; der Kulturzustand der Nation ist die Kultur des Landes, und den Arbeiter selbständig machen, heißt die Kultur heben. Einerseits haben wir das ausgebreitete politische Wahlrecht und andererseits sollen die Arbeiter geängelt werden; dieser Widerspruch führt zu nichts Gutem. Nicht so wesentlich als die Gesetzgebung, ist der Geist der Verwaltung, und sie zu beeinflussen, können die heutigen Verhandlungen von großem Vortheil sein.

Der kirchliche Fabrikant Brandt-München-Gladbach, erklärt, daß er mit Dilges nicht einverstanden sei. Er schätze die objektive Arbeit der Professoren und sei ihnen dankbar. Er halte es für eine Kulturarbeit ersten Ranges, wenn man das Niveau des Arbeiters materiell und geistig so weit wie möglich hebe. Es folgen nun die Schlussworte der Referenten.

Prof. Dextner spricht sich nochmals für Aufhebung jeder besonderen Strafbestimmung im Koalitionsrecht und Erweiterung der Koalitionsfreiheit aus. Von den Gewerbevereinen erwartet er mehr als von einem Eingreifen des Staates für Erreichung besserer Lebensbedingungen für die Arbeiter. Von den heutigen Verhandlungen datire er eine Epoche des Vereins für Sozialpolitik.

Prof. Voening stellt fest, daß fast allgemein der gegenwärtige Zustand des Koalitionsrechts als ein unbefriedigender anerkannt wird. Er wiederholt, daß er den Strafbestimmungen des § 153 nicht allzu hohe Bedeutung beimißt. Das preussische Vereinsrecht halte er trotz Herrn Jastrow für das freieständige im Deutschen Reich, obwohl er mit einzelnen Bestimmungen nicht einverstanden sei. Vor dem Ober-Verwaltungsgericht habe er die vollste Hochachtung trotz Herrn Jastrow. Das hindere nicht, daß einzelne Richter spräche ihm nicht gefielen. Die von Herrn Jastrow vorgebrachten Richtersprüche hätten mit dem Vereins- und Versammlungsrecht nichts zu thun gehabt. Die Verschärfung des § 153 entspreche seiner Ueberzeugung. Er wolle den Schutz der individuellen Freiheit des Arbeiters gegen Einschüchterung und Belästigung im Interesse des Arbeiters. Rücksicht auf die Unternehmer leite ihn nicht. Ungewöhnliches Gewicht lege er auf den ganzen Paragrafen nicht. Das Hauptgewicht lege er darauf, die Gerechtigkeit in das Recht zu überführen und darin wisse er sich mit dem Verein ein.

Der Vorsitzende Becker giebt das übliche Resümee der Verhandlungen.

Schmoller giebt seiner Freude über die Jubiläumstagung Ausdruck und schließt die Generalversammlung.

Ueber die Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose

berichten auf der Braunschweiger Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte die Abtheilungen für Hygiene und innere Medizin in gemeinsamer Sitzung.

Dr. Georg Liebs (Andreasberg am Harz) führte aus: Die Bewegung zur Errichtung von Volkshospitälern hat namentlich die gute Folge gehabt, weiteren Kreisen die Augen über die Bedeutung und Verbreitung jener verheerenden Krankheit zu öffnen. Man ist aber heute nicht mehr der Ansicht, daß allein mit Volkshospitälern die Tuberkulose eingedämmt werden kann. Dazu bedarf es vielmehr einer genaueren Erforschung der Krankheit, der Bekämpfung der Empfänglichkeit wie der Ansteckung und der schleunigen Heilung der ausgebrochenen Krankheit, soweit es möglich ist. Weiter erfordert die Beseitigung der Seuche ein genaues Studium seitens der Aerzte, Belehrung der weitesten Volkskreise, mögliche Durchföhrung einer allgemeinen Volkshygiene, Erziehung des Volkes zur Sauberkeit, vielleicht auch scharfe polizeiliche Bestimmungen, die sich namentlich auf die Lufschädligmachung des Auswurfs zu beziehen hätten, Aufgaben, die sich natürlich nur nach und nach verwirklichen lassen. Ein eventuell von kaiserlichen Gesundheitsamt ins Leben zu rufen der nationaler Verein für Volksgesundheit könnte die Angelegenheit sehr fördern.

Dr. Meißner (Anstalt Hohenhonne am Rhein) ist der Ansicht, daß eine erfolgreiche Bekämpfung der Tuberkulose nur durch das Eingreifen der Gesetzgebung möglich ist. Die Invaliditäts- und Altersversicherung wird gerade durch die Tuberkulosen außerordentlich belastet. Auch die Krankenkassen müssen den Phtisikern (den Schwindsüchtigen) die allerschwersten Opfer bringen. Das größte Gewicht ist auf die hygienisch-diätetische Behandlung der Phtisiker zu legen, eine Forderung, die leider durch die große Schwierigkeit, die Tuberkulose in den Anfangsstadien diagnostisch festzustellen, nicht leicht zu verwirklichen ist.

Petruschy (Danzig) wünscht die Veranstellung von Statistiken über die Erfolge der verschiedenen Behandlungsmethoden, die aber auf jahrelangen Erfahrungen beruhen müßten. Die Tuberkulinbehandlung dürfte nur in Krankenhäusern Platz greifen, da Stadt- und Landärzte sie nicht mit gebührender Sorgfalt durchführen könnten.

Dr. Friedberg (Berlin): Alle statistischen Erhebungen, auch die des kaiserlichen Gesundheitsamts, bewiesen eine vorwiegende Bethheiligung des Industrie-Proletariats an der Tuberkulose-Sterblichkeit, was auch aus den Krankenkassen-Statistiken hervorgehe. Ungewöhnlich seien die materiellen Opfer der Krankenkassen, die namentlich durch die Länge der Krankheit bedingt würden. Stark belastet seien ferner die Invaliditätsanstalten durch die Tuberkulose, da ein immer steigender Prozentsatz der Invaliden durch die Schwindsucht bedingt würde. Beide Institutionen müßten deshalb die Tuberkulose gemeinsam bekämpfen, indem die

Invaliditätsanstalten die Kosten des Heilverfahrens tragen und die Krankenkassen das ganze statutarisch zu gewöhnliche Krankengeld an die Familienangehörigen des Phtisikers zahlen. Nur so sei zu erreichen, daß noch nicht arbeitsunfähige, im Anfangsstadium befindliche Kranke dem Heilverfahren zugeführt werden. Das sei aber die Quintessenz der Heilstättenfrage. Es gehöre dazu die Mitarbeit der praktischen Aerzte, insbesondere der Stassenärzte, die allerdings meist mit der neueren sozialpolitischen Gesetzgebung noch nicht genügend vertraut seien und ihren Patienten daher nicht alle Vortheile derselben zuwenden könnten. Ganz besonders wichtig seien auch Sanatorien für Frauen, die immer mehr in den wirtschaftlichen Kampf hineingezogen würden, so daß z. B. die Zahl der weiblichen Krankenkassenmitglieder Berlin von etwas über 70 000 im Jahre 1892 auf 116 000 im Jahre 1896 gestiegen sei.

Zinkler (Bonn) wünscht die Organisation zur Bekämpfung der Tuberkulose auf breiter Grundlage. Die Hauptfache beruhe in der frühzeitigen Erkennung des Leidens, weshalb regelmäßige Untersuchungen der Arbeiter in den Betrieben zu erfolgen hätten.

Wesold (Halle) Schwere Fälle müßten von der Anstaltsbehandlung ferngehalten werden; da diese Behandlungsmethode ihnen gegenüber nutzlos sei. Der Kranke müsse im frühzeitigen Stadium durch den Arzt aufgeklärt und die unbegründete Scheu vor der Anstaltsbehandlung bekämpft werden.

Reyhöfer (Düsseldorf) wünscht eine genaue Bekämpfung der Heilergebnisse, da er der Anstaltsbehandlung skeptisch gegenüberstehe und die Invaliditätsanstalten keine humanitären Institute seien; für sie sei das Eingreifen nur dann am Platze, wenn dadurch die Arbeitsfähigkeit des Arbeiters verlängert werde.

Ortenau (Weidenhüll) bemängelt die Zuverlässigkeit der Angaben über erfolglose Ansteckung. Auf der einen Seite würde die Ansteckungsgefahr als riesengroß, auf der anderen als gar nicht vorhanden hingestellt.

Von verschiedenen Seiten wurde hierauf der Meinung Ausdruck gegeben, daß der Phtisiker, der sich den hygienischen Vorschriften gemäß sauber und reinlich halte, keine große Gefahr für die Umgebung bedeute, daß man mithin allzu großer Bazillensucht entgegenzutreten müsse.

Friedberg (Berlin): Die als so grundlos hingestellte Bazillensucht habe unklarbar zur hygienischen Erziehung des Volkes beigetragen. Ein Erwachsener könne möglicherweise eine hygienische Nachlässigkeit überwinden, sicher aber nicht die Kinder, die an der Erde herumkriechen, die schmutzigen Finger in den Mund legen und deren faulstüchtige Exhalation zu Grinden und offenen Stellen neige, so daß Infektionen unvermeidlich seien. Die Tuberkulose der Halsdrüsen, die als Depots für spätere Affektionen anzusehen seien, mahne zur Vorsicht.

Sommerfeld (Berlin) betont als Wichtigstes, daß bei der Entlassung aus der Anstaltsbehandlung die Fernhaltung jeder Schädlichkeit zu erfolgen habe und daß Arbeit nachweise auf der Basis dieses Grundgesetzes zu errichten seien. Viel Werth sei auch der diätetischen Behandlung beizumessen, insbesondere der Verordnung von Milch, die keineswegs nur als Nahrungsmittel, sondern als hervorragendes Heilmittel zu gelten habe. Betont müsse die Nothwendigkeit der Hautpflege werden, wie überhaupt zu wünschen wäre, daß immer mehr Aerzte das Wasser in die Reihe ihrer Heilmittel einordneten. Die medikamentöse Behandlung durch Lebertran, Jodtinktur und Kreosot dürfe, wo am Platze, aber auch nicht verschmäht werden. Die Arbeiter müßten in Beziehung auf rationelle Kleidung von ärztlicher Seite Aufklärung erhalten, da sie sich meist zu warm kleideten, andererseits aber bei der Arbeit selbst sich in höchst leichtsinniger Weise öfter starkem Temperaturswechsel aussetzten, ohne sich mit dem geringsten Schutz zu versehen. Die Ueberweisung von Lungenkranke in allgemeine Krankenhäuser sei von problematischem Werth. Die jetzigen Krankenhäuser wären für die Behandlung meist unbrauchbar. Jedem verlangt Angliederung einer besonderen Tuberkulose-Station an alle Krankenhäuser, wo man dann auch gewiß Heilerfolge ebenso wie bei den Heilstätten erreichen würde.

Rahm (Huppertsheim) beklagt die Unzuverlässigkeit der ärztlichen Atteste, aus Grund deren die Ueberweisungen stattfänden. Es würden zu viel ungeeignete Kranke in die Anstalt geschickt, deren Ueberweisung dann als hartnäckig erweise; manche Aerzte schienen überhaupt nur die Diagnose "Epithelkatarrh" zu kennen, die er sogar auf Attesten gefunden habe, wenn der Fall bereits bedeutende Zerstörung von Lungentheilen, Cavernenbildung etc. aufwies.

Schulzen (Glabowsee) behandelt eingehend die Stellung des dirigirenden Arztes in den Heilstätten, der bei allen Dingen, baulichen Veränderungen, Personalanstellung etc. mitzusprechen haben müsse und der nie mehr als 50 bis 60 Kranke haben dürfe.

Friedberg-Berlin tritt gegen Krankenhaus-Behandlung auf, die nach Verhät lebensverlängernd wirkt. Die Normen für die Aufnahme müßten von den Invaliditätsanstalten aufgestellt werden. In den Anschauungen der Aerzte darüber, wann ein Antrag auf Gewährung von Invalidenrente gestellt werden dürfe, müsse sich eine gründliche Wandlung zu gunsten der Patienten vollziehen. Im übrigen halte er den § 12 des Invaliditäts-Versicherungsgesetzes für eine moralische Verpflichtung der Anstalten, Heilstätten zu errichten; der Arbeiter würde auch nicht verstehen, weshalb er die Behandlung entbehren soll, die der Wohlhabende sich leisten kann. Bei der Verwaltung dürfe man nicht nur nach statistischen Grundföhren gehen und die Humanität nicht außer acht lassen, dann würden die Heilstätten auch zu Erziehungszustätten für das hygienische Bewußtsein im Volke werden können.

Sonnenberg (Bremen) verlangt unentgeltliche sofortige Sputum-Untersuchungen durch bakteriologische Institute.

Rejener (Aachen) wünscht, daß auch Heilstätten für den nicht so zahlungsfähigen und nicht versicherten Mittelstand errichtet werden.

Beschlossen wurde, eine Kommission zu wählen, die die weitere Erörterung der Lungenheilstätten-Frage und ihre Behandlung auf der nächsten Jahresversammlung vorbereiten soll. Man wählte in diese Kommission die Herren Gneppel-Prag, Zinkler-Bonn, Pannwitz-Berlin, Liebs-Andreasberg, Meißner-Hohenhonne, Blumenfeld-Weidenhüll, Ob. Rath Dr. Engelmann vom kaiserlichen Gesundheitsamt, Direktor Wehbart-Dübel, v. Ziempen-München und Blasius-Draamschweig.

Möbel-Magazin Otto & Slotawa, Tischlermeister. Berlin NW., Bremerstrasse 67.	Barg-Magazin und Beerdigungs-Comtoir.	Johannisbeerwein 10 Liter weinglas 10 Pf.
Cohn's Festsäle Beuthstrasse 20. Meine eleganten neu renovirten Festsäle mit Bühne, bis 1000 Personen fassend, sind noch an einigen Sonnabenden und Sonntagen zu vergeben.	Robert Hecht, Berlin S., Oranienstr. 142. Hecht kauft und billigt alle Arten Stempel in jeder Ausführung.	Billigstes Harmonika-Angebot! Für gute Qual. Strät d. bedeutende Umfang mein. Harmonika. Garantie: Zurücknahme bei Nichtbefriedigung. Die besten Harmonikas sind meine unter Nr. 71776 potentantlich gezeichnet (Name gedr.); sie haben weicher, schärfer Ton u. sind leichter, bequemer zu spielen als alle anderen. Preis u. dabei billiger! — Eine sehr schöne Accordina mit 2 Klaffen, 24 Töne, unverwundl. Metall. Doppelbalg mit Metallklappen etc. kostet nur Mk. 4.50 gegen Nachnahme. Porto 50 Pf. Vers. u. Schule zum Selbststud. frei! — Naturperle in Bunt angef. Abbild. über 2. und 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.
Brunhilde! Roland Cheviot! Unverwundliche u. echtfarbige Spezialitäten der Firma Carl H. Klippstein & Co., Mühlhausen i. Thür. No. 11 Weberel und Versand-Geschäft. Unsere reichhaltige Kollektion von Damen- und Herrenstoffen sowie Portieren steht auf Wunsch franco zur Verfügung. Zahlreiche, uns unverlangt zugegangene Anerkennungs-schreiben bezeugen die Vorzüglichkeit unserer Stoffe.	Sophatoffe und Reste in Blau, Damast, Größe, Phantasie, Gobelins und Blau! Preisbillig! Proben franco! In allen Qualitäten zu Fabrikspreisen. Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158.	M. Krüger's Speise-Wein ist das anerkannt Beste. Zu haben in allen Kolonialhandlungen und Feinsten Geschäften. Ungut-Vogel: Berlin, Stalingerstrasse 105. LINOLEUM-RESTE Linoleum-Teppiche, a etwas feiler, halbe, Waddich, Reste, Gummi, Tischdecken sehr bill. Grüner Weg 102 Pf.